



Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Information zur Emission radioaktiver Aerosole aus
dem THIR 300 in Hamm-Uentrop am 4. Mai 1986

Düsseldorf, im August 1986

561 B - 1

DER MINISTER FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND TECHNOLOGIE
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

- 116 -

4000 DÜSSELDORF 1, den 8.09.86

Haroldstraße 4 · Postfach 1144
Fernschreiber 8 582 728 wtnw d
Telefax 837 2200
Fernruf (0211) 837-02
Durchwahl 837

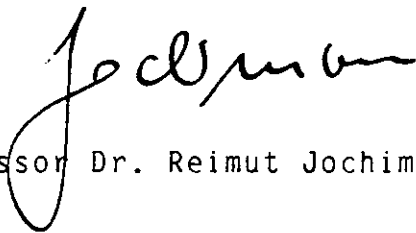
An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf

Betr.: Information zur Emission radioaktiver Aerosole aus dem THTR
300 in Hamm-Uentrop am 4. Mai 1986

Anbei übersende ich die o.g. Information mit der Bitte um Weiter-
leitung an die Damen und Herren Abgeordneten des Landtags.

300 Überstücke dieses Schreibens und Anlage sind beigelegt.



(Professor Dr. Reimut Jochimsen)

561B-3

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Information zur Emission radioaktiver Aerosole aus
dem THTR 300 in Hamm-Uentrop am 4. Mai 1986

Düsseldorf, im August 1986

5613-3

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung
2. Darstellung der Ereignisse am 4.5.1986
3. Strahlenschutzbericht April bis Juni 1986
4. Meldepflichtige Vorkommnisse beim THTR
5. Auszug aus dem Landtagsprotokoll vom 4.6.1986
6. Auszug aus dem Landtagsprotokoll vom 10.7.1986

56.1-4

1. Vorbemerkung

5613-5

Vorbemerkung

Nach der unvorhergesehenen Emission radioaktiver Aerosole aus dem Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR 300) in Hamm am 4. Mai 1986 hat der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in seiner Eigenschaft als atomrechtliche Aufsichtsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen die lückenlose Aufklärung dieses Vorfalles eingeleitet sowie eine umfassende Information der Öffentlichkeit zugesagt.

Erstes Ziel der mit größter Priorität betriebenen Untersuchungen mußte es allerdings sein, die Ursachen der Emission sowie den Freisetzungspfad zweifelsfrei zu ermitteln, um durch technische und ggf. administrative Maßnahmen dafür zu sorgen, daß eine Wiederholung einer solchen Emission ausgeschlossen werden kann.

Der THTR 300 in Hamm hat eine rechtsgültige Genehmigung für den Leistungsversuchsbetrieb. Sinn und Zweck des Leistungsversuchsbetriebes ist es, die Funktionsfähigkeit dieses Prototypreaktors zu erproben und ggf. vorhandene Schwachstellen des technischen Systems und seiner Bedienung zu erkennen und zu beheben. Für die Sicherheit beim Leistungsversuchsbetrieb ist die Betreibergesellschaft gemeinsam mit den Herstellern verantwortlich. Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie kontrolliert im Rahmen der atomrechtlichen Aufsicht, ob die Betreibergesellschaft ihren Verpflichtungen nachkommt und dabei der gebotenen Sicherheitsvorsorge Vorrang vor Wirtschaftlichkeit zumißt.

Nachdem die Ursachen der Emission radioaktiver Aerosole zweifelsfrei ermittelt waren und durch insgesamt drei atomrechtliche Anordnungen des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen sichergestellt war, daß aufgrund entsprechender technischer und administrativer Maßnahmen eine Wiederholung dieser Emissionsmöglichkeit auszuschließen ist, konnte und mußte die Anlage für die Fortsetzung des Leistungsversuchsbetriebs wieder freigegeben werden.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß die Untersuchung der Emissionsursachen vom 4. Mai 1986 die auch für den THTR 300 vorgesehene,

von der Landesregierung am 9. Mai 1986 angekündigte und vom Landtag beschlossene Sicherheitsüberprüfung der Kernenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen nicht ersetzt. Inzwischen ist diese aufgrund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl unumgängliche detaillierte Sicherheitsüberprüfung eingeleitet worden.

Eine Anmerkung zur Größenordnung der THTR-Emission vom 4. Mai 1986: Zwar ist es richtig, daß die Menge der freigesetzten Aerosole nur einen verschwindend geringen Bruchteil des in Nordrhein-Westfalen gleichzeitig verzeichneten Fall-Outs der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ausmachte. Dennoch: unter Berücksichtigung der Messgenauigkeit ist - selbst bei vollem Abzug des Tschernobyl-Effektes - nicht eindeutig festzustellen, ob der für Abgaben radioaktiver Aerosole aus dem THTR genehmigte Tagesgrenzwert nicht geringfügig überschritten worden ist. Bei der Bewertung der Emission ist zu bedenken, daß nicht das durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verursachte Schadens- und Gefährdungspotential, sondern die in den Genehmigungsbescheiden für kerntechnische Anlagen im Interesse der Sicherheit und der Gesundheit der in der Umgebung einer solchen Anlage lebenden Bevölkerung festgelegten Emissions-Grenzwerte für die atomrechtliche Aufsichtsbehörde der Maßstab für die Beurteilung von Abgaben bzw. Freisetzungen sind und bleiben müssen. Die atomrechtliche Aufsichtsbehörde hatte darüber hinaus die unverzichtbare Amtspflicht, jede Wiederholung einer solchen unbeabsichtigten, ungewollten und möglicherweise in der Menge auch unabsehbaren Emission auszuschließen.

Die hier vorgelegte Dokumentation der Ereignisse vom 4. Mai 1986, sowie der Aufklärung und Beseitigung ihrer Ursachen umfaßt neben der Sachverhaltsdarstellung den Strahlenschutzbericht für die Monate April bis Juni 1986, eine Zusammenstellung der meldepflichtigen Vorkommnisse beim THTR 300 seit Beginn des Leistungsversuchsbetriebs sowie Protokolle der Energiedebatten des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 4. Juni 1986 und vom 10. Juli 1986. Die aufgrund der Tschernobyl-Strahlenbelastung durchgeführten Radioaktivitätsmessungen am Standort Hamm am Boden und in der Luft wurden bereits in der MWMT-Broschüre "Radioaktivitätsmessungen der amtlichen Meßstellen in Nordrhein-Westfalen und der Kernforschungsanlage Jülich nach dem Reaktorunglück Tschernobyl" veröffentlicht.

561B - 7

2. Darstellung der Ereignisse am 4.5.1986

567B-8

Darstellung

des Vorkommnisses

"Anstieg der Aerosolaktivitätskonzentration
in der Abluft" im Hochtemperaturreaktor THTR 300
in Hamm-Uentrop am 4. Mai 1986 gegen 21.30 Uhr

Abteilungsleiter 5
im
Ministerium
für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
des Landes Nordrhein-Westfalen
(Atomrechtliche Aufsichtsbehörde)

Düsseldorf, den 29. August 1986

CA

Gesamtdarstellung der Ereignisse am 4.5.1986

Aufgrund der vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie durchgeführten Befragungen und Untersuchungen sowie der Auswertung vorliegender Meldungen, Berichte und gutachtlicher Stellungnahmen stellt sich der Sachverhalt der Ereignisse im Hochtemperaturreaktor THTR 300 am 4. Mai 1986 wie folgt dar:

Störung an der Beschickungsanlage

In der Spätschicht (14.00 - 22.00 Uhr) des 4.5.1986 wurde der THTR 300 ab 15.00 Uhr im Umwälz-, Moderator und Zugabebetrieb gefahren. Gegen 21.00 Uhr wurden noch 40 Absorberelemente vom Betriebsphysiker telefonisch beim Leitstandsfahrer der Beschickungsanlage (BEAN) angefordert.

Nach dem Betriebshandbuch (BHB) soll die Einschleusung und die Zugabe von Betriebselementen (Brennelemente und Absorberelemente) im Automatik-Betrieb erfolgen. Bei dem derzeitigen Stand des Leistungsversuchsbetriebes ist für die Einschleusung von Betriebselementen die Leitebenensteuerung noch nicht realisiert. Da die Funktionsgruppensteuerung für die Einschleusung in die Schleusenstrecke (Fassungsvermögen 60 Betriebselemente) nur eine Anzahl von 60 Betriebselementen oder den Rest aus der Faßzugabepufferstrecke (Fassungsvermögen 2 x 300 Betriebselemente) übernehmen kann, entschloß sich der Leitstandsfahrer, die angeforderten 40 Absorberelemente mittels Einzelantriebssteuerung (Handsteuerung) einzuschleusen. Der Transport bei der Einschleusung erfolgt durch Schwerkraft.

Für die Einschleusung mußte der Leitstandsfahrer die vom voraufgegangenen Einschleusbetrieb noch unter Primärgasdruck (40 bar) stehende Schleusenstrecke entlasten und entlüften. Danach konnte er die Absorberelemente von der Faßzugabepufferstrecke in die Schleusenstrecke einschleusen (siehe Anlage 1: Prinzip der Kugeleinschleusung).

Zum Ende des Einschleusens der 40 Absorberelemente verwechselte der Leitstandfahrer beim abwechselnden Betätigen der Dosiereinrichtungen die Reihenfolge, wodurch insgesamt 41 Absorberelemente in die Schleusenstrecke gelangten.

Bevor Absorberelemente von der Schleusenstrecke in eine der drei unter Primärgasdruck stehenden Pufferstrecken (Fassungsvermögen je 300 Betriebselemente) weitergeschleust werden, ist die Schleusenstrecke mit Reihelium aufzufüllen und zwar mit einem Druck, der geringfügig über dem Primärgasdruck liegt. Beim Füllen der Schleusenstrecke mit Reihelium hätte auch der Ventilraum der Schleusenarmatur YE 03 S 002 mitgefüllt werden müssen. Der Leitstandfahrer hat jedoch vergessen, hierzu die Armatur TN 20 S 105 mit zu öffnen, um den Ventilraum hin bis zur Druckmeßstelle TN 20 P 006 zu füllen. (s. Anlage 1)

Erst als im nächsten Schritt die Schleusenarmatur YE 03 S 002 geöffnet wurde, um die Absorberelemente von der Schleusenstrecke in die Pufferstrecke weiterschleusen zu können, füllte sich dieser Raum bis auf Primärgasdruck und das Kriterium "Druck im Dichtsitz YE 03 S 002 über 1,5 bar", gebildet an der Meßstelle TN 20 P 006, sprach an.

Die Automatik für die Dichtsitzüberwachung der Schleusenarmatur YE 03 S 002, die bei der Einzelantriebssteuerung nicht blockiert ist, simulierte eine Leckage und öffnete dementsprechend die Armatur TN 20 S 114 druck- und zeitabhängig. Hierdurch konnte aus dem Bereich der Beschickungsanlage über die geöffnete Schleusenarmatur YE 03 S 002 sowie über die geöffnete Entlastungsarmatur TN 20 S 114 kontaminiertes Helium sowohl in die Entlastungsbehälter TN 20 B 201/202 der Gasreinigungsanlage als auch in die Schleusenstrecke strömen.

Zur gleichen Zeit versuchte der Leitstandfahrer, die Absorber-elemente durch Betätigen des Dosierers YE 03 D 007 aus der Schleuse in die vorgewählte Pufferstrecke abzudosieren. Die geschwenkte Absorberkugel konnte jedoch aus dem Dosierer nicht gegen den Gasstrom in die Pufferstrecke einrollen. Der Leitstandfahrer stellte an der Anzeige eines Kugelzählers fest, daß die Kugel nicht eingerollt war, ohne jedoch die Ursache erkennen zu können. Er schloß daraufhin die Schleusenarmatur YE 03 S 002, um den Einschleusvorgang im Automatikbetrieb weiter durchzuführen. Hierbei übersah er, daß sich die Steuerbefehle der Funktionsgruppensteuerung nicht mehr mit der Einzelantriebssteuerung deckten und die Funktionsgruppensteuerung in einem Steuerschritt stand, bei dem unabhängig vom Druck in der Schleuse die Entlastungsarmaturen TN 20 S 112 und TN 20 S 110 zum Abluftkamin aufgeschaltet werden.

Beim Einschalten der Funktionsgruppensteuerung entlastete der Gasinhalt der Schleuse dann stoßweise durch wechselndes Auf- und Zufahren der Armatur TN 20 S 112. Die Anregung zum Schließen erhält die Armatur TN 20 S 112 aus der Systemabsicherung der Vakuumanlage TJ 12 bei einem Überdruck an der Meßstelle TJ 12 P 001 von 0,1 bar.

Da der Druck an der Meßstelle TJ 12 P 001 über die geöffnete Armatur TN 20 S 110 entlasten konnte, der Aufbefehl aus dem Stufenschritt der Funktionsgruppensteuerung aber noch anstand, öffnete die Armatur TN 20 S 112 erneut, bis sie über das Druckkriterium wieder geschlossen wurde.

Bei diesem wechselnden Entlastungsvorgang, der etwa 10 Min. andauert haben dürfte, strömte das in der Schleusenstrecke unter Druck stehende Gas - es dürfte sich überwiegend um Reinhoelium gehandelt haben - zusammen mit Ablagerungen (Aerosolen) aus der Beschickungsanlage über die Entlastungsleitung TC 62 Z 051 in den Kamin und damit in die Umgebung.

Nach Auffassung der TÜV Arge KTW dürfte der überwiegende Anteil der abgeleiteten radioaktiven Aerosole aus der zum Abluftkamin führenden Entlastungsleitung stammen, die nicht nur im Zusammenhang mit der Einschleusung sondern auch bei anderen betrieblichen Vorgängen genutzt wird.

Da die Abdosierung der Absorberelemente in diesem Programmabschnitt ohne Erfolg bleiben mußte, weil die hierzu für den Automatikbetrieb erforderlichen Randbedingungen nicht vorlagen, setzte der Leitstandfahrer die Funktionsgruppensteuerung wieder außer Betrieb, um auf Einzelantriebsteuerung zu wechseln. Dadurch wurde der Automatik-Auf-Befehl für die Entlastungsarmatur TN 20 S 112 aufgehoben, die dann über das noch anstehende Druckkriterium (TJ 12 P 001 über 0,1 bar) Zufuhr und in Zustellung verblieb. Die Armatur TN 20 S 110 blieb jedoch in Aufstellung, bis sie zu einem späteren - nicht mehr genau zu bestimmenden - Zeitpunkt von Hand zugesteuert wurde.

Mit Hilfe der Einzelantriebsteuerung öffnete der Leitstandfahrer erneut die Schleusenarmatur YE 03 S 002 und versuchte, den Dosierer YE 03 D 007 zu betätigen. Da aufgrund der vorherigen Entlastung der Druck in der Schleusenstrecke wesentlich unter dem Druck in der mit Primärgasdruck beaufschlagten Pufferstrecke lag, strömte bei offener Armatur Primärgas in die Schleuse. Der Druckaufbau in der Schleuse erfolgte so heftig, daß - wie bei der späteren Reparatur festgestellt wurde - mehrere Kugeln in den Systemteilen und Rohrbögen der Schleusenstrecke zertrümmert wurden. Dies konnte der Leitstandfahrer jedoch nicht erkennen.

Ob das erneute Öffnen der Schleusenarmatur YE 03 S 002 erfolgt ist, um mit Hilfe des im Bereich der Pufferstrecke anstehenden Primärgasdruckes die Absorberelemente (Kugeln) zu lösen oder

freizuspülen - das Öffnen ist nur möglich, wenn die Entlastungsarmatur TN 20 S 112 geschlossen ist -, ließ sich nicht mehr feststellen. Nach dem Ergebnis der Untersuchungen kann die von der HKG am 1.6.86 herausgegebene Verlautbarung, es sei mit Hilfe eines Heliumstoßes versucht worden, den Stau in der Beschikungsanlage aufzulösen, abgesehen von den am 5.5.1986 vorgenommenen Versuchen, den Kugelstau zu beseitigen, nur mit dem letztgenannten Betriebsvorgang erklärt werden. Wegen der bereits damals bestehenden Verriegelungen war allerdings eine Freischaltung des Weges für das Primärgas des Reaktors zum Abluftkamin ausgeschlossen. Im Rechnerausdruck des Betriebsablaufprotokolls findet sich zudem kein Hinweis auf eine Abnahme des Reaktor-drucks oder eine Grenzwertüberschreitung an den Edelgasmeßstellen.

Ein Verlust an Primärkühlgas durch die Ereignisse des 4.5.1986 konnte anhand der vorliegenden Messdaten nicht festgestellt werden.

Nachdem auch bei weiteren Versuchen, den Dosierer YE 03 D 007 zu betätigen, kein Kugeldurchlauf in die Pufferstrecke erfolgte, schloß der Leitstandfahrer alle Schleusen- und Entlastungsarmaturen und nahm die Einschleusung außer Betrieb.

Unter der Uhrzeit 21.44 wurde von der Nachtschicht (22.00 - 6.00 Uhr) über die beschriebenen Störungen in der Beschikungsanlage im Schichtbuch vermerkt:

"Störung BEAN, Dosierer YE03 D007 klemmt
und YE03 U103 U1 nicht quittiert"

Eine Eintragung im Störungsbuch konnte nicht festgestellt werden.

Emissionsüberwachung

Um 21.30 Uhr, d.h. nahezu zeitgleich zu den o.a. Ereignissen bei der Einschleusung der 40 Absorberelemente und den dadurch ausgelösten Gefahrenmeldungen lief in der Warte des THTR 300 die Gefahrenmeldung:

"Aerosolaktivitätskonzentration am Kamin hoch"

auf. Die Gefahrenmeldung ist im Betriebsablaufprotokoll des Betriebsrechners um 21:30:34 Uhr ausgedruckt. Im Schichtbuch sind jedoch weder die Gefahrenmeldung noch das vom Schichtpersonal daraufhin Veranlaßte eingetragen. Es war nicht mehr feststellbar, wann die Führungslinie erstmals von dem Anstehen der Gefahrenmeldung Kenntnis erlangt hat.

Der Grenzwert der Aerosolaktivitätskonzentration für die Gefahrenmeldung ist beim Aerosolaktivitätsmonitor auf $7,24 \times 10^2$ Bq/m³ eingestellt. Bei diesem Wert beträgt die Zeit bis zum Erreichen des Grenzwertes für die zulässige Tagesabgabe rd. 30 Min. Der Meßwert stieg steil bis ca. $8,0 \times 10^2$ Bq/m³ an und fiel danach in 12 min bis auf ca. $0,5 \times 10^2$ Bq/m³ ab.

Die Aktivität der über den Abluftkamin abgeleiteten Aerosole wird durch Messung der Impulse von Aerosolen, die auf einem sich ständig bewegenden Meßband während einer jeweils 10 sec dauernden Meßperiode gesammelt werden, fortlaufend ermittelt, durch den Aerosolmonitor als mittlere Impulsrate errechnet und auf einen Meßstreifen in der Warte registriert. Aus der mittleren Impulsrate und deren zeitliche Änderung wird unter Berücksichtigung anderer Parameter, u.a. Luftdurchsatz, die Aerosolaktivitätskonzentration errechnet und auf einem Meßstreifen in Bq/m³ aufgezeichnet.

Ebenso wie für die Aerosolaktivitätskonzentration ist für die Impulsrate des Aerosolmonitors für die Überwachung ein Grenzwert bestimmt, bei dem die Gefahrenmeldung "Kamin Impulsrate hoch" anspricht. Dieser Grenzwert von 55 IPS (Impulse/sec) soll nach BHB um etwa einen Faktor 10 unterhalb der Impulsrate des entsprechenden Überwachungsgrenzwertes der Aerosolaktivitätskonzentration von $7,24 \cdot 10^2$ Bq/m³ liegen und somit einen Voralarm darstellen. Hinweise, daß diese Gefahrenmeldung angestanden hat, wurden nicht gefunden. Nach dem Schreiberstreifen hat die Impulsrate nur einen Wert von ca. 10 IPS erreicht.

Nach dem Auflaufen der Gefahrenmeldung "Aerosolaktivitätskonzentration am Kamin hoch" verständigte das Schichtpersonal den in Rufbereitschaft stehenden Strahlenschutztechniker, bei dessen Ankunft der Ausschlag des Meßschreibers bereits weitgehend zurückgegangen war. Der Strahlenschutztechniker stellte die korrekte Funktion des Meßgerätes fest. Im Hinblick auf den durch den Reaktorunfall von Tschernobyl beobachteten Anstieg anderer Meßwerte sowie die Möglichkeit einer stoßartigen Fortbewegung des Rollbandfilters in der Zuluftanlage, welche die Loslösung von Tschernobyl-Nukliden und damit den raschen Anstieg der Aerosolkonzentration ausgelöst haben könnte, sowie die Tatsache, daß bei den Edelgasmeßstellen kein Anstieg festgestellt werden konnte, wurde vom Strahlenschutztechniker und vom Schichtpersonal keine Veranlassung für die Einleitung von Maßnahmen oder die Benachrichtigung der Führungslinie gesehen.

Die gemäß den sicherheitstechnischen Regeln des KTA (KTA 1503.1) und dem BHB beim Anstehen der Gefahrenmeldung "Aerosolaktivitätskonzentration hoch" zu treffenden Maßnahmen, nämlich der unverzügliche Austausch eines der beiden redundanten Schwebstofffilter (Wochenfilter) des Aerosol-/Jodprobensammlers und dessen unverzügliche gamma-spektrometrische Ausmessung im Strahlen-

schutzlabor sowie die zusätzliche Entnahme einer repräsentativen Probe für die Auswertung radioaktiver Edelgase, wurden nicht eingeleitet.

Gegen 21.20 Uhr wurde der Meßstreifen, mit dem der zeitliche Verlauf und die Höhe der Aerosolaktivitätskonzentration in der Abluft registriert wird, zum Zweck des Zeitabgleichs vorgestellt. Der Vorgang wurde durch Unterschrift auf dem Meßstreifen dokumentiert. Eine exakte Auswertung des Meßstreifens ist nicht mehr möglich, weil der Zeitraum der Unterbrechung nicht eindeutig zu ermitteln ist, der Meßstreifen nach der Zeitverstellung nicht sofort weitergelaufen ist und die Verstellung auf 21.55 Uhr gerade zu einem Zeitpunkt erfolgte, bei dem die kurz zuvor zurückgegangene Aerosolaktivitätskonzentration in der Abluft wieder anstieg.

Im weiteren Verlauf der Kurve fällt das Konzentrationsniveau dann bis um ca. 1.20 Uhr am 5.5.86 wieder auf den Normalpegel ab.

Im übrigen konnte auf dem Meßstreifen am 4.5.86 gegen 17.45 Uhr bereits ein peakartiger Anstieg der Aerosolaktivitätskonzentration beobachtet werden, der von der HKG auf einen Filterwechsel im Aerosolmonitor zurückgeführt wird, bei dem automatisch ein Sr 90-Präparat vor den Detektor geschwenkt wird. Neben dem bereits erwähnten Aussetzer bei der Zeitverstellung sind auf dem Meßstreifen weitere Leerstellen am 4.5.86 von 18.20 - 18.35 Uhr, und am 5.5. von 2.30 - 3.00 Uhr und von 6.00 - 7.00 Uhr sowie von 8.40 - 8.50 Uhr festzustellen. Die Gründe hierfür sind auf dem Meßstreifen nicht festgehalten; sie werden z.T. als Kopiervorgänge und Zeitangleich bezeichnet. Weiterhin ist am 5.5.86 in der Zeit von 10.45 - 11.10 Uhr auf dem Meßstreifen ein weiterer peakartiger Anstieg bemerkenswert.

In der Warte des THTR 300 wird für die Überwachung der Aerosolaktivität in der Abluft bisher nur der Verlauf der Impulsrate (IPS) und der Aerosolaktivitätskonzentration (Bq/m^3) auf Meßstreifen dargestellt. Der Tageshöchstwert, d.h. die im Zeitraum eines Kalendertages abgegebene Aktivität, ist im Genehmigungsbescheid für die langlebigen Aerosole als absoluter Wert auf $7,4 \times 10^7$ Bq (HWZ über 8 d, ohne Berücksichtigung von Jod 131) festgesetzt. Bei dem augenblicklichen Betriebszustand muß die Abgaberate, die sich grundsätzlich durch Multiplikation der Aerosolaktivitätskonzentration in Bq/m^3 mit der jeweils zugehörigen Kaminabluftmenge ergibt, manuell ermittelt bzw. abgeschätzt werden (Bei Normalbetrieb ist mit einem konstanten Volumenstrom von $207.000 \text{ m}^3/\text{h}$ zu rechnen). Dabei muß u.a. die Fläche unter der aufgezeichneten Konzentrationskurve ausplanimetriert werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Kurve logarithmisch aufgezeichnet ist.

Diese, auch an anderer Stelle geübte, zeitaufwendige und ungenaue Methode, ist vorübergehend zugelassen worden, weil es z.Z. noch kein eignungsgeprüftes Meßgerät für die Anzeige der Aerosolaktivitätsabgabe gibt. Der Gutachter hat vor Inbetriebnahme bestätigt, daß mit dieser Methode durch geeignete Wahl der Grenzwerteinstellung der Aerosolaktivitätskonzentration die Einhaltung des Tagesgrenzwertes sicher überwacht werden kann. In einem allerdings nicht dem allgemeinen Prüfverfahren (Eignungsprüfung) unterliegenden Rechner (HKG-Rechner) soll die Verknüpfung der Meßgrößen Aerosolaktivitätskonzentration und Volumenstrom vorgenommen werden. Dann wird es möglich sein, jederzeit die absolute Höhe der Tagesabgabe und die prozentuale Ausnutzung des Grenzwertes für die Aerosoltagesabgaberate abzurufen bzw. aufzuzeichnen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß im BHB 4.13. 3 - 5 Bl. 02/03 für die Aerosolaktivitätsabgaberate am Abluftkamin ein Grenzwert $1,5 \times 10^8$ Bq/h für eine Gefahrenmeldung in der Warte fest-

gelegt worden ist, obwohl eine solche Meldung z.Zt. noch nicht möglich ist. Dies zeigt, daß das BHB letztlich auf den Leistungsbetrieb nach Abschluß der Inbetriebnahmeversuche abstellt, der in der Anlauf-bzw. Leistungsversuchsphase noch nicht voll verwirklicht ist.

Für eine kurzfristige Beantwortung der Frage, ob die höchstzulässige Tagesabgabe langlebiger radioaktiver Aerosole erreicht ist und damit ein meldepflichtiges Ereignis der Kategorie S vorliegt, stand demnach nur der Meßstreifen der kontinuierlich messenden Aerosolmeßeinrichtung XS 10 R 001 zur Verfügung. Auch die KTA-Regel 1503.1 sieht keine Bilanzierung auf der Grundlage der kontinuierlichen Aerosolmessung (Aerosolaktivitätsüberwachung) vor. Die HKG hat die Aktivitätsabgabe langlebiger Aerosole am 4.5.1986 von 0.00 - 24.00 Uhr durch Planimetrierung der auf dem Meßstreifen registrierten Aerosolaktivitätskonzentration bilanziert. Sie kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

2,9	Bq/m ³	x	1.290 min	=	3.741 Bq. m ⁻³ . min
4 00	Bq/m ³	x	12 min	=	4.800 Bq. m ⁻³ . min
45	Bq/m ³	x	18 min	=	810 Bq. m ⁻³ . min
35	Bq/m ³	x	60 min	=	2.100 Bq. m ⁻³ . min
25	Bq/m ³	x	60 min	=	1.500 Bq. m ⁻³ . min

$$1.440 \text{ min} = \text{rd. } 12.960 \text{ Bq. m}^{-3} \cdot \text{min}$$
$$= \text{rd. } 216 \text{ Bq. m}^{-3} \cdot \text{h}$$

entsprechend $4,47 \times 10^7$ Bq

Bei diesem Wert handelt es sich um die durch Auswertung der aufgezeichneten Kurve des Verlaufs der Aerosolaktivitätskon-

zentration ermittelte Aerosolaktivitätsgesamtabgabe. Der Wert für die Aktivitätsabgabe langlebiger Aerosole (Halbwertszeit über 8 Tage, ohne Jod 131) liegt demgegenüber niedriger. Die Auswertung der Meßwerte der genehmigten und eignungsgeprüften Aerosolmeßeinrichtung XS 10 R 001 für die Überwachung des Tagesgrenzwertes ergibt nach dieser Rechnung, daß der Tageshöchstwert für die Aktivitätsabgabe langlebiger Aerosole am 4.5.1986 zu etwa 62 % ausgeschöpft wurde. Bei diesem Wert ist der auf das Reaktorunglück von Tschernobyl zurückzuführende Anteil nicht abgezogen. Auf die Problematik eines solchen Abzugs wird später eingegangen. Allerdings ist dabei auch die Lücke auf dem Meßstreifen, die durch den Zeitangleich entstanden ist und in der eine erhöhte Aktivitätsabgabe stattgefunden haben muß, nur mit dem niedrigen Wert der Grundlinie von 2,9 Bq/m³ berücksichtigt.

Die TÜV-Arge KTW kommt ebenfalls zu der Auffassung, daß die Tagesabgaberate nicht überschritten worden ist. Sie vertritt nach Auswertung der Meßstreifen für die Aerosolaktivitätskonzentration und die Impulsrate überdies die Auffassung, daß es während der Meßzeit, in der der Meßstreifen für die Aerosolaktivitätskonzentration verstellt worden ist, keinen weiteren Anstieg der Aktivitätsabgabe gegeben hat. Aus den Schreiberaufzeichnungen der Impulsrate sei ersichtlich, daß ab 2.5.86 ein Anstieg zu verzeichnen sei. Weiter könne gezeigt werden, daß am 4.5.86 ab 21.00 Uhr die Impulsrate in sehr kurzer Zeit (unter 1 min) auf ein Maximum einschwingt (Plateau), das bis 2.00 Uhr (5.5.86) wieder auf einen Nulleffekt abfällt. Es sei zu beachten, daß die kurzzeitige Überschreitung des Grenzwertes für die Gefahrenmeldung bei der Aerosolaktivitätskonzentration in den Schreiberaufzeichnungen der Impulsrate nicht vorhanden sei. Der Überschwinger bei der Aerosolkonzentration sei bei der Berücksichtigung der Verweilzeit des Filterbandes unter dem Detektor von ca. 4 h durch das Rechnerverhalten des Aerosolmonitors zu erklären. Die letztgenannte Bewertung durch die TÜV-Arge KTW ist nicht bewiesen.

Der Schreiberstreifen der Impulsrate (IPS) sei auf Veranlassung der TÜV-Arge KTW so aufbereitet worden, daß auf dem Entwicklungsplatz bei der Herstellerfirma Kimmel die Impulsrate in die Konzentration (Bq/m^3) umgewandelt werden konnte. Laut tel. Auskunft der Fa. Kimmel habe ein Vergleich mit dem entsprechenden Konzentrationsschrieb vom 4.5.1986 eine hinreichend genaue Übereinstimmung beider Kurven ergeben. Eine Manipulation des Schreibers am 4.5.1986 könne damit ausgeschlossen werden.

Die TÜV Arge KTW kommt bei der Auswertung des Meßstreifens für die Aerosolaktivitätskonzentration auf einen Wert von $5,4 \times 10^7$ Bq für den 4.5.1986 (incl. Tschernobyl-Effekt). Zieht man davon den über eine Bilanzierung des Aerosolsammelfilters (Wochenfilter) ermittelten Tschernobyl-Effekt von $0,4 \times 10^7$ Bq ab, so erhalte man eine THTR-bedingte Aerosolaktivitätsabgabe von $5,0 \times 10^7$ Bq für den 4.5.1986. Bringt man den zu Beginn des Ereignisses meßtechnisch bedingten Peak in Abzug, so ergäben sich Abgabewerte von $3,73 \times 10^7$ Bq bzw. $3,43 \times 10^7$. Berücksichtigt man nun noch einen Meßfehler von 40 %, so folgen daraus Werte von $5,23 \times 10^7$ Bq bzw. $4,8 \times 10^7$ Bq (ohne Berücksichtigung des Reaktorunfalls von Tschernobyl). Auf die Problematik der Zu- und Abschläge wird später eingegangen. Geht man für die Beurteilung der Frage, ob die erhöhte Aerosolaktivitätsabgabe am 4.5.1986 sofort der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde gemeldet werden mußte, von dem Abgabewert von $5,4 \times 10^7$ Bq aus, so kann festgestellt werden, daß der Tagesabgabewert von $7,4 \times 10^7$ Bq zu rd. 73 % ausgeschöpft worden ist.

Unbestritten ist, daß der zulässige Grenzwert für die höchstzulässige Tagesabgaberate beim Auflaufen der Gefahrenmeldung "Aerosolaktivitätskonzentration Kamin hoch" am 4.5.1986 noch nicht erreicht war. Für sein Erreichen bzw. Überschreiten ist

der Zeitraum bis 24.00 Uhr zu berücksichtigen, in dem gegenüber der "Nulllinie" eine erhöhte Aerosolaktivitätskonzentration zu verzeichnen ist. Eine eindeutige Feststellung der Aerosolaktivitätsabgabe am 4.5.1986 ist nicht möglich. Sie wäre kurzfristig auch nicht mit Hilfe einer Auswertung des Aerosol-Sammel-filters, dessen sofortiger Wechsel unterblieben ist, möglich gewesen, weil die Zeit der Ausmessung ohne Bewertung mindestens 20.000 sec erfordert. Im übrigen handelt es sich um ein Wochenfilter. (Auf die Normierung der Auswertung des Meßstreifens der Meßstelle XS 10 R 001 auf das Ergebnis der gammaspektrometrischen Auswertung des Aerosol-Sammelfilters für die 18. KW wird später eingegangen.)

Bei der Untersuchung hat das befragte Personal der HKG angegeben, daß es am 4.5. 1986 keinen Zusammenhang zwischen der durch Auflaufen der Gefahrenmeldung erkennbar gewordenen erhöhten Aerosolaktivitätskonzentration und der Störung bei der Einschleusung der Absorberelemente in die Beschickungsanlage gesehen hat.

Da die erhöhte Aerosolaktivitätskonzentration erst am 5.5.1986 wieder abgeklungen ist, hat die TÜV Arge KTW auch für diesen Tag den Schrieb der Meßstelle XS 10 R 001 (Aerosolkonzentration) ausgewertet. Danach ist es am 5.5.1986 zu einer Aerosolaktivitätsabgabe von $2,1 \times 10^7$ Bq gekommen, d.h. der Tageshöchstwert wurde am 5.5.1986 zu rd. 28 % ausgenutzt. Die Abgabe stammt nach Auffassung der TÜV Arge KTW z.T. noch von den Ereignissen vom 4.5.1986. Der andere Teil sei den Schalthandlungen in der Zeit zwischen 12.00 Uhr und 18.00 Uhr, auf die im folgenden näher eingegangen wird, nicht eindeutig zurechenbar.

Am nächsten Morgen, d.h. am 5.5.1986, wurde das Aerosolsammel-filter (Wochenfilter) gegen 8.00 Uhr planmäßig gewechselt und anschließend nuklidspezifisch ausgewertet.

Bevor auf die Auswertung und Bilanzierung des Aerosolfilters eingegangen wird, sollen die Schalthandlungen zur Behebung der Störung in der Einschleusung dargestellt werden. Am 5.5.1986 wurden von Systemverantwortlichen der Beschickungsanlage in der Zeit von 12.00 - 18.00 Uhr Schalthandlungen auf der Einzelantriebssteuerebene durchgeführt, um die Ursache der Verklemmung in der Schleusenstrecke aufzuklären und die Störung zu beseitigen. Hierzu wurde zunächst die Schleusenstrecke YE 03 mit Reinhelium auf den Primärgasdruck von 39 bar gebracht und mehrfach versucht, den Dosierer YE 03 D 007 zu betätigen. Dabei wurde von den Kugelzählern keine Kugelbewegung angezeigt. Daraufhin wurde der Druck in der Schleusenstrecke mit Reinhelium auf 41 bar erhöht, so daß die Druckdifferenz ca. 2 bar betrug. Beim Öffnen der Schleusenarmatur YE 03 S 002 und der Entspannung des Überdrucks in Richtung Pufferstrecke erfolgten Zählimpulse vom Kugelzähler. Beim Schwenken des Dosierers YE 03 D 007 erfolgten jedoch keine weiteren Zählimpulse. Daraufhin wurde ein weiterer Entspannungsvorgang nach einer Erhöhung des Druckes in der Schleusenstrecke auf 42 bar, d.h. bei 3 bar Überdruck vorgenommen. Hierbei wurden erneut Zählimpulse beim Kugelzähler registriert. Auch beim mehrmaligen Schwenken des Dosierers erfolgten unregelmäßige Zählimpulse des Kugelzählers. Da die Entspannungsvorgänge zu keiner eindeutigen Aussage über den Zustand der Schleusenstrecke führten, wurden über die Zugabepufferstrecke drei Absorberelemente vom Fass zum Dosierer YE 03 D 006 dosiert. Beim Schwenken des Dosierers erfolgte jedoch keine Kugelanzeige. Beim Versuch, die Schleusenarmatur YE 03 S 001 zu schließen, wurde festgestellt, daß sie sich nicht schließen ließ. Als Grund hierfür wurde ein Kugelstau im Bereich der Schleusenarmatur angenommen. Die Versuche, die Störung in der Schleusenstrecke durch Betätigen der Einzelantriebssteuerung zu beseitigen, wurden daraufhin eingestellt. Das Schließen der Armatur YE 03 S 001 erfolgte erst am 13.6.1986 vor der Störungsbehebung, mit der am 14./15.6.1986 begonnen wurde.

Bis dahin war zwar die Schleusenarmatur YE 03 S 001 offen, der Primärgaskreislauf durch die zweite Doppelsitz-Schleusenarmatur YE 03 S 002 jedoch dicht geschlossen, so daß keine weitere Abgabe von radioaktiven Aerosolen zu verzeichnen war. Bei dem zweimaligen Versuch am 5.5.86, den Kugelstau mit Hilfe eines Heliumstoßes aufzulösen, konnte ebenfalls keine Abgabe an den Abluftkamin eintreten, weil das Reinhelium in Richtung Primärkreislauf entspannt worden ist.

Bei der Störungsbehebung in der Einschleusung wurden nach dem Ausbau einer Drucksperrre, eines Dosierers und eines Sammlers Kugelbruch von Absorberelementen festgestellt, und zwar sowohl in der Schleusenstrecke als auch in der Pufferstrecke. Die Reinigung der betroffenen Systemstrecken erfolgte mittels Staubsauger. Die bei der Störungsbehebung angefallenen Absorberelemente, die Bruckstücke und der abgesaugte Staub wurden in einem Faß eingelagert, das von der Kernforschungsanlage Jülich untersucht und ausgewertet wird.

Das Aerosolsammelfilter ist nach dem Wechsel am 5.5.1986 von der HKG 4-mal gammaspektrometrisch ausgemessen worden. Dabei ergaben sich für die radioaktiven Aerosole mit einer Halbwertzeit von mehr als 8 Tagen aber ohne Jod 131 folgende Werte:

1. Ausmessung	5.5.1986	Beginn 9.00 Uhr Meßzeit 20.000 sec Aerosolaktivitätsabgabe insges. $1,42 \times 10^8$ Bq
2. Ausmessung	7.5.1986	Beginn 19.40 Uhr Meßzeit 46.741 sec Aerosolaktivitätsabgabe insges. $1,60 \times 10^8$ Bq

3. Ausmessung	10.6.1986	Beginn 15.07 Uhr Meßzeit 20.000 sec Aerosolaktivitätsabgabe insges. $1,58 \times 10^8$ Bq
4. Ausmessung	21.6.1986	Beginn 16.53 Uhr Meßzeit 20.000 sec. Aerosolaktivitätsabgabe insges. $1,56 \times 10^8$ Bq

Die ersten Meßwerte (einschl. des Tschernobyl-bedingten Anteils) wurden demnach am 5.5.1986 gegen 15.00 Uhr ausgedruckt. Nach Angabe der HKG hat die am 6.5.1986 begonnene Auswertung der Analyse nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt, weil es nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl notwendig gewesen sei, dessen Auswirkungen in der Umgebung des THTR 300 zu analysieren, um die auf den Betrieb des THTR 300 zurückzuführenden Emissionen bestimmen zu können. Dazu habe die Auswertung der Aktivitätsmessungen in der Umgebung (Aerosol- und Jodkonzentration in der Luft) sowie die nuklidspezifische Analyse der Umgebungsfilter und von Boden- und Grasproben gehört. Erst nach Vorliegen der nuklidspezifischen Zusammensetzung der Außenluft habe man die Aufteilung in Tschernobyl- und THTR-Nuklide vornehmen können. Das erste Ergebnis habe daher erst am 7.5.1986 vormittags vorgelegen. Darüber sei die Betriebsleitung umgehend informiert worden. Erst zu diesem Zeitpunkt habe man erkannt, daß auch THTR-spezifische Vorgänge mit in Betracht zu ziehen waren. Man habe eine Kontrollauswertung angeordnet, mit der am 7.5.1986 um 19.40 Uhr begonnen worden sei.

Aus heutiger Sicht läßt sich die späte Erkenntnis des Zusammenhanges zwischen der Störung in der Beschickungsanlage und dem Ansprechen des Warngrenzwertes des Aerosolmonitors in der Warte nur durch die besondere Situation infolge des Reaktorunglücks in Tschernobyl erklären.

Für die Bilanzierung der auf den THTR-Betrieb zurückzuführenden Aerosolaktivitätsabgabe hat die HKG die Radionuklidzusammensetzung in der Außenluft herangezogen und danach mit Co 60 als Leitnuklid die Nuklide bestimmt, die nach ihrer Ansicht gar nicht oder nur teilweise dem Betrieb des THTR angelastet werden können.

Bei dieser Vorgehensweise hat die HKG für die 18. KW folgende Werte für die durch den Betrieb des THTR 300 bedingte Aerosolaktivitätsabgabe bilanziert:

1. Messung	$0,937 \times 10^8$ Bq
2. Messung	$0,962 \times 10^8$ Bq
3. Messung	$1,03 \times 10^8$ Bq
4. Messung	$1,01 \times 10^8$ Bq

Bei der o.a. Bilanzierung konnte die HKG nach ihren Angaben Ce 144 nicht berücksichtigen, da es zu keiner signifikanten Vergrößerung der Nettofläche des Photopeaks bei 133 keV des kurzlebigen Hf 181 führte. Nach einer Abklingzeit von ca. 40 Tagen hat sie die Aktivität des Ce 144 auf dem Bilanzierungsfilter mit $1,79 \times 10^6$ Bq (aufgerundet: $0,018 \times 10^8$ Bq) ermittelt.

Damit erhöhen sich die von der HKG für die 18. KW bilanzierten Werte für die durch den Betrieb des THTR 300 bedingte Aerosolaktivitätsabgabe wie folgt:

1. Messung	$(0,937 + 0,018) \times 10^8 = 0,955 \times 10^8$ Bq
2. Messung	$(0,962 + 0,018) \times 10^8 = 0,980 \times 10^8$ Bq
3. Messung	$(1,03 + 0,018) \times 10^8 = 1,048 \times 10^8$ Bq
4. Messung	$(1,01 + 0,018) \times 10^8 = 1,028 \times 10^8$ Bq

Ihren Berichten hat die HKG die über einen Zeitraum von 46.741 sec dauernde 2. Messung zugrunde gelegt. Bei der Berücksichtigung dieses Abgabewertes errechnet sich für die Aerosolabgabe während eines Zeitraumes von 180 aufeinanderfolgenden Tagen, bezogen auf das Ende der 18. KW 1986, insgesamt:

42. - 52 KW 85	0,037 x 10 ⁸ Bq
1. - 17. KW 86	0,428 x 10 ⁸ Bq
18. KW 86	0,980 x 10 ⁸ Bq

Halbjahressummenwert	1,445 x 10 ⁸ Bq
----------------------	----------------------------

In diesem Zeitraum wurden unter Zugrundelegung dieser Bilanzierungswerte demnach rd. 78 % des in der Genehmigung festgesetzten Höchstwertes von $1,85 \times 10^8$ Bq (= 50 % des Jahreshöchstwertes von $3,7 \times 10^8$ Bq) für die Abgabe langlebiger radioaktiver Aerosole (Halbzeitwert größer als 8 Tage, ohne Jod-131) über den Abluftkamin abgegeben. In der 18. KW 1986 wurden allein 53 % des Halbjahresgrenzwertes abgegeben.

Geht man bei der Berechnung des Halbjahressummenwertes von dem niedrigsten bzw. höchsten Bilanzierungswert für die 18. KW in Höhe von $0,937 + 0,018 = 0,955 \times 10^8$ Bq bzw. $1,048 + 0,018 = 1,066 \times 10^8$ Bq aus, so ergibt sich eine Ausnutzung des Halbjahresgrenzwertes für die langlebigen Aerosole von 77 % bzw. 83 %.

Die TÜV Arge KTW hält die von der HKG angewendete Methode für die Aufteilung der Aktivitäten für ungeeignet. Es sei realistischer, vom Außenluftnuklidvektor auszugehen und Cs 137 als Leitnuklid zu betrachten. Sie bilanziert damit für die 18. KW eine Aerosolaktivitätsabgabe von $1,2 \times 10^8$ Bq. Die Ausnutzung des Halbjahresgrenzwertes für die Aerosolaktivitätsabgabe würde sich damit auf 90 % erhöhen.

Die TÜV Arge KTW errechnet aus der in der 18. KW abgegebenen Aerosolaktivitätsabgabe eine Bodenkontamination an der ungünstigsten Stelle (Sektor 3; 2 km vom Kraftwerk) von $0,125 \text{ Bq/m}^2$.

Die behördlichen Untersuchungen konnten auf die Höhe der abgegebenen Aerosolaktivität beschränkt werden, weil bei den übrigen Grenzwerten (Edelgase, Jod) eine Überschreitung ausgeschlossen bzw. eine signifikante Änderung nicht festgestellt werden konnte.

So ergab eine Auswertung der Meßstreifen für die Edelgasmeßstellen durch die TÜV Arge KTW eine Edelgaskonzentration in der Kaminabluft, die unterhalb der Nachweisgrenze von $3,7 \times 10^3 \text{ Bq/m}^3$ liegt.

Der am 3.5.1986 gegen 9.00 Uhr beginnende Anstieg der Jodaktivitätsabgabe in der Abluft erreichte gegen 16.00 Uhr ein Maximum von $6,54 \text{ Bq/m}^3$, wobei es zu keinem Anstieg bei der Edelgas- bzw. Aerosolaktivität kam. Nach einem Abfall auf die Nulllinie ist am 4.5.1986 ab 19.00 Uhr bis 5.5.1986 um 15.00 Uhr wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der dann in ein Plateau übergeht. Am 4.5.1986 um 23.53 Uhr wurde in der Anstiegsphase zum ersten Mal die Gefahrenmeldung "Filterbeladung Jod hoch" durch den Betriebsrechner ausgedruckt. Mögliche Ursachen für die Meldung sind eine Aufsammlung auf dem Filter über einen längeren Zeitraum oder eine ungenügende Kompensation von Störnukliden. Da zum Zeitpunkt des Ereignisses am 4.5.1986 um 21.30 Uhr und danach keine signifikante Änderung im Anstieg der Jodaktivitätskurve festgestellt werden kann, folgert die TÜV Arge KTW, daß durch das Ereignis am 4.5.1986 keine nennenswerte Menge Jod freigesetzt wurde. Die erhöhte Jodabgabe ab 2.5.1986 sei vielmehr auf den Reaktorunfall in Tschernobyl zurückzuführen.

Die Zentralstelle für Sicherheitstechnik hat den Aerosolsammel-
filter der 18. KW ebenfalls ausgewertet. Auch sie hält es für
richtig, von Cs 137 als Leitnuklid auszugehen und errechnet für
die Aerosolaktivitätsabgabe in der 18. KW einen Wert von $1,06 \times 10^8$ Bq. Sie bestätigt damit die Auffassung der HKG und der TÜV
Arge KTW, daß der Halbjahresgrenzwert nicht überschritten worden
ist.

Die Feststellung, daß bei der vorgenommenen Bilanzierung wegen
Meß- und Rechenungenauigkeit mit einem Fehler von + 30 % zu
rechnen ist, spielt für die Beurteilung der Frage, ob ein melde-
pflichtiges Vorkommnis vorliegt, keine Rolle. Im atomrechtlichen
Genehmigungsbescheid und in den sicherheitstechnischen Regeln
des KTA findet sich kein Hinweis, daß die von der HKG gemessene
bzw. bilanzierte Abgabe mit einem Aufschlag zur Abdeckung von
Meß- und Rechenunsicherheiten zu versehen ist. Diese Unsicher-
heiten sind bei der Festsetzung der Grenzwerte im Genehmigungs-
bescheid zu berücksichtigen.

Obwohl die HKG wegen der erhöhten Aerosolaktivitätsabgabe keine
Veranlassung zur Abgabe einer "Meldung besonderer Vorkommnisse"
an die atomrechtliche Aufsichtsbehörde sah, hat sie nach ihren
Angaben versucht, die Aufsichtsbehörde bereits am 7.5.1986 tele-
fonisch zu erreichen. Dies sei aber erst am 8.5.1986 gelungen.

Am 7.5.1986 hat der MWMT die TÜV Arge KTW gegen 15.40 Uhr fern-
mündlich mit einer Überprüfung des THTR 300 beauftragt, weil
Meldungen kursierten, nach denen beim THTR 300 eine Helium-
Leckage und als Folge eine erhöhte Aktivitätsabgabe aufgetreten
sei. Die HKG wurde vom MWMT über diese Überprüfung fernmündlich
unterrichtet. Bei der Überprüfung wurde der TÜV Arge KTW kein
Hinweis auf den Anstieg der Aerosolaktivitätskonzentration im
Abluftkamin am 4.5.1986 gegeben. Der MWMT hat aufgrund der Über-
prüfung der TÜV Arge KTW gegen 17.30 Uhr eine Pressemitteilung
herausgegeben, nach der der THTR 300 ordnungsgemäß arbeitet.

Am 8.5.86 wurde die atomrechtliche Aufsichtsbehörde fernmündlich darüber unterrichtet, daß bei Arbeiten an der Beschickungsanlage am 4.5.86 radioaktive Aerosole über den Abluftkamin abgeleitet worden seien. Tages- und Halbjahresgrenzwert für die Abgabe radioaktiver Aerosole seien eingehalten worden. Letzterer sei nach Abzug der Tschernobyl-Radioaktivität etwa zu 80 % ausgenutzt. Ein Hinweis auf das Anstehen der Gefahrenmeldung "Aerosolaktivitätskonzentration hoch" wurde ebensowenig gegeben wie eine Darstellung der Vorgänge in der Beschickungsanlage. Aufgrund dieser Darstellung wurde die Erhöhung der Aerosolaktivitätsabgaben als nicht meldepflichtig eingestuft. Nach Kenntnis der Fehlbedienung der Beschickungsanlage und der dadurch ausgelösten Fehlfunktion im Einzelsteuerantrieb, die kurzfristig zu einer weitgehenden Ausnutzung des zulässigen Halbjahresgrenzwertes für die Aerosolaktivitätsabgabe geführt hat, wurde der Vorfall als meldepflichtiges Ereignis der Kategorie "N" eingestuft.

Da über den Ablauf der vorstehend dargestellten Ereignisse zunächst widersprüchliche Angaben gemacht wurden, die Höhe der tatsächlichen Emissionen und die Frage der Einhaltung der behördlich vorgeschriebenen Grenzwerte unklar war sowie unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung und die Meldepflicht der Ereignisse des 4.5.86 bestanden, ist vom MWMT am 30.5.86 eine besondere Kommission mit der genauen Aufklärung beauftragt worden.

Da die HKG am 3.6.86 mitteilte, daß sie den aus betrieblichen Gründen am 30.⁵.86 stillgelegten Reaktor nach 18.00 Uhr wieder anfahren wolle, wurde von der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde am gleichen Tage angeordnet, den Leistungsversuchsbetrieb bis zum Abschluß der laufenden Untersuchungen nicht wieder aufzunehmen.

Nach Abschluß der Untersuchungen wurde der Leistungsversuchsbetrieb mit Anordnung - 535-8944-THTR-3.12.1 - vom 13.6.86 wieder zugelassen.

Mit der Anordnung wurde eine Reihe von technischen und organisatorischen Maßnahmen gefordert, von denen ein Teil bereits vor der Wiederinbetriebnahme des Kraftwerks zu erfüllen war. Diese Maßnahmen betrafen

- die Herabsetzung des Wertes für die Gefahrenmeldung "Kamin-Aktivitätskonzentration hoch",
- die Überprüfung und Bewertung von Schichtaufzeichnungen durch den Teilbereichsleiter-Betrieb,
- die Einschränkung des Handbetriebs der Beschickungsanlage auf die Beseitigung von Störungen
- die Vorlage betrieblicher Festlegungen über Art und Planung des Handbetriebs
- die Erweiterung der Unterweisung für das Betriebspersonal über den Betrieb der Beschickungsanlage
- die wöchentliche Auswertung der Aerosolfilter und Jodpatronen durch eine amtliche Meßstelle
- die Änderung und Ergänzung von Verriegelungen der Beschickungsanlage
- die Erweiterung der Überwachung der radioaktiven Stoffe in der Abluft durch einen Rechner.

Nach Erfüllung der mit der Anordnung vorgeschriebenen Maßnahmen sowie Vornahme weiterer Verbesserungen und Umbauten wurde der THTR 300 am 11.7.86 wieder angefahren.

Weitere Ermittlungen

Die Beschickungsanlage soll eine kontinuierliche Zugabe und Entnahme von Betriebselementen während des Reaktorbetriebs ermöglichen. Für einen kontinuierlichen Beschickungsbetrieb ist Voraussetzung, daß Betriebselemente in ausreichender Zahl über die Einschleusung in die Pufferstrecke eingefahren werden. Der Ausfall der Beschickungsanlage führt zu keinem gefährlichen Zustand des Reaktors. Die Beschickungsanlage gehört daher nicht zu den Anlagenteilen des Reaktors, für deren Betrieb das BHB von der Genehmigungsbehörde im Genehmigungsbescheid festgeschrieben ist. Der für den Betrieb der Beschickungsanlage vorgesehene Teil des BHB wird jedoch von der TÜV Arge KTW geprüft.

Die sicherheitstechnischen Anforderungen an die Beschickungsanlage sind:

- Einschluß des Primärgases bei Ein- und Ausschleusvorgängen
- Begrenzung von Aktivitätsfreisetzung bei "Bauteilversagen" z.B. Fehlschaltungen in den Schleusenstrecken sowie
- Leckageüberwachung z.B. an Dichtsitzen der Schleusen- und Sicherheitsarmaturen.

Restleckagen und Restmengen des Primärgases bei der Einschleusung werden über den Abluftkamin abgeleitet.

Der Betrieb der Beschickungsanlage darf nach den betrieblichen Festlegungen nur im Automatikbetrieb (Leitebene bzw. Funktionsgruppenbetrieb) erfolgen. In der Einlaufphase wird das Einschleusen ("Zugabepuffer füllen") mit der Funktionsgruppensteuerung durchgeführt. Für die Betriebselemente-Zugabe und

-Entnahme wird vom Gruppenleiter Physik eine Schichtanweisung erstellt. Die Durchführung erfolgt durch den Leitstandfahrer gemäß den Festlegungen im BHB. Beschickungsvorgänge und Maßnahmen beim Betrieb der Beschickungsanlage sind im Beschickungsbuch zu dokumentieren.

Aus den Betriebsanleitungen und dem BHB ist nicht eindeutig herauszulesen, daß die Beschickungs-/Schichtanweisung schriftlich an den Schichtleiter und den Leitstandfahrer weitergeleitet werden muß bzw. welchen Umfang sie im einzelnen hat. Insofern ist gegen die fernmündliche Anforderung des Betriebsphysikers bei dem Leitstandfahrer, noch 40 Absorberelemente einzuschleusen und dem Kern zuzugeben, kaum ein Verstoß gegen das BHB abzuleiten. Die vorgefundene Führung des Beschickungsbuches gibt jedoch Anlaß zu der Forderung, das Beschickungsbuch stärker zu formalisieren. Es sollte auch untersucht werden, ob es für bestimmte Vorgänge zweckmäßig ist, die bisher nur fernmündliche Kommunikation zwischen Betriebsphysiker und Leitstandfahrer durch Bildschirmübertragung zu ergänzen oder eine Schriftform anzuordnen.

Der Vorfall hat deutlich gemacht, daß die Betriebsvorgänge "Einschleusen von Betriebselementen" und "Zugabe von Betriebselementen" zwei getrennte Vorgänge sind, die nicht deckungsgleich sein müssen, weil durch das Einschleusen in die Pufferstrecken die Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Zugabebetrieb geschaffen werden sollen. In den Betriebsanweisungen sollte eindeutig geregelt werden, wer für das rechtzeitige Einschleusen von Betriebselementen zuständig ist. Da der Betriebsphysiker auf der Grundlage der Beschickungsanweisung eine Zugabeanweisung erarbeitet, die Ist-Belegung der Zugabepuffer überwacht und auch das Kugelbilanzbuch führt, kann dies nur der Betriebsphysiker sein. Seine telefonische Anforderung

an den Leitstandfahrer, 40 Absorberkugeln zuzugeben, kann aus dieser Sicht bereits als erste Fehlentscheidung und Verstoß gegen das BHB gewertet werden, da es ohne weiteres möglich gewesen wäre, 60 Absorberelemente einzuschleusen und davon 40 dem Kern zuzugeben. Die HKG ist von der Aufsichtsbehörde aufgefordert worden, die aufgezeigte betriebsorganisatorische Schwachstelle im Bereich Einschleusung und Zugabe zu beseitigen.

Der Entschluß des Leitstandfahrers, 40 Absorberkugeln über Einzelantriebssteuerung einzuschleusen, ist ebenso eine Fehlentscheidung und als Verstoß gegen die Vorgaben des BHB zu werten wie die Anforderung des Betriebsphysikers.

Bei der Beurteilung des Vorgehens könnte berücksichtigt werden, daß in der Einlaufphase bereits vorher Störungen in der Beschickungsanlage zu verzeichnen waren, die automatisch zu einem Abbruch des Beschickungsbetriebes führten und als Gegenmaßnahme - wie es bei Störungen zulässig ist - zunächst die Handbetätigung in der Antriebssteuerebene vorsehen. Auch müssen bei Beseitigung solcher Störungen entsprechend den Festlegungen im BHB durch das Schichtpersonal vor erneuter Aufnahme des Automatikbetriebes in den Puffern befindliche Betriebs-elemente z.T. durch Handbetätigung in der Antriebssteuerungsebene in den Kern gefördert werden, um ein Wiederauffahren im Automatikbetrieb zu ermöglichen. Gerade im Versuchsbetrieb ist daher eine Handbetätigung für das Schichtpersonal nicht unüblich.

In das Schichtbuch sind durch den Schichtleiter nur solche Störungen einzutragen, bei denen zur Störungsbeseitigung der Systemverantwortliche hinzugezogen werden muß. Ebenso sind Handeingriffe, die über die im BHB aufgeführten Maßnahmen zur Störungsbeseitigung hinausgehen, lückenlos chronologisch in den Wartenunterlagen zu dokumentieren.

Betrachtet man unter diesen Aspekten die Versuche des Wartepersonals, die Störung durch mehrfaches Umschalten vom Automatikbetrieb auf Handsteuerung und umgekehrt zu beseitigen, so können sie noch unter die nach dem BHB zulässigen Maßnahmen ohne besondere Dokumentation subsumiert werden. Es ist unstrittig, daß nicht alle vom Betriebsrechner ausgedruckten Gefahrenmeldungen in die in der Warte geführten Bücher einzutragen sind. Es wird jedoch für notwendig gehalten, das BHB zu überarbeiten. Die zu treffenden Maßnahmen und betrieblichen Meldungen sind zu präzisieren. Dabei sind Formulierungen wie "...sollten..." zu vermeiden. Dokumentationsnotwendigkeiten sind eindeutig festzulegen. Letzteres könnte z.B. durch eine Dienstanweisung für die Führung des Schichtbuches oder eine entsprechende Kennzeichnung der auflaufenden Gefahrenmeldungen erfolgen.

Die Untersuchung hat zu dem Ergebnis geführt, daß die erhöhte Aerosolabgabe auf die Fehlentscheidung, die Absorberelemente mittels Einzelantriebssteuerung einzuschleusen, und die dabei vorgekommenen Bedienungsfehler zurückzuführen ist. Beim Automatikbetrieb wäre die erhöhte Aerosolaktivitätsabgabe nicht aufgetreten. Da die Fehlermöglichkeiten beim Einzelsteuerantrieb bei Beginn der behördlichen Untersuchung erkannt wurden, wurde am 31.5.1986 schriftlich angeordnet, daß die Zugabe von Betriebselementen nur über die Funktionsgruppensteuerung erfolgen und die Beschickungsanlage mit Einzelantriebssteuerung nur bei Störungen unter Beachtung besonderer Bestimmungen gefahren werden darf.

Die Fehlschaltung hat nicht zu einer Freischaltung des unter 40 bar Druck stehenden Primärgases zum Abluftkamin geführt. Insoweit haben die getroffenen sicherheitstechnischen Maßnahmen und die vorhandenen Einrichtungen die Aktivitätsableitung

begrenzt. Das Volumen der leeren Einschleusstrecke beträgt $1,5 \times 10^4 \text{ cm}^3$, mit Totvolumina $2,0 \times 10^4 \text{ cm}^3$. Dazu kommt das Volumen der Rohrleitung NW 25/50 bis zum Absperrventil TN 20 S 112. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß in die Schleusenstrecke bei einem Fassungsvermögen von 60 Betriebselementen 41 Absorberelemente eingeschleust wurden und ein Druck von rd. 40 bar herrschte. Die Menge des bei dem Ereignis abgeleiteten Heliums wird daher größenordnungsmäßig auf etwa 0,5 Normalkubikmeter geschätzt.

Obwohl bereits sehr früh erkannt worden ist, daß die erhöhte Aerosolaktivität mit größter Wahrscheinlichkeit auf die Folgen einer Fehlbedienung und Fehlfunktion bei der Einschleusung von Betriebselementen zurückzuführen ist, wurde untersucht, ob noch andere Wege für die Abteilung gasgetragener Aktivitäten infrage kommen können. Grundsätzlich kämen für eine Ableitung verschiedene direkte und indirekte Wege infrage.

Der indirekte Weg setzt das Eindringen von Primärgas in ein vom Primärgassystem durch mechanische Barrieren abgetrenntes System und eine Ableitung aus demselben voraus. Hierfür käme das Kühlwassersystem für die Kühlgebläse mit Ableitung aus den Ausgleichsbehältern sowie die Absaugung des Kondensators der Hauptturbine infrage. Eine Ableitung über diese Wege kann ausgeschlossen werden, weil

- Störungen des Betriebes des Gebläsekühlwassersystems, die auf ein Eindringen von Gas hindeuten (Druckerhöhung oder Durchflußstörungen) im fraglichen Zeitraum nicht aufgetreten sind,
- eine Ableitung von Aerosolen über die Kondensatorentgasung ein Eindringen von Primärgas in den Zwischenüberhitzer der

Dampferzeuger voraussetzt, wofür es aufgrund der Aktivitätsüberwachung der Zwischenüberhitzer und der Überwachung der Aktivität in der Kondensatorentgasung keinerlei Anhaltspunkte gibt.

Unabhängig davon wären die Aerosole mit größter Wahrscheinlichkeit in der Wasservorlage zurückgehalten bzw. über die Kondensatreinigungsanlage entfernt worden.

Für eine direkte Ableitung kämen folgende Pfade infrage:

- die Lüftungsanlagen für die Reaktorhalle und das Reaktorgebäude, speziell für Räume der Beschickungsanlage und Gasreinigung und die Unterdruckhaltung des Brennelementlagers
- die Abgassammelleitung TC 62 Z 051
- Ableitung aus der Gasanalyse über TV 10 Z 052.

Eine direkte Ableitung aus dem Reaktordruckbehälter über die Abluft der Reaktorhalle scheidet aufgrund des konstanten Druckes sowie des Fehlens eines Hinweises auf ein Ansprechen der Leckageüberwachung aus.

Eine Ableitung über die Lüftung ist auszuschließen, da die Raumluftüberwachung keine Anhaltspunkte dafür liefert und Schwebstofffilter der Klasse 'S' etwaige Aerosole aus der Abluft der Räume der Gasreinigungs- und Beschickungsanlage zurückgehalten hätten.

Eine Ableitung über die Abgassammelleitung TJ 11 Z 051 ist auszuschließen, weil auf diese Leitung auf 50 bar eingestellte Sicherheitsventile von Behältern der Gasreinigungsanlage führen. Da der Druck im Primärsystem bisher im Betrieb stets kleiner oder gleich 40 bar war, ist ein unmittelbares Ansprechen der Sicherheitsventile auszuschließen. Ein fehlerhaftes Öffnen hätte durch Druckabsenkung (die Leitung TJ 11 Z 051 ist für 1,5 bar ausgelegt) zu Betriebsstörungen in der Gasreinigung führen müssen. Diese sind im fraglichen Zeitraum nicht aufgetreten. Des Weiteren führen auf diese Leitungen Druckabsicherungen der Vakuumanlage TJ 11 über Berstscheiben; diese sind intakt. An der Leitung TJ 11 Z 051 ist darüber hinaus keinerlei Aktivität gemessen worden.

Eine Ableitung aus der Gasanalyse ist auszuschließen, da zum fraglichen Zeitpunkt die Gasanalyse über den planmäßigen Weg in den Analysepuffer ordnungsgemäß arbeitete und die Leitung TV 10 Z 052 nur bei Störungen beaufschlagt wird.

Damit bleibt als einzig möglicher Ableitungsweg für die Aerosolabgabe am 4.5.1986, wie bereits dargelegt, nur die Leitung TC 62 Z 051, die für die Ableitung aus betrieblichen Vorgängen, wie z.B.: Entlastung der Einschleusstrecke der Beschickungsanlage, im Zusammenhang mit dem gesamten Spül- und Entlastungssystem benutzt wird.

Um die Risiken einer Wiederholung der Aerosolaktivitätsabgabe weiter zu verringern, wurde in der atomrechtlichen Anordnung vom 13.6.1986 gefordert, die Verriegelungen zwischen den Schleusen- und Sicherheitsarmaturen auch bei der Einzelantriebssteuerung zu verbessern. Die Steuerung der gesamten Beschickungsanlage wurde daraufhin mit folgendem Ziel überprüft:

- Verhinderung der Möglichkeit der Ableitung radioaktiver Aerosole durch Fehlbedienung, wie sie am 04.05.86 erfolgt ist.
- Verhinderung der Ableitung radioaktiver Aerosole auf anderen Wegen sowohl bei Fehlbedienung während vorbeugender Arbeiten in der Handsteuerebene als auch bei Instandhaltungsvorgängen;
- Verhinderung von unnötigem Füllen der Entlastungsbehälter aus der Beschickungsanlage
- Verhinderung von Kugelbruch in der Zugabeschleuse durch unzulässige Gas-Rückströmung.

Die aufgrund der Überprüfung vorgeschlagenen Änderungen ergänzen die bereits in der Antriebssteuerebene und Gruppensteuerebene vorhandenen Verriegelungen. Da diese Verriegelungen in die Antriebssteuerebene eingreifen, sind sie sowohl bei Automatikbetrieb über Funktionsgruppensteuerebene oder Leitebene als auch bei Handbetrieb über die Antriebssteuerebene wirksam. Ein Anfahren der Beschickungsanlage im Automatikbetrieb ist nur bei Vorliegen der dafür jeweils erforderlichen Ausgangspositionen möglich.

Die von der TÜV Arge KTW begutachteten zusätzlichen Verriegelungen sind inzwischen installiert:

- Die Armatur TN 20 S 112 kann nur geöffnet werden, wenn der Druck in der Schleuse YE 03 kleiner 1,1 bar, gemessen an der Druckmeßstelle TN 20 P 003, ist.
Damit wird sichergestellt, daß im Hand- und Automatikbetrieb die Zugabeschleuse nur unterhalb dieses Druckes in den Kamin entlastet werden kann.

- Die Armatur YE 03 S 002 kann nur geöffnet werden, wenn der Druck in der Zugabeschleuse gleich oder größer (ca. 1 bar) als der Druck im Reaktorbehälter ist.
Hierdurch wird verhindert, daß Entlastungsvorgänge in die Schleuse stattfinden und dabei Kugeln unzulässig zurückgefördert und evtl. zerstört werden.

- Die Armatur TN 20 S 114 kann nur geöffnet werden, wenn die Armatur YE 03 S 002 geschlossen ist. Diese Verriegelung ist unabhängig vom Druck wirksam.
Damit wird verhindert, daß eine unnötige Beaufschlagung des Entlastungsbehälters erfolgt.

- Die Armatur TN 20 S 113 wird mit der Armatur TN 20 S 111 so verriegelt, daß immer eine geschlossen sein muß.
Damit wird verhindert, daß durch Fehlbedienung der Druck in der Schleuse YE 03 auf die drucklose Dichtsitzüberwachung der Armatur YE 03 S 001 aufgeschaltet werden kann.

- Die Armatur TN 20 S 114 kann nicht geöffnet werden, wenn Armatur TN 20 S 105 nicht zu ist.
Die Armatur TN 20 S 113 kann nicht geöffnet werden, wenn die Armatur TN 20 S 104 nicht zu ist.

Damit wird verhindert, daß beim Auffüllen der Schleuse YE 03 das Entlastungssystem unnötig mit Reihelium beaufschlagt wird.

- Ähnlich wie bei der Einschleusung werden die Armaturen TN 20 S 111 und TN 20 S 113 mit Armaturen in der Ausschleusung verriegelt.

- Das gleiche gilt für die Verriegelungen von Armaturen beim Kannenwechsel.

Dadurch wird die Heliumabgabe beim Kannenwechsel auf die kleinstmögliche Menge begrenzt und die Aufschaltung des Druckes der Einschleusstrecke auf die Kannen durch Fehlbedienung, unabhängig vom Druck, verhindert und damit ein Abblasen über Sicherheitsventile vermieden.

- Zur zusätzlichen Absicherung bei Reparaturarbeiten wurden in dem Bereich der Vakuumanlage zusätzliche Verriegelungen eingeführt, mit denen verhindert wird, daß die Vakuumanlage durch Öffnen von Armaturen mit zu hohem Druck beaufschlagt bzw. die entsprechende Druckmeßstelle zu spät wirksam wird sowie bei druckentlasteten Systemen diese rückwärts durch andere beaufschlagt werden.

Es ist anzunehmen, daß die erhöhte Aerosolaktivität nicht unmittelbar von dem abgeleiteten Helium stammt, sondern in den Entlastungsleitungen abgesetzte Aerosole durch die bei der plötzlichen Druckentlastung entstehende Strömung aufgewirbelt und über den Kamin abgeleitet worden sind. Da bereits vorher festgestellt worden war, daß beim Betrieb der Anlage radioaktive Aerosole in Form von Abrieb der Betriebselemente im System verschleppt wurden, hatte sich die HKG bereits im März 1986 entschlossen, an mehreren Stellen Feinstfilter mit einer Spaltweite von 0,1 µm einzubauen. Die entsprechende Änderungsanzeige wurde der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde mit Schreiben der HKG vom 24.4.86 vorgelegt.

Hierdurch soll nicht nur die Aktivitätsableitung über das Abluftsystem in den Kamin begrenzt, sondern auch die Verschleppung des Abriebs von Betriebselementen aus der Beschickungsanlage in das Spül- und Entlastungssystem sowie die Vakuumanlage

verhindert werden (siehe Anlage 2: Aerosolfilter im Spül- und Entlastungssystem). Damit wird u.a. auch eine Entlastung der Filter im Abluftsystem erreicht und die Kontamination der Anlagenteile in der Gasreinigungsanlage begrenzt. Die für die Ableitung nach außen relevanten Filter sind bereits eingebaut. Die übrigen Filter sind bestellt.

Über die in den Gaskreisläufen vorgesehenen bzw. eingebauten Filter hinaus sind in den Feuchtemeßboxen der Dampferzeugerleckagekontrolle ebenfalls Filter in den Entlastungsleitungen vorgesehen, die bei Reparaturen an den Feuchtefühlern bzw. deren Wechsel zur Druckentlastung des Meßsystems beaufschlagt werden und bislang auf dem Aerosolmonitor registrierte kurzfristige Erhöhungen der Aerosolaktivitätskonzentration verhindern sollen. Drei Filter sind bereits eingebaut. Weitere 15 werden nachgerüstet.

Die oben beschriebenen und überwiegend bereits durchgeführten Maßnahmen bewirken eine wesentliche sicherheitstechnische Verbesserung der Beschickungsanlage. Einerseits verhindern sie durch das Verbot der Handbetätigung im Einzelsteuerantrieb und die zusätzlichen Verriegelungsmaßnahmen eine Wiederholung des Vorgangs (aktive Maßnahmen), andererseits wird eine Abgabe radioaktiver Aerosole und deren Verschleppung im Spül- und Entlastungssystem durch den Einbau von Filtern wirkungsvoll vermindert (passive Maßnahme). Es ist somit Vorsorge getroffen, daß sich die Ereignisse vom 4.5.86 nicht wiederholen können.

Im Verlauf der Darstellung ist bereits mehrfach auf die Dokumentation des Betriebsgeschehens eingegangen worden, die im Kapitel 1.2.9 des BHB verbindlich festgelegt ist. Neben der Bezeichnung der zu führenden Betriebsdokumente sind deren wesentliche Inhalte sowie die Personen aufgeführt, die für die Erfassung zuständig sind.

Für die Dokumentation der am 4.5.1986 eingetretenen Ereignisse sind insbesondere die Rechnerprotokolle, das Schichtbuch, das Beschickungsbuch, das RSA-Buch (Reaktorschnellabschaltung) sowie das Instandhaltungsbuch von Bedeutung. Die Untersuchung gibt Veranlassung, auf die Dokumentation insgesamt näher einzugehen.

Durch die Rechnerprotokolle und die Schreiberstreifen der verschiedenen Meßstellen werden insbesondere die Fahr- und Betriebsdaten sowie Gefahrenmeldungen und Grenzwertüberschreitungen festgehalten.

Im Schichtbuch sind u.a. die Abgabe von radioaktiven Stoffen, die Durchführung von Reparaturarbeiten, die von Schichtmitarbeitern ausgeführt werden, Maßnahmen, die von Schichtanweisungen, Bedienungsvorschriften, betrieblichen Festlegungen oder Inbetriebsetzungs-Anweisungen abweichen, der Ausfall wesentlicher Aggregate, Unregelmäßigkeiten und besondere Vorkommnisse sowie bei Rechnerausfall die Gefahrenmeldungen zu protokollieren.

Im Beschickungsbuch sind die Beschickungsvorgänge und Maßnahmen beim Betrieb der Beschickungsanlage zu dokumentieren.

Im RSA- und Instandhaltungsbuch sind alle Mängelmeldungen zu erfassen und zu registrieren.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß über die Auslegung dieser unbestimmten Rechtsbegriffe für die Inhalte der Betriebsdokumente nicht in allen Fällen zwischen Betriebsführung und Aufsichtsbehörde eine einheitliche Auffassung besteht. Die Aufsichtsbehörde hält es, wie auch bereits dargelegt, für dringend erforderlich, die bisher nur allgemein festgelegten Inhalte durch genaue Dienstanweisungen oder Formalisierung der

zu führenden Bücher zu präzisieren sowie durch die TÜV Arge KTW überprüfen zu lassen. Die Aufsichtsbehörde wird die erkannten Schwachstellen im Rahmen des Aufsichtsverfahrens weiter verfolgen.

Bei der Frage, wie die zu beanstandende Dokumentation des Betriebsgeschehens zu beurteilen ist, ist zu berücksichtigen, daß das BHB und sonstige betriebliche Anweisungen von der TÜV Arge KTW geprüft und testiert worden sind. Offensichtlich hat sich die Prüfung - zumindest in einzelnen Bereichen - im wesentlichen auf rein technische Fragen beschränkt. Ein Testat durch die TÜV Arge KTW entbindet die Geschäftsführung der HKG, insbesondere in der Einlaufphase jedoch nicht, eine sinnvolle Führung der Dokumentation und die Einhaltung insbesondere des BHB sicherzustellen. Hierfür ist eine schriftliche Festlegung der jeweiligen Geschäftskreise (Entscheidungsbereiche) erforderlich, durch die allein eine lückenlose Abgrenzung und Verantwortlichkeit für die Führung und Überwachung des Betriebes erreicht werden kann.

Die Dokumentation und Überwachung des Betriebes ist insbesondere in der Inbetriebnahme- und Leistungsversuchsphase bedeutsam, weil das BHB von vornherein für den späteren Normalbetrieb ausgelegt ist und Erkenntnisse und Erfahrungen der Leistungsversuchsphase darin eingearbeitet werden müssen.

Bei Störungen im Automatikbetrieb der Beschickungsanlage dürfte - wie die Ereignisse am 4.5.1986 zeigen - in der Regel zunächst versucht werden, die Störung durch Übergang auf Einzelantriebsteuerung zu beheben. Vom Schichtpersonal wird hierin verständlicherweise noch kein dokumentationspflichtiger Vorgang gesehen, zumal im BHB in solchen Fällen vielfach vermerkt ist, daß lediglich der Automatikbetrieb zu stoppen ist. Es ist

daher zu überprüfen, ob die zu treffenden Maßnahmen beim Auftreten von Gefahrenmeldungen im BHB eindeutig festgelegt sind. (Der im BHB verwendete Begriff "Gegenmaßnahmen" ist vielfach irreführend). Insbesondere ist festzuschreiben, bei welchen Störungen der Betrieb von Anlageteilen oder der Gesamtanlage einzustellen ist.

Bei der Untersuchung ist der Eindruck entstanden, daß Prüfung (Überwachung) und Auswertung der Dokumentation nicht klar auseinandergehalten werden. Die Prüfung durch die Geschäftsführung oder die damit beauftragten verantwortlichen Personen ist ein Instrument der Leitung des Betriebes zu dessen Überwachung, das für die strafrechtliche Beurteilung von Vorkommnissen bedeutsam ist. Diese Überwachung ist unabhängig von der Auswertung der Dokumentation durch die Gruppe Arbeitsvorbereitung. Es sollte schriftlich festgelegt sein, wer wann was zu überprüfen hat, und das Ergebnis der Prüfung dokumentiert werden. Dabei ist auch die Vollständigkeit der Dokumentation durch Querkontrolle der handschriftlich geführten Bücher sowie Vergleich mit den ausgedruckten Protokollen des Betriebsrechners zu überprüfen und nachprüfbar zu dokumentieren.

Im Hinblick auf die Abweichungen von Festlegungen im BHB, aber auch auf dessen notwendige Überarbeitung ist die Geschäftsführung der HKG schriftlich aufgefordert worden, die betreiber-eigene Aufsicht über den THTR 300 zu intensivieren.

Mit Schreiben vom 3.7.86 hat die HKG mitgeteilt, daß sie gemeinsam mit der HRB einen Betriebsausschuß gebildet hat, der insbesondere die Aufgabe hat, die betrieblichen Vorschriften zu überprüfen und deren Einhaltung ständig zu verfolgen sowie Anregungen zur Verbesserung der Schulungsinhalte für das Betriebspersonal zu geben.

Die getroffene organisatorische Änderung, die aufgrund der aufsichtsbehördlichen Anordnung erfolgte Unterweisung des Personals sowie die inzwischen vorgenommenen Änderungen betrieblicher Anweisungen und die zugesagte verstärkte Kontrolle lassen erwarten, daß die betrieblichen Anweisungen künftig eingehalten werden. Die Aufsichtsbehörde wird diesen Punkt im Rahmen ihrer Tätigkeit weiter verfolgen.

Wie bereits dargelegt, konnte bei dem am 4.5.1986 bestehenden Anlagenzustand die Einhaltung des Tagesgrenzwertes von $7,4 \times 10^7$ Bq für die Abgabe langlebiger radioaktiver Aerosole nur umständlich und ungenau überwacht werden. Es ist bereits beanstandet worden, daß beim Meßschrieb für die Aerosolaktivitätskonzentration während der Anzeige eines erhöhten Wertes eine Zeitkorrektur vorgenommen worden ist. Da anders als beim Aerosolsammelfilter für den Meßschreiber der Aerosolaktivitätskonzentration keine Redundanz vorgesehen ist, müßte der Meßstreifen für die Zeit der Auswertung entnommen und damit die Aufzeichnung zeitweilig unterbrochen werden. Ein solches Vorgehen wird nicht für zulässig gehalten. Da jeweils nur mehrere Stunden auf dem Meßstreifen sichtbar sind, müßte vom Schichtpersonal innerhalb dieser Zeiträume jeweils ein Mittelwert ermittelt und notiert werden. Die Überwachung der Aerosolaktivitätsabgabe allein über die Aerosolaktivitätskonzentration ist nur für eine Übergangszeit zugelassen worden. Offenbar sind bei der seinerzeitigen Beurteilung kurzfristig schwankende Aktivitätsabgaben, die eine Mittelwertbildung erschweren, nicht in den Vordergrund gestellt worden. Die im BHB festgelegte Erläuterung über die Zeit bis zum Erreichen der höchstzulässigen Tagesabgaberate deutet darauf hin, daß von einem Anstieg und einem Verbleiben auf dem dann erreichten Niveau ausgegangen worden ist. Die Hinweise im BHB für die Beobachtung der Entwicklung der Edelgasaktivitätskonzentration

und die dann gfs. zu treffenden Maßnahmen (bis zum Abfahren der Gesamtanlage) legen die Vermutung nahe, daß mit einer signifikanten Erhöhung der Aerosolaktivitätskonzentration allein wohl kaum gerechnet worden ist.

Bei einer höchstzulässigen Tagesabgaberate radioaktiver Aerosole von $7,4 \times 10^7$ Bq und einem Abluftvolumenstrom von 207.000 m³/h (= 4.968.000 m³/d) beträgt die mittlere Aerosolaktivitätskonzentration für das Erreichen des Grenzwertes 14,9 Bq/m³ und die auf eine Stunde bezogene mittlere Abgaberate $3,09 \times 10^6$ Bq/h. Angesichts dieser Werte sind die Überwachungsgrenzwerte für die Gefahrenmeldung im BHB 4.13. 3 - 5 Bl 02 "Aerosolabgaberate am Kamin hoch" von $1,5 \times 10^8$ Bq/h sowie BHB 4.13. "Aerosolaktivitätskonzentration am Kamin hoch" von $7,24 \times 10^2$ Bq/m³ zu hoch.

Die HKG hat daher zur Erfüllung der in der Atomrechtlichen Anordnung vom 13.6.86 angeordneten Maßnahmen, die nach der Wiederinbetriebnahme zu erfüllen sind, analog zu der bereits aufgrund der Anordnung vom 3.6.86 vorgenommenen Herabsetzung des Grenzwertes für die Gefahrenmeldung "Aerosolaktivitätskonzentration hoch" auf 100 Bq/m³ den Warngrenzwert für die Impulsrate des Aerosolmonitors auf 5,5 Imp/sec herabgesetzt.

Zur Bestimmung der Aerosolaktivitätsabgabe wird als Sofortmaßnahme von einem Versuchsrechner die Aufsummierung durchgeführt. Mit diesem Programm wird z.Z. die richtige Nulleffektkorrektur ermittelt.

Parallel hierzu ist weiterhin geplant, auf dem vorgesehenen Ausbreitungsrechner neben den meteorologischen und radiologischen Meßwerten auch die Aktivitätsabgaben zu erfassen. Auf dem Ausbreitungsrechner sollen die Aktivitätsabgaben stündlich aktualisiert und als Tageswerte abgelegt werden. Weiterhin sollen diese Werte auf Warn- bzw. Grenzwerte abgefragt werden.

Bei Überschreitung einer dieser Werte soll eine Meldung auf einem Drucker erscheinen. Von dem Lieferanten des Ausbreitungsrechners hat die HKG gefordert, daß ein zusätzlicher Störmelder installiert wird und somit die Meldungen parallel zur THTR-Warte gegeben werden.

Der Ausbreitungsrechner wird im Oktober 1986 installiert. Es ist davon auszugehen, daß das System zum Jahresende 1986 betriebsbereit zur Verfügung steht.

Es konnten keine betrieblichen Anweisungen festgestellt werden, wie zu verfahren ist, wenn die Aerosolaktivitätskonzentration über dem mittleren Stundenwert, aber noch wesentlich unter dem Wert für die Gefahrenmeldung in der Warte liegt. Es stellt sich die Frage, ob bereits ein Voralarm ausgelöst werden soll, wenn der mittlere Stundenwert überschritten wird. Bereits dann wird es für erforderlich gehalten, unverzüglich Maßnahmen zur Ermittlung der Ursachen der erhöhten Abgabe und zu ihrer Beseitigung einzuleiten sowie die Führungslinie zu verständigen, und nicht erst bei Annäherung an den höchstzulässigen Tagesabgabewert. Angesichts der aufgezeigten Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Aerosolaktivitätsabgabe sollte zunächst bis zur Inbetriebnahme der Rechner für die oben beschriebene Summation der Aerosolabgabe der Leiter der Gruppe Strahlenschutz bereits bei Überschreiten der mittleren Stundenwerte verständigt und mit der Überwachung beauftragt werden. Im übrigen ist neben solchen materiellen Änderungen das BHB auch dahingehend zu ergänzen, daß beim Erreichen des Überwachungsgrenzwertes neben dem Wechsel und der Auswertung des Aerosol-/Jodprobensammel-filters auch die nach sicherheitstechnischen Regeln des KTA vorgeschriebene Entnahme einer repräsentativen Probe für die Auswertung radioaktiver Edelgase sowie der Jodpatrone erfolgen muß.

In den bisherigen Ausführungen ist bereits dargelegt worden, daß für die Entscheidung, ob ein meldepflichtiges Ereignis der Kategorie 'S' (Sofortmeldung) wegen Überschreitung des Tageshöchstwertes für die Aerosolaktivitätsabgabe (ohne Jod 131) vorliegt, nur die mit Hilfe des Aerosolmonitors ermittelte Aerosolaktivitätskonzentration ohne Abzug des Tschernobyl-Effektes herangezogen werden kann. Der Sinn einer Sofortmeldung, die der Aufsichtsbehörde gegebenenfalls in kürzester Zeit die Einleitung von Prüfungen oder die Veranlassung von Maßnahmen ermöglichen soll, läßt eine andere Auslegung nicht zu. Es geht nicht an, für die Entscheidung die Bilanzierung der Tagesabgaberate, d.h. detaillierte Untersuchungen der gammaspektrometrischen Auswertung des Aerosolsammelfilters abzuwarten.

Die HRB hat jedoch später den Versuch unternommen, den Sachverhalt genauer, als es unmittelbar nach dem Ereignis möglich war, zu untersuchen und die von der kontinuierlich messenden Aerosolmeßeinrichtung (Aerosolmonitor) registrierten Werte mit Hilfe der Ergebnisse der gammaspektrometrischen Auswertung des Aerosol/Jodprobensammelfilters (Wochenfilter) zu analysieren und zu normieren. Der Aerosolmonitor dient der nach der KTA-Regel vorgesehenen Überwachung, während mit Hilfe des Wochenfilters die Bilanzierung vorgenommen wird. Beide Messungen haben demnach unterschiedliche Funktionen, die Ergebnisse können aus physikalischen und technischen Gründen im allgemeinen nicht übereinstimmen.

Unter Berücksichtigung der Anmerkungen wurde folgende Tabelle erstellt:

Tag	Gesamt-ableitung langl. Aerosole 3) 10^8 Bq	Beitrag von Tschernobyl 4) 10^8 Bq	betriebsbedingte Ableitung 5) 10^8 Bq
28.4 ¹⁾	0,079	-	0,079
29.4.	0,130	-	0,130
30.4.	0,094	-	0,094
1.5.	0,106	0,026	0,080
2.5. ²⁾	0,259	0,221	0,038
3.5.	0,236	0,211	0,025
4.5.	0,531	0,069	0,462 ⁶⁾
5.5. ¹⁾	0,071	-	0,071
18.KW insges.	1,506	0,527	0,979

- 1) Vom 28.4.86 8.00 Uhr bis 5.5.86 8.00 Uhr; jeweils Zeitpunkt des Wechsels des Wochenfilters.
- 2) Am 2.5.86 war nach 9.00 Uhr für ca. 5,5 Stunden der Volumenstrom der Kaminabluft auf weniger als 10 % seines normalen Wertes ($2,07 \times 10^3 \text{ m}^3/\text{h}$) reduziert.
- 3) Die Einzelwerte dieser Spalte sind so normiert, daß ihre Summe der insgesamt von der HKG für die 18. KW ermittelten Aktivitätsabgabe langlebiger Aerosole (ohne Jod 131 und ohne La 140, aber einschl. Ce 144) entspricht (2. Ausmessung). Die Summe beträgt $4,43 \text{ Bq/m}^3 \times 3,4 \times 10^3 \text{ m}^3$.

Das Verhältnis der Einzelwerte untereinander ergibt sich durch Planimetrierung der Fläche unter der in einen linearen Maßstab übertragenen Kurve der Aerosolaktivitätskonzentration auf dem Meßschrieb des Aerosolmonitors nach Multiplikation mit der jeweils zugehörigen Kaminabluftmenge. Dabei wird berücksichtigt, daß das eingebaute Sr 90-Präparat während der Messung keine Untergrundstrahlung verursacht.

- 4) Die Verteilung der auf den Reaktorunfall von Tschernobyl zurückzuführenden Aerosolaktivitätsabgabe auf die einzelnen Tage erfolgte nach Maßgabe des in der Kraftwerksumgebung gemessenen zeitlichen Verlaufs der Aktivitätskonzentration des Leitnuklids Cs 137 in der Luft. Dabei wurde die vorübergehende Verringerung des Volumenstroms der Kaminabluft am 2.5.86 berücksichtigt.
- 5) Die Werte dieser Spalte sind die Differenz der Gesamtableitung und des Beitrags von Tschernobyl. Die Summe ist die von der HKG für die 18. KW bilanzierte betriebsbedingte Aktivitätsabgabe langlebiger Aerosole (ohne Jod 131 und La 140 aber einschl. Ce 144). Auf den 4.5.86 zurückgerechnet betrug die in der 18. KW abgegebene Ce 144-Aktivität $1,79 \times 10^6$ Bq. Sie beträgt $2,88 \text{ Bq/m}^3 \times 3,4 \times 10^7 \text{ m}^3$.
- 6) Nach dieser Analyse beträgt die betriebsbedingte Aerosolaktivitätsabgabe am 4.5.86 ca. $4,6 \times 10^7$ Bq, das sind 62 % des genehmigten Tageshöchstwertes.
Die Zahlen der letzten Spalte obiger Tabelle lassen vermuten, daß der angegebene Wert für die betriebsbedingte Aerosolaktivitätsabgabe am 4.5.86 infolge von Fehlern bei der Ermittlung höchstens um 10 % zu niedrig sein kann; anderenfalls ließen sich die Meßwerte der Aerosolaktivitätskonzentration für die anderen Wochentage kaum noch erklären.

Auf Seite 10 ist das Ergebnis der Ermittlung der Aerosolaktivitätsabgabe durch Planimetrierung der Aerosolkonzentrationskurve des Aerosolmonitors am 4.5.86 dargestellt. Um den ermittelten Tageswert von $4,47 \times 10^7$ Bq auf das Ergebnis der 2. Auswertung des Wochenfilters für die 18. KW (unter Berücksichtigung von Ce 144) zu normieren, ist dieser mit dem Faktor 1,188 (1,506 : 1,268) zu multiplizieren (1,506 = Auswertung des Wochenfilters; 1,268 = Auswertung des Schreiberstreifens des Aerosolmonitors). Von dem sich ergebenden Wert von $0,531 \times 10^8$ Bq ist der Tschernobyl-Anteil abzuziehen, so daß sich wiederum die betriebsbedingte Aerosolaktivitätsabgabe von $0,462 \times 10^8$ Bq für den 4.5.86 ergibt.

Aufgrund der Meß- und Rechenungenauigkeiten sowie der Schwierigkeit, die Vorbelastung durch das Reaktorunglück in Tschernobyl zu ermitteln, kann es aus heutiger Sicht (retrospektiv) nicht ausgeschlossen werden, ob die tatsächlich er-

folgte Aerosolaktivitätsabgabe nicht doch zu einer geringfügigen Überschreitung des Tages- und Halbjahresgrenzwertes geführt hat.

Die unterschiedlichen Ergebnisse der Auswertung von Wochenfilter und Aerosolmonitor sind auf die unterschiedlichen Meßverfahren sowie Meß- und Rechenungenauigkeiten zurückzuführen. Bei dem angestellten Vergleich wird darüberhinaus die mit dem Aerosolmonitor gemessene Gesamtaerosolaktivität auf die mit Hilfe des Wochenfilters bilanzierte Aktivität der langlebigen Aerosole (HWZ über 8 Tage, ohne Jod 131) normiert. In Wirklichkeit ist der Unterschied beider Meßergebnisse noch größer, da die Gesamtaktivität des Aerosolmonitors mit der des Wochenfilters verglichen werden müßte. Diese beträgt für die 18. KW $6,34 \text{ Bq/m}^3 \times 3,4 \times 10^7 \text{ m}^3 = 2,15 \times 10^8 \text{ Bq}$. Hier werden die Schwierigkeiten einer genauen Ermittlung der tatsächlichen Aktivitätsabgabe deutlich. Dabei ist zu bedenken, daß die genaue Ermittlung der betriebsbedingten Aerosolaktivitätsabgabe durch die zwei Tage vor dem Ereignis vom 4.5.86 beginnenden Auswirkungen durch das Reaktorunglück von Tschernobyl ganz wesentlich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht wurde. Um künftig einen praktikablen Weg für die Beurteilung der Frage zu haben, ob der Tageswert für die Aerosolaktivitätsabgabe erreicht bzw. überschritten ist, sollte als Grenzwert für eine Meldung nach der Kategorie 'S' (Sofortmeldung) die Gesamt-abgaberate radioaktiver Aerosole (einschl. Jod 131) gewählt werden. Die Bilanzierung der Tagesabgaberate langlebiger Aerosole könnte auf dem Meßfilter eines Aerosol/Jodprobensammlers erfolgen. Die Auswertung und Bilanzierung dieses Tagesfilters sollte nur vorgenommen werden, wenn der Überwachungsgrenzwert (der eine gewisse Reserve beinhaltet, weil er die Gesamtaktivität angibt) erreicht oder überschritten wird.

Immissionsbelastung aufgrund der Ereignisse am 4.5.86

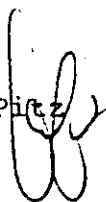
Bisher sind die Aerosolaktivitätsabgaben im Hinblick auf die im Genehmigungsbescheid festgelegten Grenzwerte untersucht worden. Sie bilden aber auch die Grundlage für die Beurteilung der radiologischen Auswirkungen in der Umgebung des THTR 300. Da es für notwendig gehalten wird, hierbei von konservativen Annahmen auszugehen, wurde für die Abschätzung der Immissionsbelastung von einer Emission von 2×10^8 Bq ausgegangen. Dann ergibt eine rechnerische Abschätzung der Bodenkontamination den Wert weniger als 1 Bq/m^2 am ungünstigsten Aufpunkt. Dieser liegt bei der Kaminhöhe von 150 m und den meteorologischen Ausbreitungs- und Ablagerungsbedingungen zum Zeitpunkt der Aktivitätsabgabe (Diffusionskategorie D, kein Niederschlag, Ostwind) im 2000-3000-Meter-Abstand im Westen (Hauptausbreitungsrichtung zum Zeitpunkt der Aktivitätsabgabe des THTR 300). Ein meßtechnischer Nachweis dieses Kontaminationsbeitrages ist nicht möglich.

Auch die von den amtlichen Meßstellen (Zentralstelle für Sicherheitstechnik (ZFS), Staatliches Materialprüfungsamt (MPA), Landesanstalt für Immissionsschutz (LIS) in den Monaten Mai/Juni 1986 durchgeführten Immissionsmessungen geben keinerlei Hinweise auf höhere Aktivitätsabgaben als 2×10^8 Bq durch den THTR.

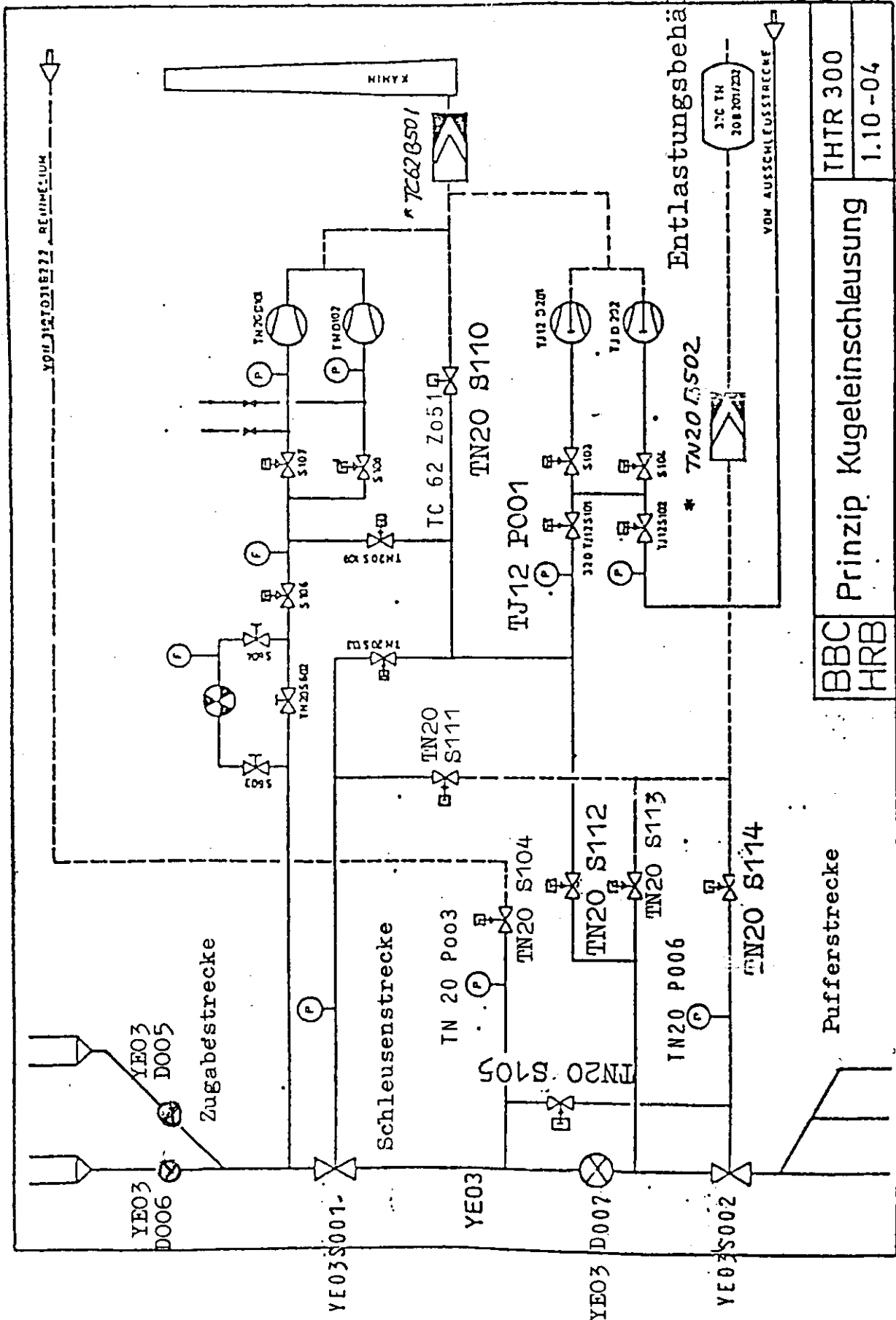
Die kontinuierlichen Ortsdosisleistungsmessungen mit den für die Kernkraftwerksfernüberwachung (KFÜ) kreisringförmig um den THTR 300 installierten Meßstellen widerlegen durch den festgestellten Meßwert-Zeitverlauf die Aussagen Dritter, daß mehr als 70 % der Bodenkontamination der Umgebung auf Abgaben aus dem THTR 300 zurückzuführen sind. Demgegenüber läßt der Meßwert-Zeitverlauf die Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl erkennen. Weiterhin können die teilweise um eine Größenordnung höheren Messwerte Dritter u.a. auf eine unterschiedliche Kalibrierung der Meßgeräte, für die im übrigen keine Eichpflicht besteht, zurückgeführt werden.

Zusammenfassung

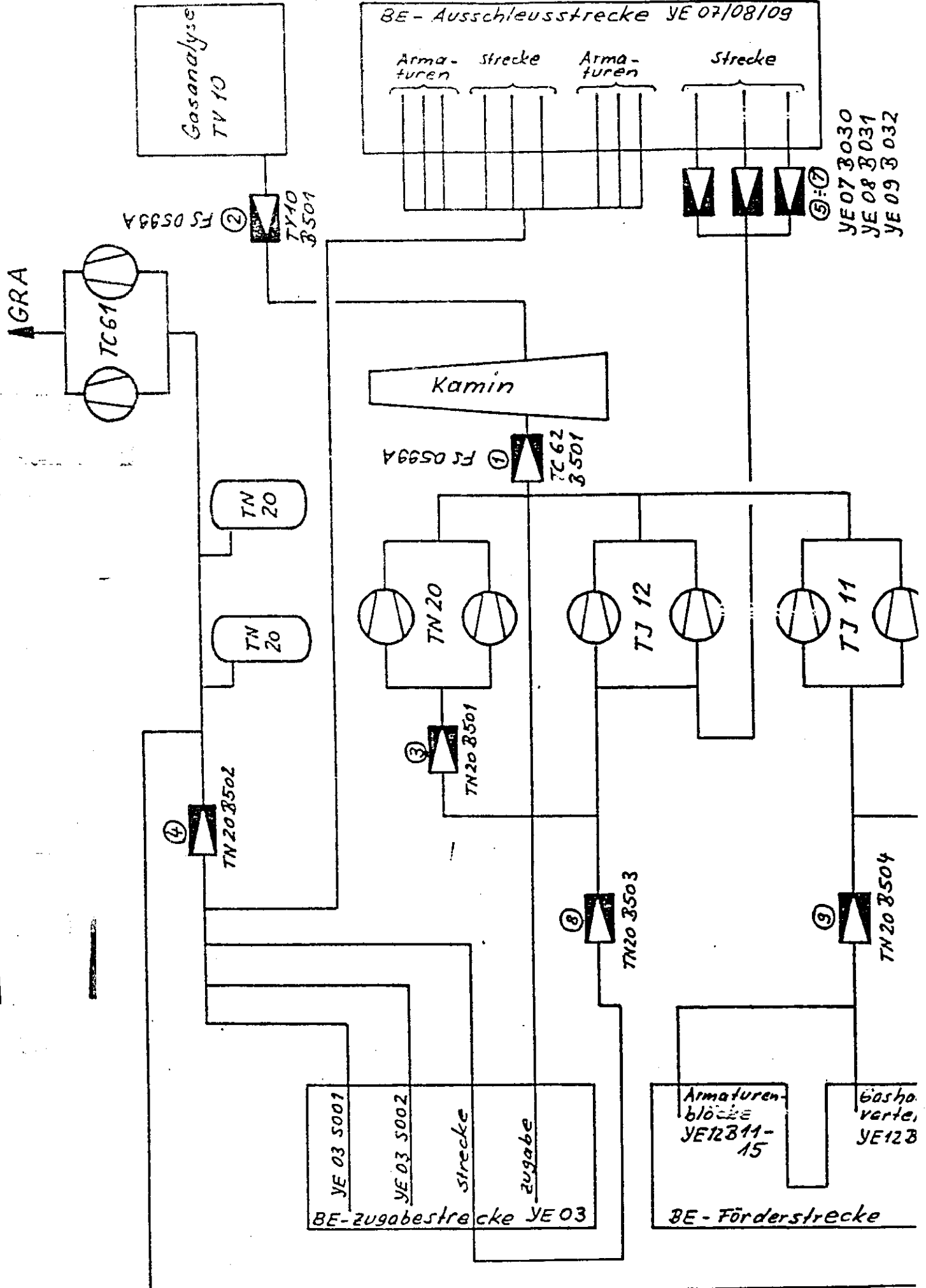
Abschließend kann insgesamt festgestellt werden, daß als Ursache für die erhöhte Aerosolaktivitätsabgabe, die zu einer Immissionsbelastung am ungünstigsten Aufpunkt in der Umgebung des THTR 300 von weniger als 1 Bq/m² geführt hat und meßtechnisch daher nicht nachweisbar war, durch eine Fehlentscheidung bei der Bedienung der Beschickungsanlage und eine Fehlfunktion in der Einzelantriebssteuerung ausgelöst worden ist. Gegen eine Wiederholung des Ereignisses ist durch die getroffenen Maßnahmen (zusätzliche Verriegelungen bei der Steuerung der Beschickungsanlage, Automatik-Betrieb, Einbau von Aerosolfiltern sowie Verbesserung der Betriebsüberwachung) ausreichend Vorsorge getroffen worden. Darüber hinaus sind betriebsorganisatorische Maßnahmen ergriffen worden und das Betriebshandbuch wird aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse fortgeschrieben.

(Pitz)


501 C - 1



* Die Filter TN20 B502 und TC62 B501 wurden erst nach dem 4.5.86 eingebaut.



56.1 D - 1

3. Strahlenschutzbericht April bis Juni 1986

Düsseldorf, den 28. Juli 1986

P r e s s e m i t t e i l u n g

Nach Tschernobyl: Wirtschaftsminister legt Strahlenschutzbericht für die Monate April, Mai und Juni vor

Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie teilt mit:

Die Auswirkungen des Reaktorunglücks Tschernobyl auf Nordrhein-Westfalen stehen im Mittelpunkt des Strahlenschutzberichtes, den der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Reimut Jochimsen jetzt für die Monate April, Mai und Juni 1986 vorgelegt hat (siehe Anlage). Wie das Ministerium ergänzend mitteilt, sind die Radioaktivitätsmessungen der amtlichen Meßstellen in Nordrhein-Westfalen und der Kernforschungsanlage Jülich nach dem Reaktorunglück Tschernobyl nunmehr in einer Dokumentation zusammengefaßt. Diese Dokumentation kann ab sofort beim Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen bestellt werden.

Anlage: Strahlenschutzbericht April bis Juni 1986

Strahlenschutzbericht für die MonateApril, Mai, Juni 19861. Auswirkungen des Reaktorunglücks Tschernobyl auf
Nordrhein-Westfalen

Am Abend des 28. April trafen Meldungen über die Messung sehr hoher Radioaktivitätswerte in Schweden ein. Noch vor Bekanntwerden der Ursachen wurden die Meßdienste im Land Nordrhein-Westfalen (z.B. Staatliches Materialprüfungsamt in Dortmund, Zentralstelle für Sicherheitstechnik in Düsseldorf, Chemisches Landesuntersuchungsamt in Münster, Landesamt für Wasser und Abfall in Düsseldorf) zu einer Intensivierung ihrer regelmäßigen Radioaktivitätsmessungen angehalten. Diese regelmäßigen Messungen gründen sich im wesentlichen auf die Überwachung radioaktiver Stoffe in der Umwelt als Folge der Kernwaffentestserien (1951/53, 1956/58 und 1961/62) in der Atmosphäre sowie auf die Programme zur Radioaktivitätsüberwachung der Kernkraftwerke. Gestützt auf diese Meßprogramme, die nach dem 28. April 1986 eine erhebliche Intensivierung erfahren haben (vor allem im Bereich der Lebensmittelüberwachung) war es möglich, die radiologische Situation für Nordrhein-Westfalen laufend zu beobachten. Da die radioaktiven Stoffe über die Luft zugeführt worden sind, stand die Luftüberwachung auch am Anfang der Meßkette; diese ist in Anlage 1 schematisch dargestellt.

Die Radioaktivitätswerte der Luft stiegen ab 1. Mai 1986 abends in Nordrhein-Westfalen bis auf 70 Bq/m³ (Gesamtbetaaktivität) am 2. Mai 1986 in Aachen; vor dem Reaktorunglück Tschernobyl wurde ca. 2 Bq/m³ gemessen.

Der Regen am 3. und am 4. Mai 1986 ergab in ganz Nordrhein-Westfalen dann schlagartig eine Erhöhung der Radioaktivität am Boden und im Wasser. Auf dem Boden wurden in den folgenden Tagen bis zu 50.000 Bq/m² und im Rhein bis zu 50 Bq/l (Gesamtbetaaktivität) gemessen.

Gleichzeitig stieg auch die Radioaktivität von Blattgemüse und Gras und in der Folge darauf auch die in der Milch an. Im Rahmen erster Vorsorgemaßnahmen wurde am 4. Mai 1986 abends empfohlen, daß Schwangere, Stillende, Kleinkinder und Schulkinder bis auf weiteres generell auf den Verzehr von Frischmilch und Frischmilchprodukten verzichten sollen.

In verschiedenen Freilandgemüsen wurde eine Jod 131-Aktivität bis zu rd. 4.000 Bq/kg und eine Caesium 137-Aktivität bis zu etwa 1.300 Bq/kg gemessen. Deshalb mußte die zunächst sofort ausgesprochene Empfehlung, Salat, Spinat, Stielmus und Schnittlauch nicht zu verzehren, am 6. Mai 1986 zu einem Verkaufs- und Verarbeitungsverbot ausgeweitet werden. Alle anderen Freilandgemüse und alle Unterglasgemüse durften weiterhin verkauft werden.

Am 9. Mai 1986 konnte dann die Verarbeitung von Frischgemüse zu lagerfähigen Produkten unter dem Vorbehalt, diese frühestens nach 4 Wochen Lagerzeit in den Verkauf zu bringen, wieder zugelassen werden; dem lag zugrunde, daß durch starke Regenfälle die Caesium 137-Werte erheblich vermindert wurden und die Strahlenschutzkommission den Caesium-Richtwert von 100 Bq/kg aufgehoben hatte. Der Verkauf von Salat, Spinat, Stielmus und Schnittlauch aus dem Freiland mußte wegen der nach wie vor hohe Jod 131-Meßwerte weiterhin verboten bleiben. Aufgrund der weiteren Meßergebnisse konnten die Einschränkungen im Hinblick

auf Salat, Stielmus und Schnittlauch am 16. Mai 1986 und für Spinat am 22. Mai 1986 aufgehoben werden.

Wie bei Blattgemüse lagen auch im Weidegras nach dem Regen am 3./4. Mai 1986 die Radioaktivitätswerte relativ hoch und in der Folge stiegen die Jod 131-Werte in der Milch von Weidewieh bis auf 387 Bq/l an. Aus diesem Grunde wurden die Landwirte mehrfach ausdrücklich aufgefordert, Milchvieh in den Stallungen zu lassen bzw. wieder dorthin zurückzubringen. Außerdem haben die Molkereien, soweit dies möglich war, die von Landwirten angelieferte Milch getrennt eingesammelt. Die höher belastete Milch wurde zu lagerfähigen Produkten verarbeitet. Auf diese Weise gelang es, die Belastung der Milch schnell auf Jod 131-Werte deutlich unter 50 Bq/l zu stabilisieren; sie lagen damit weit unter dem von der Strahlenschutzkommission festgelegten Jod 131-Grenzwert von 500 Bq/l. Deshalb konnte von da an die von NRW-Molkereien auf den Markt gebrachte Milch und die Frischmilchprodukte sowohl für Erwachsene als auch für Schulkinder als unbedenklich erklärt werden.

Um einem kurzfristigen Anstieg der Radioaktivität durch den bevorstehenden allgemeinen Weideauftrieb vorzubeugen bzw. ihn zu reduzieren, wurde jedoch den Landwirten u.a. empfohlen, die Weideflächen vorab zu mähen. Da ein kurzfristiges Ansteigen der Werte in der Milch nach dem allgemeinen Weideauftrieb jedoch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden konnte, war die Empfehlung lediglich für Schwangere, stillende Mütter, Säuglinge und Kleinkinder bis auf weiteres aufrecht zu erhalten, auf Milch und Frischmilchprodukte zu verzichten. Diese Empfehlung diente der Vorsorge. Aufgrund der am 19. Mai 1986 vorliegenden Meßergebnisse konnte auch diese Empfehlung aufgehoben werden.

Um festzustellen, inwieweit Fleisch durch Grünfütter belastet wurde, wurden umfangreiche Meßreihen bei Rindern und Schafen eingeleitet. Messungen wurden auch bei Rehwild und Damtieren aus Gehegen sowie bei Fischen durchgeführt. Aufgrund der Meßergebnisse waren unter Berücksichtigung von Verzehrgewohnheiten keine einschränkenden Empfehlungen für Fleisch erforderlich.

Auch andere Lebensmittel, wie Kräuter und Eier, wurden untersucht. Empfehlungen waren auch nach Einschätzung der Strahlenschutzkommission vor dem Hintergrund der Verzehrgewohnheiten nicht erforderlich.

Die Radioaktivität im Wasser gab zu keiner Zeit Anlaß für besondere Maßnahmen; dennoch muß insbesondere die Entwicklung der Caesium 137-Gehalte im Boden, in Fließgewässern, Talsperrren und im Grundwasser weiter sorgfältig überwacht werden. Aufgrund der vom Landesamt für Wasser und Abfall durchgeführter Messungen liegen Erkenntnisse über die verschiedenen Radionuklide im Oberflächenwasser, im Uferfiltrat und im Trinkwasser vor.

Alle getroffenen Maßnahmen dienten dem Ziel, die unmittelbar aus dem Reaktorunglück Tschernobyl resultierende Strahlenbelastung der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten.

Inzwischen liegen die Meßwerte in der Luft wieder im Normalbereich, die Oberflächenradioaktivität (Gesamtbetaaktivität) ist deutlich zurückgegangen, die Radioaktivität der Oberflächengewässer hat sich weitgehend normalisiert. Der Schwerpunkt der fortlaufenden Radioaktivitätsüberwachung hat sich auf die Lebensmittelkontrolle sowie auf die Überwachung von

Boden und Wasser auf langlebige radioaktive Stoffe verlagert.

Emissionen kerntechnischer Anlagen in Nordrhein-Westfalen

Das Kernkraftwerk Würgassen wurde im Berichtszeitraum (April, Mai, Juni 1986) bis auf 2 kurzfristige Ausnahmen mit 100 % Leistung betrieben. Bei den Ausnahmen handelt es sich um 2 Abschaltungen von jeweils 3 Tagen im April, um Wasserleckagen innerhalb des Druckabbausystems zu beseitigen.

Das Kernkraftwerk Hamm-Uentrop (THTR 300) konnte seinen Leistungsversuchsbetrieb im Berichtszeitraum nur teilweise fortführen. Das Kernkraftwerk wurde am 30.5.1986 zur Durchführung von Änderungs- und Instandsetzungsarbeiten geplant abgeschaltet. Die Anlage wurde aufgrund einer atomrechtlichen Anordnung vom 3.6.1986 im Zusammenhang mit der Emission radioaktiver Aerosole am 4. Mai 1986 vorerst nicht wieder in Betrieb genommen. Die aufgrund dieses Vorkommnisses durchgeführten Untersuchungen der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde haben folgendes ergeben:

Am 4. Mai 1986 wurde zur Einschleusung von Absorberelementen die Brennelement-Beschickungsanlage abweichend von den Betriebsvorschriften nicht im automatischen, sondern im Handbetrieb gefahren. Durch einen Bedienungsfehler kam es zu einer Fehlsteuerung im Verfahrensablauf. Dadurch wurde die Einschleusstrecke der Beschickungsanlage, die mit radioaktiven Aerosolen verunreinigtes Helium enthielt, zum Abluftkamin druckentlastet mit der Folge einer Emission radioaktiver Aerosole über den Abluftkamin (150 m Höhe).

Die am 4. Mai 1986 emittierte Aerosolaktivität ist nicht größer als 2×10^8 Bq; dieser Wert ist das Ergebnis der Ausmessung des Aerosolsammelfilters für alle Abgaben in der 18. Kalenderwoche (28. April bis 4. Mai), von dem die Vorbelastung durch die Auswirkungen des Reaktorunfalles in Tschernobyl abzuziehen ist, um zu dem Wert der durch den Betrieb des THTR 300 bedingten Emissionen

zu gelangen. Wegen der u.a. auf der begrenzten Meßgenauigkeit beruhenden Schwierigkeiten, den Tschernobyl-Anteil auf dem Aerosolfilter genau zu bestimmen, ist nicht eindeutig festzustellen, ob die für Abgaben radioaktiver Aerosole aus dem THTR genehmigten Grenzwerte nicht geringfügig überschritten worden sind.

Selbst wenn jedoch unterstellt wird, daß die Emission von 2×10^8 Bq ausschließlich auf den THTR 300 zurückzuführen wäre, ergäbe eine rechnerische Abschätzung der Bodenkontamination den Wert < 1 Bq/m² am ungünstigsten Aufpunkt. Dieser liegt bei der Kaminhöhe von 150 m und den meteorologischen Ausbreitungs- und Ablagerungsbedingungen am 4. Mai 1986 im 2000 - 3000 m-Abstand vom THTR 300; ein meßtechnischer Nachweis dieses Kontaminationsbeitrages ist nicht möglich.

Aufgrund der am 13.6.1986 erfolgten Änderung der atomrechtlichen Anordnung vom 3.6.1986 und der Durchführung der angeordneten technischen und administrativen Verbesserungsmaßnahmen, die vor Wiederinbetriebnahme des THTR 300 vom Betreiber zu erfüllen waren und danach ständig einzuhalten sind, sowie der Durchführung weiterer Instandsetzungs- und Änderungsarbeiten, die nicht im Zusammenhang mit dem Vorkommnis vom 4.5.1986 standen, konnte die Anlage den Leistungsversuchsbetrieb am 14.7.1986 wieder aufnehmen.

Das AVR-Versuchskraftwerk wurde im Berichtszeitraum mit einer Ausnahme mit Vollast betrieben; im Zeitraum 6.4. bis 17.5 war die Anlage für eine geplante Jahresrevision abgeschaltet.

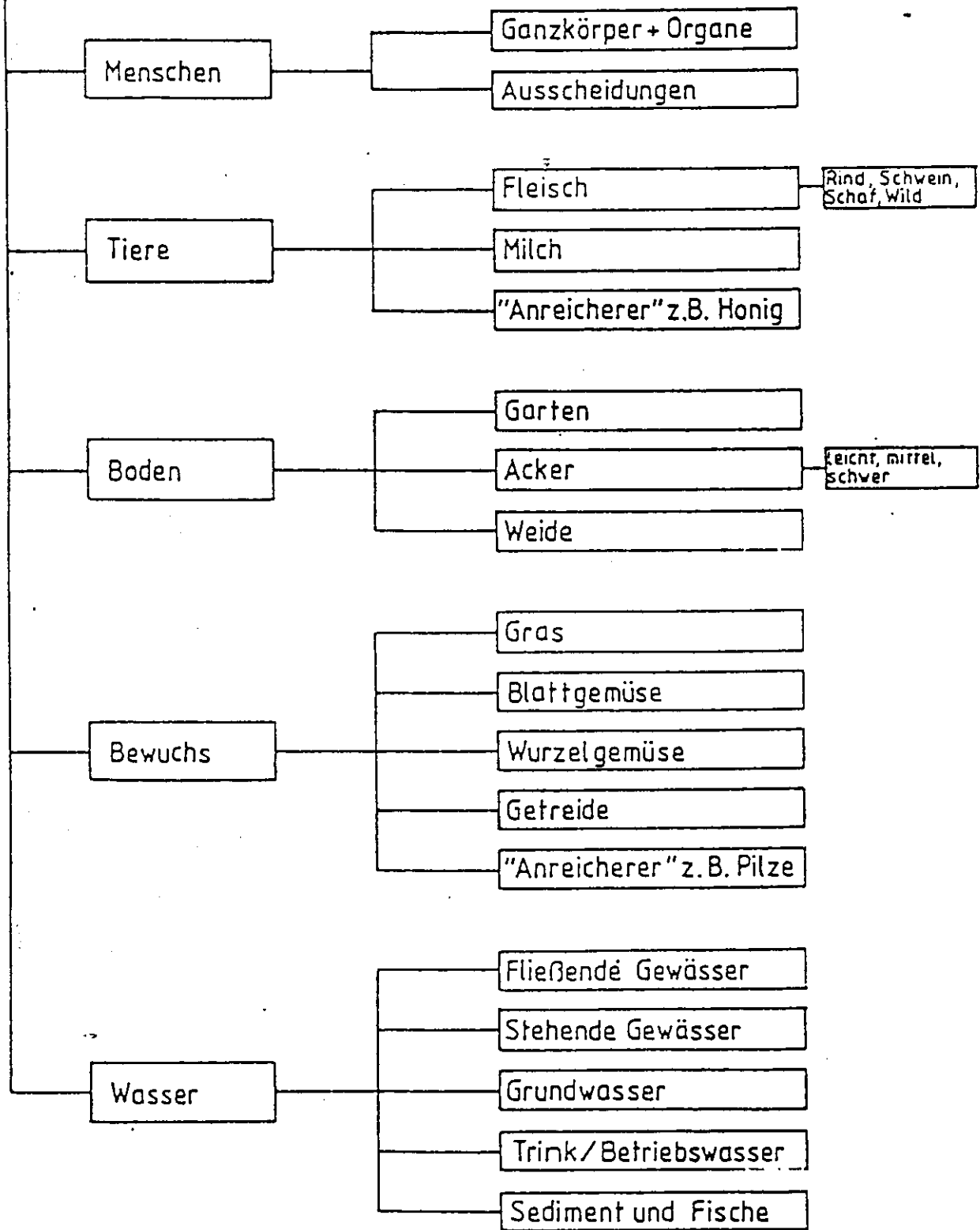
Bei der Beurteilung der Ableitungen radioaktiver Stoffe aus den Kernkraftwerken Hamm-Uentrop (THTR 300) und Würgassen sowie aus den Anlagen auf dem Gelände der Kernforschungsanlage Jülich - im wesentlichen aus dem Forschungsreaktor DIDO sowie aus dem AVR-Versuchskraftwerk - muß berücksichtigt werden, daß sich die Luft-

radioaktivität aufgrund des Reaktorunglücks Tschernobyl auch in der Abluft der Kernkraftwerke wiedergefunden hat. Einen Überblick über die Ableitungen radioaktiver Stoffe im Berichtszeitraum gibt die beigefügte Tabelle; alle Anlagen erfolgen in "Bequerel" als Maßeinheit für die Radioaktivität.

F - 1

Luft

Regenwasser



Schematische Darstellung der Überwachung radioaktiver Stoffe bei Menschen, Tieren sowie in der Umwelt (Luft, Boden, Bewuchs, Wasser)

Kernkraftwerk Kirschen

F-2

aktive Stoffe	Maßeinheit der Zahlerangaben	Berichtsmonat (*) April, Mai, Juni 19 86	1. Quartal 1986	Vorquartal März 19 86	4. Quartal 19 85	seit Jahresbeginn 19 86
<u>Gas:</u> Isgase	Gigabecquerel	2378		600		3368
<u>Gasole:</u> Halbwertszeit größer als 8 Tage)	Gigabecquerel	0,03		0,03		0,09
131	Gigabecquerel	0,055		0,02		0,105
Thium Auswertung (vierteljährlich)	Gigabecquerel		148,5		119,4	148,5
<u>Strahlung:</u> Gesamt β -Aktivität von Tritium	Gigabecquerel	0,164		0,078		0,357
Thium Auswertung (vierteljährlich)	Gigabecquerel		88,2		66,7	88,2

Ableitungen radioaktiver Stoffe

Kernkraftwerk HTR-300, Hamm-Uentrop

aktive Stoffe	Maßeinheit der Zahlerangaben	Berichtsmonat (*) April, Mai, Juni 19 86	1. Quartal 1986	Vorquartal März 19 86	4. Quartal 19 85	seit Jahresbeginn 19 86
<u>Gas:</u> Isgase	Gigabecquerel	von: bis: < NWG (**)		< NWG (**)		von: bis: < NWG (**)
<u>Gasole:</u> Halbwertszeit größer als 8 Tage)	Gigabecquerel	0,135 - 0,183		0,007		0,158 - 0,206
131	Gigabecquerel	0,0021 - 0,0022		0,0011		0,0040 - 0,0041
Thium Auswertung (vierteljährlich)	Gigabecquerel		128		34,1	128
<u>Strahlung:</u> Gesamt β -Aktivität von Tritium	Gigabecquerel	0,0446		0,0067		0,0541
Thium Auswertung (vierteljährlich)	Gigabecquerel		400		590	400

3.) Kernforschungsanlage Jülich

Radioaktive Stoffe	Maßeinheit der Zählerangaben	Berichtswert *) April, Mai, Juni 19 86	1. Quartal 19 86	Vormonat März 19 86	4. Quartal 19 85	seit Jahresbeginn 1986
<u>Abluft:</u>						
- Edelgase	Gigabecquerel	1335		620		3090
- Aerosole (Halbwertszeit größer als 8 Tage)	Gigabecquerel	0,000024		0,000002		0,000046
- Jod 131	Gigabecquerel	0,002040		0,00035		0,00342
- Tritium (Auswertung vierteljährlich)	Gigabecquerel		1300		1000	1300
<u>Abwasser:</u>						
- Gesamt β -Aktivität ohne Tritium	Gigabecquerel	0,322		0,120		0,628
- Tritium (Auswertung nur vierteljährlich)	Gigabecquerel		144		320	144

Erläuterungen:

1 Curie = 37 Gigabecquerel

1 Gigabecquerel = 27 Milllicurie

Bei der Beurteilung dieser Werte muß berücksichtigt werden, daß sich die
 *) Luftaktivität aufgrund des Reaktor-Unfalls in Tschernobyl auch in der Abluft der
 Kernkraftwerke wiedergefunden hat.

**) Abgabemenge geringer als nachweisbar

g - 1

4. Meldepflichtige Vorkommnisse beim THTR

Meldepflichtige Vorkommnisse beim THTR seit Beginn des Leistungs-
versuchsbetriebs im Zeitraum vom 1.9.1985 bis 4.5.1986

1) Ausfall Feuchtefühler	07.09.1985
2) Anriß in Kondensatleitung	10.09.1985
3) Fehlstart eines Notstromdiesels	25.09.1985
4) Abschaltung des Reaktors durch Auslösung "Schnellabfahren" und "Dampferzeugerab- fahrprozedur"	29.09.1985
5) Leistungsabfall an einem Notstrom- diesel	02.10.1985
6) Ausfall einer Temperaturmeßstelle	24.10.1985
7) Reaktorabschaltung mit NK 45	12.11.1985
8) " " " "	22.11.1985
9) Nichtvollständiges Einfahren von 7 Kern- stäben	23.11.1985
10) Reaktorabschaltung mit NK 45	24.01.1986
11) " " " "	01.02.1986
12) " " " "	07.02.1986
13) Ausfall der Belüftungsanlage TL 11	26.02.1986
14) Reaktorabschaltung mit NK 45	05.03.1986
15) " " " "	13.03.1986
16) " " " "	29.03.1986
17) " " " "	05.04.1986
18) " " " "	25.04.1986
19) " " " "	29.04.1986
20) Betriebsstörung in der Kugeleinschleu- sung der Beschickungsanlage	04.05.1986

Bei diesen meldepflichtigen Vorkommnissen ist zu berücksichtigen, daß die Meldeschwelle nach den bundeseinheitlichen Meldekriterien so niedrig ist, daß auch Ereignisse gemeldet werden müssen, die von untergeordneter Bedeutung für die Sicherheit der Kernkraftwerke sind. Bei den bisher beim THTR aufgetretenen meldepflichtigen Vorkommnissen handelt es sich um typische Inbetriebnahmeverfahren. Der Reaktor hat sich immer in einem sicheren Zustand befunden.

1) Ausfall Feuchtefühler

Bei einer Reaktorleistung von ca. 1 % der thermischen Nennleistung traten Störungen an Meßfühlern auf, mit denen die Feuchte im Primärkühlgas (Helium) überwacht wird.

Um dadurch bedingte Fehlauslösungen des Reaktorschutzsystems zu vermeiden, wurde der Reaktor vorsorglich von Hand abgeschaltet.

Ursache

Belegung der Meßelektroden der Feuchtefühler mit Graphitstaub.

Maßnahmen

- a) Reinigung der Meßelektroden
- b) Ausrüstung der Feuchtefühler mit Feststofffiltern
- c) Reduzierung der Graphitverunreinigungen des Primärkühlmittels durch Betrieb der Gasreinigungsanlage

2) Anriß in Kondensatleitung

Bei einer Reaktorleistung von ca. 5 % der thermischen Nennleistung wurde eine geringfügige Leckage an einer Leitung des Wasser-/Dampfkreislaufes (Kondensatleitung) festgestellt. Der Reaktor wurde vorsorglich von Hand abgeschaltet.

Ursache

Schwingungsrißbildung

Maßnahmen

- a) Das betroffene Rohrstück wurde durch ein neu gefertigtes Zwischenstück ersetzt.
- b) Einbau eines Strömungsgleichrichters zur Reduzierung der Schwingungen.

3) Fehlstart eines Notstromdiesels

Im Rahmen einer wiederkehrenden Prüfung (kein Anforderungsfall) an einem der vier Notstromdieselaggregate (4 X 100%) kam es zu einem automatischen Startabbruch.

Ursache

Eine Störungsursache wurde nicht gefunden. Der erneute Startversuch war erfolgreich.

Maßnahmen

keine weiteren Maßnahmen erforderlich.

4) Abschaltung des Reaktors durch Auslösung "Schnellabfahren"
und "Dampferzeugerabfahrprozedur" für den Dampferzeuger 4

Bei einer Reaktorleistung von ca. 12 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch eine Fehlauslösung der Abfahrprozedur "Schnellabfahren" abgeschaltet und für einen der 6 Dampferzeuger (Dampferzeuger 4) die Dampferzeugerabfahrprozedur eingeleitet. Der Reaktor wurde sicher abgeschaltet.

Ursache

Elektromagnetische Störimpulse

Maßnahmen

Einbau eines elektrischen Dämpfungsgliedes zur Unterdrückung der Störimpulse

§ -7-

5) Leistungsabfall von einem Notstromdiesel

Im Rahmen einer wiederkehrenden Prüfung (kein Anforderungsfall) an einen Notstromdiesel kam es nach einem zweistündigen störungsfreien Probelauf beim Rückfahren der Dieselleistung zu einem kurzfristigen Leistungsabfall.

Ursache

Eine Störungsursache wurde nicht gefunden.

Maßnahmen

Wiederholte Probelläufe ergaben keine weiteren Störungen.

6) Ausfall einer Temperaturmeßstelle

Bei einer Reaktorleistung von ca. 30 % der thermischen Nennleistung zeigte ein Temperaturmeßfühler zur Überwachung von Rohrbrüchen im Wasser-/Dampfkreislauf fehlerhaft eine zu hohe Temperatur an. Der Fehler hatte keine Auswirkungen auf den Reaktorbetrieb, da erst beim Ansprechen von 2 Fühlern (2 von 3-Anregung) automatische Schutzaktionen ausgelöst werden.

Ursache

Leistungsunterbrechung im Meßfühler

Maßnahmen

Einbau eines neuen Meßfühlers

7) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 40 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet.

Die Prozedur (Abschaltung und Nachwärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

Eine falsche Armaturen-Sollwerteinstellung im Rahmen eines Versuchs führte zu einer zu geringen Bespeisung der Dampferzeuger-Zwischenüberhitzer. Wie für solche Fälle vorgesehen, wurde dadurch die Sicherheitsabschaltprozedur ausgelöst.

Maßnahmen

Anpassung der eingestellten Ansprechwerte (Armaturensollwerteinstellung) an die Versuchsdurchführung.

§ 10 -

8) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 40% der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet. Beim Versuch, die Elektrospeisewasserpumpe auf eine redundante Blockversorgungsschiene umzuschalten, wurde der Anfahrtransformator über Komponentenschutz vom Netz getrennt. Da die elektrische Eigenbedarfsversorgung des Kraftwerks über diesen Transformator erfolgte, wurde durch das Reaktorschutzsystem der Notstromfall erkannt, die "Notkühlung 45" eingeleitet und die 4 Notstromdieselaggregate ordnungsgemäß gestartet. Die Nachzerfallswärme konnte nur über eines der beiden redundanten Notkühlssysteme sicher abgeführt werden.

Ursache

Da die Umschaltung der Elektrospeisewasserpumpe zu schnell erfolgte, kam es zu einer Abschaltung des Transformators über seinen empfindlichen Komponentenschutz.

Maßnahmen

- a) Der Komponentenschutz des Anfahrtransformators wurde optimiert.
- b) Über eine schaltungstechnische Maßnahme wird verhindert, daß in Zukunft die Speisewasserpumpe zu schnell umgeschaltet werden kann.

S - 1/1 -

9) Nicht vollständiges Einfahren von 7 Kernstäben

Bei abgeschaltetem Reaktor (36 Reflektorstäbe und 6 Kernstäbe eingefahren) sollte durch einen Versuch der Nachweis erbracht werden, daß der Reaktor auch ohne Ammoniak-Einspeisung durch Einfahren der restlichen 36 Kernstäbe zeitlich unbegrenzt unterkritisch gefahren werden kann.

Durch das gleichzeitige Auftreten mehrerer ungünstiger Versuchsbedingungen erreichten nicht alle Kernstäbe die vorgeschriebene Einfahrtiefe.

Ursache

Erhöhte Gegenkräfte im Vergleich zu den Anforderungen im bestimmungsgemäßen Betrieb durch:

- fehlende Ammoniak-Einspeisung als Schmiermittel
- niedrige Coretemperatur (Reaktor war am Vortag abgeschaltet),
- ungedrosselten Kühlgasmassendurchsatz.

Der ungedrosselte Kühlgasmassendurchsatz wurde versuchsbedingt durch manuelle Außerkraftsetzung hervorgerufen.

Maßnahmen

Da der Versuch unter unrealistischen Bedingungen durchgeführt wurde und die Langzeitabschaltung dennoch sicher erreicht wurde, waren keine Maßnahmen im Hinblick auf die Abschalt-einrichtungen des THTR erforderlich.

10) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 40 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet. Die Prozedur (Abschaltung und Wärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

Bei einem Versuch wurde fehlerhaft eine elektrische Schiene abgeschaltet, über die drei Kühlgasgebläse motoren versorgt wurden. Über den Gebläseausfall wurde automatisch die Notkühlprozedur angeregt.

Maßnahmen

Es wurde administrativ geregelt, daß vergleichbare Schalthandlungen in Zukunft von zwei Personen durchgeführt werden müssen.

11) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von 40 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet.

Die Prozedur (Abschaltung und Nachwärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

Bei Versuchen zur Speisewassermengenregelung trat eine geringfügige Überspeisung der Dampferzeuger mit Speisewasser ein. Beim Zurückfahren der Speisewassermenge von Hand wurde die Notkühlprozedur ausgelöst durch kurzzeitiges Ansprechen des Dampferzeuger-Komponentenschutzkriteriums "Speisewassermenge < min".

Maßnahmen

- a) Einbau von Dämpfungsgliedern in die Elektronik zur Verhinderung der Auslösung bei nur sehr kurzzeitiger Unterspeisung
- b) Optimierungen in der Speisewassermengenregelung.

§ -14-

12) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 40 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet.

Die Prozedur (Abschaltung und Nachwärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

Infolge des kurzzeitigen Spannungseinbruchs während einer Langzeitumschaltung der elektrischen Versorgung des Kraftwerks von der Versorgung aus dem eigenen Generator auf die Versorgung aus dem öffentlichen Stromnetz fiel ein Schütz eines Komponentenschutzsystems ab. Dies bewirkte Turbinenschnellschluß und Schließen der Niederdruck-Umleitstation und dann über das Dampferzeuger-Komponentenschutzkriterium "Differenzdruck im Zwischenüberhitzer < min" die Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur.

Maßnahme

Zweikanalige Ausführung der Anregung des betroffenen Komponentenschutzsystems (vorher einkanalig)

13) Ausfall der Abluftventilatoren in der Reaktorhalle

Bei einer Reaktorleistung von 40 % der thermischen Nennleistung fiel zunächst ein Abluftventilator und kurz danach der redundant zugeschaltete Abluftventilator der Reaktorhalle aus. Bei Ausfall der Abluftanlage darf der Reaktor 10 Stunden lang weiterbetrieben werden.

Ursache

Der zuerst ausgefallene Abluftventilator wurde infolge eines Lagerschadens mechanisch geschädigt. Er wurde über die Gefahrenmeldeanlage als gestört gemeldet und über den Komponentenschutz abgeschaltet.

Der zweite Abluftventilator fiel unmittelbar nach dem Zuschalten über eine Fehlfunktion im Auslösemechanismus aus.

Maßnahmen

- a) Austausch des Antriebsmotors eines Abluftventilators gegen einen baugleichen Motor
- b) Verkürzung der Schmierintervalle
- c) Früherkennung von Schäden durch kontinuierliche Messung der Lagertemperatur
- d) geänderte Einstellung der Einschaltauslöser

§ -16-

14) Reaktorabschaltung für die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 40 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet.

Die Prozedur (Abschaltung und Nachwärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

Bei der Rücknahme der Umschaltung auf den Reserveleistungsschalter wurde fehlerhaft das Signal zur Erkennung des Lastabwurfs übermittelt. Dieses löste eine Reihe von Regelvorgängen aus, in deren Folge es zum Ansprechen der Dampferzeuger-Komponentenschutzgrenzwerte und damit zur Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" kam.

Maßnahmen

- a) Der Reserveschalterbetrieb wird durch administrative Maßnahmen besser geregelt
- b) Überprüfung und ggf. Änderung der Signalübertragung

15) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 40 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet.

Die Prozedur (Abschaltung und Nachwärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

Durch einen defekten Kartenkontakt innerhalb der Umschaltautomatik im Schaltschrank für die Umschaltung von Eigenbedarfs- auf Anfahrtransformator wurde beim Ziehen der Karte im Verlauf der Fehlersuche aufgrund eines weiteren Verdrahtungsfehlers die Schaltanlage kurzzeitig spannungslos und führte zur Auslösung der Notkühlprozedur 45.

Maßnahmen

- a) Beseitigen des Verdrahtungsfehlers
- b) Instandsetzen der fehlerhaften Kontaktstelle

S - 18 -

16) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 40 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" abgeschaltet.

Ursache

Aufgrund einer Leckage an zwei Strangdrosselventilen in den Speisewasser-Einzelleitungen eines Dampferzeugers wurde als Sofortmaßnahme der Frischdampfdruck von 178 bar auf 98 bar abgesenkt und anschließend das Abfahren des Reaktors eingeleitet.

Infolge einer zu diesem Zeitpunkt noch nicht optimierten Kaltgasregelung kam es zur instabilen Speisewasserversorgung der einzelnen Dampferzeuger und zur Anregung von Reaktorschutzgrenzwerten.

Die Verknüpfung der Reaktorschutzgrenzwerte führte zur Auslösung der Notkühlprozedur 45.

Maßnahmen

- a) Reparatur der Strangdrosselventile
- b) Optimierung der Kaltgastemperaturregelung bei Betrieb der Blockleistungsregelung.

17) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 60 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet

Die Prozedur (Abschaltung und Nachwärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

Während des Ablaufs eines Inbetriebnahme-Versuchs "Lastabwurf auf Eigenbedarf" und den damit verbundenen Regelvorgängen kam es zur zeitweisen Unterspeisung der Dampferzeuger. Die Anregung der Notkühlprozedur 45 erfolgte über die Dampferzeuger-Komponentenschutz-Kriterien "Massendurchsatz Speisewasser < min".

Maßnahmen

Änderung in der Steuerung der Gebläse-Turbosätze und der Turbospesepumpen.

18) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur
"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 80 % der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet.

Die Prozedur (Abschaltung und Nachwärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

Im Rahmen eines Versuchs "Ausfall eines Gebläseturbosatzes" der Inbetriebnahmeprüfungen kam es zu einem Spannungseinbruch an den Versorgungsschienen für die Kühlgasgebläse.

Die bei der gegebenen Kühlgasgebläsedrehzahl erforderliche Mindestbetriebsspannung für die Motoren der Kühlgasgebläse konnte durch den Gebläsegenerator nicht gehalten werden. Dadurch senkte sich die Gebläsedrehzahl stark ab und führte zum Auslösen einer Schnellabfahrprozedur (SAF).

Die durch SAF eingeleitete Drehzahlabenkung des Gebläseturbosatzes erfolgte nicht in der dafür vorgegebenen Zeit, so daß durch das Reaktorschutzsystem die Notkühlprozedur 45 ausgelöst wurde.

Maßnahmen

Durchführung von Änderungs- bzw. Optimierungsmaßnahmen in der Steuerung der SAF.

19) Reaktorabschaltung über die Sicherheitsabschaltprozedur

"Notkühlung 45"

Bei einer Reaktorleistung von ca. 60% der thermischen Nennleistung wurde der Reaktor durch Auslösung der Sicherheitsabschaltprozedur "Notkühlung 45" automatisch abgeschaltet.

Die Prozedur (Abschaltung und Nachwärmeabfuhr) lief ordnungsgemäß ab.

Ursache

In Vorbereitung eines Versuchs "Ausfall eines Gebläseturbosatzes" im Rahmen der Inbetriebnahmeprüfungen wurde ein Schreiber zur Registrierung der Drehzahl eines Gebläseturbosatzes angeschlossen. Durch das Anschließen des Schreibers wurde dem Drehzahlregler dieses Gebläseturbosatzes kein Drehzahl-Istwert mehr gemeldet und die Drehzahl erhöhte sich stark. Dadurch kam es zum Spannungseinbruch an den Versorgungsschienen für die Kühlgasgebläse. Dies führte zum Auslösen einer Schnellabfahrprozedur (SAF).

Die durch SAF eingeleitete Drehzahlabenkung des Gebläseturbosatzes erfolgte nicht in der dafür vorgegebenen Zeit, da der Gebläseturbosatz durch die sinkende Kühlgasgebläsedrehzahl entlastet wurde, so daß durch das Reaktorschutzsystem die Notkühlprozedur 45 ausgelöst wurde.

Maßnahmen

a) Änderungen in der Blockleistungsregelung

20) Betriebsstörung in der Kugeleinschleusung der Beschickungs-
anlage

Siehe umfassende D a r s t e l l u n g
des Vorkommnisses

"Anstieg der Aerosolaktivitätskonzentration
in der Abluft" im Hochtemperaturreaktor THTR 300
in Hamm - Uentrop am 4. Mai 1986 gegen 21.30 Uhr

H-2

5. Auszug aus dem Landtagsprotokoll vom 4.6.1986

Auszug aus dem Plenarprotokoll 10/24 der Debatte
des Landtages von Nordrhein-Westfalen

- Dringliche Anfragen Nr. 79 und 80 zum Hochtemperatur-
reaktor in Hamm

Fragestunde

Drucksachen 10/1020, 10/1040 und 10/1041

Mit Drucksache 10/1020 liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 70 bis 78 vor. Ferner erhielten Sie mit Drucksache 10/1040 die Mündliche Anfrage 79 des Herrn Abg. Dr. Rohde von der Fraktion der F.D.P. sowie mit Drucksache 10/1041 die Mündliche Anfrage 80 des Herrn Abg. Wendzinski von der Fraktion der SPD als Dringliche Anfragen. Gemäß Nr. 2 Absatz 3 der Richtlinien für die Fragestunde werden Dringliche Anfragen zu Beginn der Fragestunde aufgerufen. Beide Dringlichen Anfragen resultieren aus dem Störfall im THTR Hamm-Uentrop. Ich werde sie daher gemeinsam aufrufen. Da jedoch beide Anfragen von der Fragestellung her in verschiedene Richtungen laufen, werden wir zunächst die Zusatzfragen und die entsprechenden Antworten auf die Mündliche Anfrage 79 - des Herrn Abg. Dr. Rohde - beschränken und anschließend die Mündliche Anfrage 80 des Herrn Abg. Wendzinski behandeln. Das gleiche Verfahren werden wir bei den Mündlichen Anfragen 76, 77 und 78 zum Thema Wackersdorf anwenden.

(D)

Hier noch ein weiterer Hinweis. Die Mündliche Anfrage 70 wird nach Mitteilung der Landesregierung nicht, wie ursprünglich vorgesehen, vom Finanzminister, sondern vom Kultusminister beantwortet.

(Präsident Denzer)

A) Ich rufe nunmehr die

Dringliche Anfrage

des Herrn Abg. Dr. Rohde von der Fraktion der F.D.P. auf:

THTR Hamm

Wie erklärt die Landesregierung die Äußerungen des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales ("ausgemachte Sauerei, die zur Stilllegung zwingt, bis der Vorfall aufgeklärt sei") und des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Professor Dr. Jochimsen ("unglaublicher Vorgang der Vertuschung") zu dem Störfall im THTR Hamm vom 4. Mai 1986, wenn die Betreibergesellschaft bereits am 8. Mai 1986 die zuständigen Aufsichtsbehörden des Landes über das nicht meldepflichtige Ereignis informiert hat?

in Verbindung damit:

Dringliche Anfrage

des Herrn Abg. Wendzinski von der Fraktion der SPD:

Ursachen des Störfalles im THTR in Hamm-Uentrop am 4. Mai 1986

Hat die Landesregierung bis heute Ursachen und Ablauf des Störfalles am 4. Mai 1986 im THTR in Hamm-Uentrop aufklären können?

(B)

Ich bitte den Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie um Beantwortung.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie:

(Das Mikrofon ist nicht eingeschaltet.
- Zurufe von der CDU: Ein Störfall!
- Abgeschaltet! - Heiterkeit)

Präsident Denzer: Es ist kein Störfall im Hause festzustellen, sondern lediglich die nichterfolgte Handhabung durch den Herrn Minister. - Jetzt haben Sie vollen Saft. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Meine Damen und Herren! Am Vormittag des 30. Mai 1986 gingen im Wirtschaftsministerium Anfragen ein, die sich auf eine Störung im THTR am 3. und 4. Mai bezogen. Der fragliche Zeitraum war bereits einmal, und zwar am 7. Mai, Gegenstand einer amtlichen Überprüfung. Die seinerzeitige Erklärung des Ministers für

Wirtschaft, Mittelstand und Technologie ist in der Dokumentation enthalten, die ich dem Landtag am 12. Mai zugeleitet habe. Dort heißt es:

Von verschiedenen Medien wurde heute die Frage gestellt, ob eine Mitteilung zuträfe, wonach der THTR 300 in Hamm derzeit abgeschaltet sei und daß dort erhöhte Meßwerte der Radioaktivität aufgetreten seien. Eine sofort auf Weisung der Atomrechtlichen Aufsichtsbehörde vor Ort vorgenommene Überprüfung hat ergeben, daß der THTR ordnungsgemäß arbeitet. Vom Materialprüfungsamt Dortmund und von der Werksleitung des THTR 300 wurden Messungen der Bodenaktivität durchgeführt, die zu Ergebnissen zwischen 11 und 19 000 Bq/m² geführt haben. Gleich große Meßergebnisse liegen auch aus Dortmund und Düsseldorf vor. Ein Zusammenhang der Meßwerte mit dem Betrieb des THTR 300 in Hamm kann ausgeschlossen werden.

In einer Zuschrift des Betreibers an den Landtag vom 12. Mai 1986 heißt es ebenfalls - ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem Brief an alle Kollegen im Landtag zitieren -:

Gerüchte, durch ein Leck am THTR sei es zu der erhöhten Radioaktivität gekommen, entbehren jeder Grundlage. Eine sofort auf Weisung der Atomrechtlichen Aufsichtsbehörde, dem Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, vorgenommene amtliche Überprüfung hat ergeben, daß der THTR 300 ordnungsgemäß arbeitet. Ein Zusammenhang der Meßwerte mit dem Betrieb des Kernkraftwerks kann also völlig ausgeschlossen werden.

Am 30. Mai wurden von der Fachabteilung erneut alle vom Betreiber seit dem 8. Mai übermittelten Angaben überprüft. Einbezogen wurde auch ein Bericht, der das Datum des 22. Mai trägt, und der bei uns am 30. Mai vorlag.

Dies alles ergab ein so diffuses Bild über Ablauf und Umfang eines Störfalles am 4. Mai, daß mir von dem leitenden Beamten am Nachmittag des 30. Mai die Einsetzung einer Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde; die Arbeiten wurden sofort aufgenommen.

Verstärkt wurden die Zweifel an einer korrekten Information und Sachaufklärung des Vorfalles durch öffentliche Erklärungen des Betreibers vom 30. Mai nachmittags. In dieser Situation waren deutliche Worte des Ministers zur Wertung und Charakterisierung des Vorfalles von der Sache her geboten.

(C)

(D)

H - 3

Minister Dr. Lohmann:

Der genaue Hergang und der Umfang der Aktivitätsfreisetzung am 4. Mai abends werden über überprüft.

Am gestern, dem 3. Juni, liegt ein weiterer Bericht des Betreibers, genauer gesagt: der Herstellerfirma, vor, in dem auch konkrete Hinweise an dem fraglichen Anlagenteil als Voraussetzung zur Vermeidung weiterer Emissionen und Aktivitätsfreisetzungen gefordert werden.

In der Öffentlichkeit über einen Fachbeamten des Wirtschaftsministeriums berichtet werde, stelle ich fest: Der Beamte ist am 4. Mai in Urlaub gefahren; dies ist und war korrekt. Der Beamte hat an der Aufklärung des Vorfalles mitgewirkt und am 20. Mai beantragt, daß der Technische Überwachungsverein den Vorfall überprüft. Auch dies ist korrekt. Der Beamte konnte am 30. Mai nachmittags vom Leiter der Untersuchungskommission in seinem Urlaubsort telefonisch erreicht werden und ist inzwischen zurückgekehrt. Dieser Umstand entbehrt jeder Dramatik. Der Beamte wurde zurückbeordert, um an der Sachverhaltsaufklärung mitzuwirken.

Ich möchte ein paar Ausführungen zum Stichwort "meldepflichtiges Ereignis" machen, das das Ministerium am 30. Mai bejaht hat, das der Betreiber aber bis heute noch nicht als solches anerkennt.

Meine Damen und Herren, hier müssen Sie zwischen Abgaben eines Kernkraftwerks und Freisetzungen unterscheiden. Abgaben erfolgen auf vorgesehenen Wegen ins Freie. Freisetzungen werden, wie der Name schon sagt, auf nicht vorherbestimmten Wegen vorgenommen.

Wir müssen heute davon ausgehen, daß es sich um eine Freisetzung gehandelt hat. Die Darstellungen des Betreibers waren jedoch zunächst so, daß der zuständige Beamte den Eindruck gewinnen mußte, es handele sich um eine Abgabe. Eine Abgabe wäre nur dann meldepflichtig gewesen, wenn ein Grenzwert dabei überschritten worden wäre. Eine Freisetzung ist dagegen in jedem Falle meldepflichtig.

Es ist eindeutig Aufgabe des Betreibers, den Sachverhalt so aufzuklären, daß zweifelsfrei feststeht, ob es sich um eine Abgabe oder um eine Freisetzung handelt. Aus dem jetzt mit mir Bericht vom 3. Juni geschilderten Ablauf der Störung ist der Schluß zu ziehen - ich wiederhole das -, daß eine Freisetzung vorliegt. So wie der Vorgang aber am 8. Mai telefonisch, am 15. Mai mündlich und am 30. Mai schriftlich dargestellt worden war,

mußte der Fachbeamte in der Tat davon ausgehen, daß es sich um eine Abgabe innerhalb des zulässigen Grenzwerts gehandelt hat. Der Beamte hat auch hier korrekt gehandelt.

(C)

Meine Damen und Herren, der Sachverhalt zur Zeit stellt sich folgendermaßen dar. Ich zitiere jetzt die Begründung der atomrechtlichen Anordnung, die ich gestern abend erlassen mußte:

Am 4. Mai 1986 wurde gegen 21.30 Uhr aus der Anlage über den Abluftkamin innerhalb eines kurzen Zeitraumes eine größere Menge von radioaktiven Aerosolen emittiert. Die Auswertung des Aerosolfilters ergab, daß in der Woche vom 28. April bis 4. Mai zirka zwei Drittel der Aerosol-Aktivität emittiert wurde, die gemäß den Festlegungen des Genehmigungsbescheides innerhalb von 180 aufeinanderfolgenden Kalendertagen abgegeben werden darf. Die HKC hat am 3. Juni erklärt, daß die Ursache der Emission in einer Fehlsteuerung der Beschickungsanlage bestanden hat.

Nach Bekanntwerden der näheren Umstände dieses Vorkommnisses wurde von der Atomrechtlichen Aufsichtsbehörde eine besondere Untersuchung eingeleitet. Diese Untersuchung ist noch im Gange. Bei der Einsichtnahme des Schichtbuches, der Betriebsablauf- und Meßprotokolle sowie nach Anhörung des Betriebspersonals ergaben sich folgende Fragen, die vor der Fortführung des Versuchsleistungsbetriebes, auch um eine erneute unplanmäßige Emission von radioaktiven Aerosolen und damit eine weitere Gefährdung zu vermeiden, einer Klärung bedürfen: Höhe der tatsächlichen Freisetzung am 4. Mai, Aussagefähigkeit der Messungen über die täglichen Aerosol-Abgaben, Befolgung der Festlegung des Betriebshandbuchs durch das Betriebspersonal, Ursachen der Emission, Sicherheit der Verriegelungen in der Beschickungsanlage gegen Fehlbedienungen mit dem Ziel, den Austritt radioaktiver Stoffe zu verhindern.

(D)

Die Atomrechtliche Aufsichtsbehörde hält darüber hinaus die vorherige Auswertung der bereits veranlaßten Überprüfung der Aerosol-Sammelfilter und von Bodenproben durch staatliche Meßstellen für erforderlich.

Meine Damen und Herren, diese Untersuchung wird so rasch wie möglich, aber mit der gebotenen Sorgfalt durchgeführt werden. Ich erwarte, daß alsbald die Voraussetzungen dafür vorliegen, daß der THTR den Probebetrieb fortsetzen kann.

(Beifall bei der SPD)

H-5

(A) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Zu einer Zusatzfrage hat das Wort Herr Abg. Rohde von der Fraktion der F.D.P..

Ich bitte die Filmemacher unserer öffentlich-rechtlichen Medien, uns die Geschäfte hier, auch was die Verhandlungen anbelangt, so zu erleichtern, daß ich die Fragesteller und die Abgeordneten dabei zumindest sehen kann. - Werter Filmschaffender, treten Sie bitte zur Seite. - Danke schön.

Dr. Rohde (F.D.P.): Ich glaube, Herr Präsident, wir haben wieder einen Störfall!

Präsident Denzer: Nein, wir haben keinen Störfall!

Dr. Rohde (F.D.P.): Ich bin aber dankbar, daß ich Sie, Herr Präsident, inzwischen sehen kann.

Herr Minister, Sie haben soeben gesagt, Sie hätten die Anordnung treffen müssen. Stimmen Meldungen, daß Sie vom Kabinett gezwungen worden sind, diese Anordnung zu treffen, aber selbst mit einem ganz anderen Regelungsvorschlag ins Kabinett gegangen sind? - Die erste Zusatzfrage!

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

(B) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Nein, sie treffen nicht zu.

Präsident Denzer: Zweite Zusatzfrage!

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Minister, halten Sie es, nachdem Sie der Bedienungsmannschaft ja öffentlich den Vorwurf gemacht haben - ich zitiere -

es sei nicht auszuschließen, daß das Bedienungspersonal des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors in Hamm die radioaktive Wolke nach der Katastrophe von Tschernobyl genutzt habe, um die radioaktiv verseuchten Filter auszublasen

und dieser Vorwurf nach Ihrer jetzigen Darstellung nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, nicht für richtig, sich hier öffentlich für diesen ungeheuerlichen Vorwurf zu entschuldigen?

(Starker Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

(C) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich habe diesen Vorwurf nicht erhoben, aber in einer unvoreingenommenen Prüfung, die der Auftrag der Untersuchungskommission ist, müssen alle Fragen hinein, die gegenwärtig öffentlich erhoben werden. Dieses ist ein Vorwurf, der von dritter Seite - und das kann man in den Medien lesen - erhoben worden ist. Deshalb kann ich nicht aus-- -

(Zurufe von der CDU)

Das verstehe ich jetzt überhaupt gar nicht.

(Dr. Hardt (CDU): Sie sollten lieber prüfen, als diese ...)

Präsident Denzer: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Kampmann von der Fraktion der CDU das Wort.

Kampmann (CDU): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß die Antwort auf diese Anfrage lautete, ob die 50 000 Bq auf einen Riß in der Ummantelung zurückzuführen waren?

(Dr. Hardt (CDU): Hört, hört!)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Das ist mir bekannt, aber ich habe eine umfassende atomrechtliche Überprüfung am 7. Mai angeordnet, und ich hätte erwartet, daß der Betreiber selber mich umfassend informiert hätte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Zu einer weiteren, letzten Zusatzfrage Herr Kollege Kampmann!

Kampmann (CDU): Herr Minister, da die THTR-Abgabe im Verhältnis 1:500 000 zu den radioaktiven Belastungen in der Tschernobyl-Wolke steht, frage ich Sie jetzt als den Fachmann - als solcher haben Sie sich ja in den letzten Tagen präsentiert -: Bei welcher Relation würden Sie sagen, der Begriff "ausschließlich" - wie hier im Brief der Betriebsgesellschaft vom 12. Mai erwähnt - sei hier zutreffend?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich habe mich, was die Freisetzungen angeht - und es handelt sich hier nicht um eine Abgabe -, an den

Minister Dr. Jochimsen!

Genehmigungsbescheid zu halten, der ja vom Kollegen Farthmann und mir im April 1985 beschlossen worden ist und in dem die Höchstwerte festgelegt sind. Das ist die einzige Tatsache. Vergleiche mit Radioaktivitäten aus Tschernobyl tauchen an dieser Stelle überhaupt nicht auf.

Präsident Denzer: Danke schön. Zu der obigen Anfrage 79 sind die Zusatzfragen abgeschlossen.

(Widerspruch von der CDU)

Bitte, doch keine Aufregung! Das können wir doch alles regeln. - Das Wort hat Herr Unger von der Fraktion der CDU.

Unger (CDU): Herr Minister, wenn Sie das schon gesagt haben, daß Sie mit der Presse über das möglicherweise willentliche Verschweigen nichts zu tun haben, wie erklären Sie sich dann diese Pressemeldung und die Bezugnahme auf Ihre Person? - Herr Dr. Jochimsen, Sie hatten das ja eben hier angeführt. Wenn Sie nicht sofort schärfstens dementiert, diese Ungeheuerlichkeit aus der Welt zu schaffen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Energie und Technologie: Meine Damen und Herren, in einer durch den Reaktorunfall von Tschernobyl sensibilisierten Öffentlichkeit

(Zurufe von der CDU)

steht doch die Frage zu stellen, welchen Informationspolitischen Stillsich der Betreiber leisten will.

(Aigner (SPD): Eben! - Gegenrufe von der CDU)

Ich hatte die Veranlassung - ich halte daran fest - dieses scharf zu kritisieren. In dieser Diskussion geht es sehr wohl darum, daß wir - wenn aus der Umgebung von Hamm am 6. und 7. Mai Fragen auftauchen und Zusammenhänge zum Betrieb des THTR im Zusammenhang mit Niederschlägen aus der radioaktiven Wolke hergestellt werden - diesen Fragen nachgehen muß. Ich habe das am 6. Mai getan. Ich habe damals guten Glaubens die Rückfragen der Antworten mit dem Betreiber selbst gehandelt. Wenn er das in der Rede stellt, was er an anderer Stelle getan hat, kann ich nur außerordentlich bedauern,

wenn er hier seinen eigenen Betriebsablauf nicht kennt. Denken Sie nur an den Brief vom 12. Mai, Herr Kollege Rohde. Ich habe mit Interesse gesehen, daß die F.D.P.-Fraktion in Hamm einen Besuch gemacht hat, und ich habe auch die Pressekommentare vieler Journalisten gelesen, die Pressegespräche mit dem Betreiber gemacht haben und sich irgendwie nicht vollständig informiert gefühlt haben. Wenn ich vorhin gesagt habe, ich mußte die atomrechtliche Anordnung treffen, dann hat dieses "müssen" den Hintergrund, daß der Appell des Kabinetts, in dieser sensibilisierten Öffentlichkeit nicht auf der Inbetriebnahme jetzt wieder zu bestehen, bevor das Untersuchungsergebnis vorliegt, und der Betreiber diesen Appell nicht aufnehmen kann. Dann zeigt sich derselbe Zusammenhang, der mich umtreibt. Wenn wir nicht lernen, mit diesen Störfällen sorgsamer umzugehen

(C)

(Zurufe von der CDU)

- ich habe ja mit Interesse und Zustimmung erfahren, daß die Bundesregierung gerade umgebildet wird, um diesen Gesichtspunkt auch dort zur Geltung zu bringen -, dann kann ich sagen, dann ist wirklich die Frage gestellt, wie hier eigentlich vorgegangen werden soll und kann. Hier ist ein Vertrauen verlorengegangen, und diesen Vertrauensverlust

(Zurufe von der CDU)

kann man überhaupt nur durch eine offene Informationspolitik wettmachen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Wir haben eine Fülle von Zusatzfragen. - Herr Kollege, Sie stehen erst an der zehnten Stelle. - Das Wort hat nunmehr zu einer Zusatzfrage Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU.

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, Sie haben für Ihre Einlassung gegenüber der Öffentlichkeit am 7. und 12. Mai 1986 guten Glauben in Anspruch genommen. Ist Ihnen bekannt, daß die Bemessung, was auf Tschernobyl, und was ist möglicherweise auf den Reaktor zurückzuführen ist, für den Betreiber so schwierig war, daß die Bemessung dieser 0,1 Bq nur als rechnerisches Ergebnis noch nicht einmal als Meßergebnis zu ermitteln war? Bestreiten Sie der Betreibergesellschaft zu dem damaligen Zeitpunkt das, was Sie für sich in Anspruch nehmen, nämlich guten Glauben?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

H-2

A) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Den guten Glauben bestreite ich nicht. Das, was ich bestreite, ist, daß man informationspolitisch so sensibel vorgegangen ist, daß man diese Besorgnisse aufgenommen hat und nicht sich selbst in ein völlig schiefes Licht bringt.

(Zurufe von der CDU: Sehr sensibel!)

Ich darf im übrigen sagen: Bei der Freisetzung, die am THTR stattgefunden hat, ist keine Dimension erkennbar, die bei Bodenwerten signifikante Ausmaße erreicht. Das konnte allein auch gar nicht das Thema sein, sondern es geht um die Information über das, was nun wirklich passiert ist. Da hat man sich auf die Frage zurückgezogen, ob ein Riß aufgetreten sei, ob es eine Leckage oder einen Betriebsstillstand gegeben habe, d. h., man hat beantwortet, Frau Kollegin Thoben, was gefragt worden ist, man ist aber nicht der Verpflichtung nachgekommen, ausführlich darüber zu informieren, was nun wirklich vorliegt. Ich will diese Meßvorgänge gar nicht bagatellisieren. Es steht auch heute noch nicht fest, ob die Grenzwerte tatsächlich eingehalten worden sind.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P.

B) Dr. Tschoeltsch F.D.P.: Herr Minister, nach Pressemeldungen ist der zuständige Referent durch Interpol in Italien gesucht worden. Ich erinnere mich, daß Interpol vor Jahren auch schon einmal in Spanien eingeschaltet wurde. Deshalb frage ich: Durch welche Dienststellen wurde Interpol eingeschaltet?

Präsident Denzer: Herr Minister, gestatten Sie erst einmal?

(Minister Dr. Jochimsen: Ja, natürlich!)

Herr Kollege, Sie wissen, daß ich in meiner Geschäftsführung sehr tolerant und liberal bin, aber irgendwo gibt es Grenzen. Sie können fragen, ob Interpol eingeschaltet wurde oder nicht. Das andere können Sie sich sparen.

(Minister Dr. Jochimsen: Ich möchte es gerne beantworten!)

- Bitte schön!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Interpol ist nicht eingeschaltet worden. Alles, was hier unter der Überschrift "Meldungen" läuft, ist völlig

unzutreffend. Der Beamte ist durch normalen telefonischen Kontakt erreicht worden; und er ist mit seinem Privat-Pkw zurückgereist, wenn auch in der Presse steht, eine Bundeswehrflugzeug sei benutzt worden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das läuft unter der Überschrift "Pressemeldungen". Sitzen Sie doch nicht allem auf, was irgendwo in der Zeitung steht!

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Schumacher von der Fraktion der CDU.

Schumacher (Kall) (CDU): Herr Minister, Sie haben soeben festgestellt, zumindest eine Äußerung des Betreibers lasse den Schluß zu, daß er seinen eigenen Betriebsablauf nicht kennt. Ich frage Sie deshalb, welche Darlegungen in der chronologischen Abfolge, die von der VEW der Öffentlichkeit übergeben worden sind, sind nach Ihrer Auffassung nicht richtig?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Dies würde jetzt wirklich den Rahmen einer Fragestunde überschreiten.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Ich bin gerne bereit - -

(Zuruf des Abg. Dr. Biedenkopf (CDU))

- Wenn Sie drei Seiten Dokumentation durchgehen wollen, Herr Kollege Biedenkopf!

Ich habe gesagt, es sei an entscheidenden Stellen verkürzt worden, und das ist wirklich - -

(Zurufe von der CDU: Dann nennen Sie diese Stellen!)

- Ich habe diese entscheidenden Stellen eben schon genannt bei dem, was die Frage "Freisetzung" und "Abgabe" angeht. Ich muß sagen, diese Informationspolitik ist mir unverständlich, und ich bedauere es außerordentlich, daß der Betreiber einen solchen Schritt getan hat.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Schaumann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

(C)

(C)

H-8

r. Schaumann (F.D.P.): Herr Minister, es ist seit 1980 eine Rahmenempfehlung für die Fernüberwachung von Kernkraftwerken. Soweit ich weiß, ist das Land Nordrhein-Westfalen dieser Rahmenempfehlung beigetreten bzw. hat sie mit verabschiedet. Ich frage Sie auf dieser Grundlage, warum hat die Landesregierung die Genehmigung zur Inbetriebnahme des THTR in Hamm erteilt, ohne daß die Kernkraftwerksfernüberwachung installiert und funktionsfähig gewesen ist?

Präsident Denzer: Herr Minister!

r. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Die Fernüberwachung ist im Aufbau. Sie kann in Kürze in Betrieb genommen werden. Wir konnten die Entscheidung seinerzeit - 1985 - nicht vor dem Abschließen des Aufbaues abhängig machen.

(Zuruf von der CDU: Warum denn nicht?)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Linssen von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Herr Minister, Sie haben in Ihrer ersten Einlassung versucht, den Unterschied zwischen einer "Abgabe" und einer "Freisetzung" zu machen: das eine sei meldepflichtig und das andere nicht.

Da der Betreiber aber auch ein nach seiner Ansicht nicht meldepflichtiges Ereignis gemeldet hat, ist er seiner Verantwortung voll nachgekommen.

Da Sie am 7. Mai 1986 angeblich eine Untersuchung angeordnet haben, obwohl Sie erklärt haben, erst am 30. Mai informiert worden zu sein, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie erstens diesen Widerspruch aufklärten und zweitens dem Hause erläuterten, ob nicht vielleicht doch ein "Störfall" in Ihrem Ministerium vorliegen könnte.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Kollege Linssen, ich darf wiederholen: Eine Abgabe auf dem vorgesehenen Weg ins Freie ist nur dann meldepflichtig, wenn sie Grenzwerte überschreitet. Der Betreiber hat dazutun versucht, daß Grenzwerte nicht überschritten sind. Diese Frage wird gegenwärtig geprüft. Die Untersuchungskommission ist dabei, das aufzuheilen. - Das ist der eine Aspekt.

Der andere Aspekt, Herr Kollege Linssen, ist der, daß ein meldepflichtiges Ereignis, unabhängig davon, in welchem Umfang Radioaktivität freigegeben wird, ob innerhalb, unterhalb oder oberhalb des Grenzwertes, immer vorliegt, wenn Radioaktivität auf nicht vorherbestimmten Wegen ins Freie gelangt ist. Der Betreiber ist in der Tat wohl noch bis vor zehn Tagen davon ausgegangen - er hat meinen Fachbeamten so informiert -, daß die Freisetzung nicht irgendwie, sondern auf dem vorgesehenen Weg ins Freie gelangt sei. (C)

Der Bericht des Betreibers vom 3. Juni dieses Jahres weist unzweideutig aus, daß ein Teil der Freigabe über weite Strecken auf dem vorgesehenen Weg, aber ein entscheidender Teil in der Beschickungsstelle selbst auf unvorhergesehenem Weg erfolgt ist. Das steht jetzt in dem Bericht. Trotzdem hält der Betreiber an dem Stichwort "Abgabe" fest und spricht nicht von "Freisetzung", was ich ganz und gar unverständlich finde. Deshalb muß die Untersuchungskommission arbeiten, und insofern habe ich an den Handlungen meines Fachbeamten keinerlei Kritik zu üben.

(Frau Abg. Thoben (CDU): Wirklich nicht?)

- Nein!

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! - Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Evertz von der Fraktion der CDU das Wort.

Evertz (CDU): Herr Minister, wenn der Ablauf so gewesen ist, wie Sie es dargestellt haben: Wie kommt die von Ihnen eingesetzte Untersuchungskommission dazu, bereits am 31. Mai 1986 dem Betreiber mitzuteilen, daß er der Meldepflicht voll genügt hat? (D)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Es kann keine Rede davon sein, daß am 31. Mai 1986 eine solche Mitteilung gemacht worden ist.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! - Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Schultz-Tornau von der Fraktion der F.D.P.

Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Minister, Sie haben mit Recht von einer sensibilisierten Öffentlichkeit gesprochen; man hätte wohl auch von Angst in der Bevölkerung sprechen können. Das bedeutet im Grunde das gleiche. Meinen Sie nicht, daß gerade in einer solchen

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Situation der verantwortliche Minister gut daran getan hätte, vor öffentlichen pauschalen Bewertungen zu sagen: ich setze eine Untersuchungskommission ein, die den Vorgang sorgfältig prüft, und ich behalte mir die Bewertungen des Vorgangs vor, bis die Ergebnisse dieser Untersuchungskommission vorliegen, und gebe nicht vorher schon Bewertungen ab?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Präsident Denzer: Herr Minister!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Verehrter Herr Kollege, das war an dem Freitagabend deshalb nicht möglich, weil der Betreiber selber mit detaillierten Angaben kam, die weitere Diskrepanzen zwischen den Informationen, die vorher gegeben worden waren, und dem Sachverhalt, der dann dargetan wurde, offenlegten. In dieser Situation kann man nicht eine Untersuchungskommission einsetzen, und nicht gleichzeitig eine informationspolitische Vorgehensweise werten.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! - Für die F.D.P. hat Herr Abg. Kuhl das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage.

- (B) Kuhl (F.D.P.): Herr Minister, da Sie hier sehr zutreffend davon gesprochen haben, daß die Bevölkerung sehr sensibilisiert ist und daß es entscheidend darauf ankommt, welche Informationspolitik auch von Ihrer Seite aus betrieben wird, darf ich Sie fragen: Sind Sie bereit, dem Landtag und auch der Öffentlichkeit einmal die Katastrophenschutzpläne der entsprechenden Kreise und des Landes sowie außerdem die Dienstvorschrift für die Rufbereitschaft über den Strahlenschutz in kern-technischen Anlagen, die in Ihrem Hause existiert, zugänglich zu machen?

Präsident Denzer: Herr Kollege, auf diese Zusatzfrage wird wegen der Zuständigkeit der Herr Innenminister antworten müssen. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister Dr. Schnoor.

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Kollege, für Kernkraftwerke wie auch für andere gefährliche Anlagen gibt es Sonderschutzpläne, die aufgrund von Rahmenempfehlungen, durch die Innenministerkonferenz einvernehmlich erarbeitet, erlassen worden sind. Diese Sonderschutzpläne liegen öffentlich aus und können von jedem eingesehen werden. Es handelt sich also nicht um irgendwelche Papiere, die in geschlossenen Schreibtischen liegen. Sie werden zur Zeit übrigens überprüft.

Präsident Denzer: Zu einer zweiten und letzten Zusatzfrage erteile ich Frau Kollegin Thoben von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, Sie haben soeben auf meine erste Frage geantwortet, daß sowohl Sie wie auch die Betreibergesellschaft zu bestimmten Zeitpunkten in gutem Glauben eine Bewertung des Vorgangs vorgenommen haben. Halten Sie angesichts dieser übereinstimmenden Bewertung Ihren Hinweis, es sei ein unheimlicher Versuch der Vertuschung, oder die Einlassung des Herrn Heinemann - "unheimliche Sauerei" - für angemessen?

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Frau Kollegin Thoben, Sie müssen hier unterscheiden, wer guten Glaubens was erklärt hat. Ich habe Erklärungen nur auf der Grundlage dessen abgeben können, was die von uns bestimmten Sachverständigen, nämlich der TÜV, und was die von meinen Aufsichtsbeamten hergestellten Kontakte mit dem Kernkraftwerk in Hamm-Uentrop ergeben haben. Ich habe mich darauf verlassen, daß die Informationen stimmen.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Ja, natürlich! Ich wollte nur sagen: Als das alles an das Licht der Öffentlichkeit kam, fühlte ich mich - so muß ich formulieren - schon hintergangen.

(Erneuter Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Aber selbstverständlich, nämlich nachdem die Fragen bohrend gestellt worden sind, und zwar immer wieder gestellt worden sind - ich kann mir nicht vorstellen, daß die F.D.P.-Fraktion beispielsweise bei dem Besuch in Hamm-Schmehausen nicht auch diese Frage gestellt hat -

(Aigner (SPD): Die haben sich Fragen aufschreiben lassen!)

keinerlei Hinweis darauf!

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. - Bevor ich weitere Zusatzfragen zulasse, möchte ich wegen verschiedener Fragen, ob man bei den Worterteilungen vergessen worden sei, darauf hinweisen, daß mir noch zehn Wortmeldungen vorliegen. Also, ich habe niemanden vergessen.

H-10

Präsident Denzer)

Ich möchte aber ganz gern, daß auch der Teil von Zusatzfragen zur Dringlichen Anfrage 80 des Herrn Abg. Wendzinski möglicherweise noch in der Fragestunde heute morgen beantwortet werden kann. Ich bitte, das ein wenig in den Blick zu haben.

lassen Sie mich eine Wertung damit verbinden: An einigen Stellen habe ich den Eindruck, daß wiederholt dasselbe gefragt wird. Ich bitte, dies auch zu berücksichtigen.

Zu seiner zweiten und letzten Zusatzfrage erteile ich nunmehr Herrn Kollegen von Unger von der Fraktion der CDU das Wort.

Herrn Unger (CDU): Sie haben, Herr Minister, in Ihrer Erklärung vom 30. Mai 1986 den Ausdruck "unglaublicher Vorgang der Verunsicherung" gebraucht. Ich frage: Hatten Sie vor dieser Äußerung Kontakt mit dem Betreiber aufgenommen?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Herrn Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Nein; das war auch Lage der Umstände auch gar nicht möglich.

(Lachen bei der CDU - Abg. Evertz (CDU): Das wird ja immer schlimmer!)

Herr von Unger, das war gar nicht möglich auch Lage der Dinge.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bitte Sie: In welcher Welt leben wir denn, wenn der Betreiber selber mit seiner Version ständig ans Netz geht?

(Dr. Biedenkopf (CDU): Das ist ja unfaßbar!)

Präsident Denzer: Danke schön! Zu einer weiteren und letzten Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Schumacher von der Fraktion der CDU das Wort.

Herrn Schumacher (Kall) (CDU): Herr Minister! Gerade unter dem Eindruck der Antwort, die Sie zuletzt gegeben haben, nämlich, vor Ihrer Erklärung vom 30. Mai, keinen Kontakt zum Betreiber aufgenommen zu haben, frage ich Sie: Wie erklären Sie denn den zeitlichen Abstand zwischen dem 20. Mai 1986, an dem die abschließende Bewertung dieses Betriebsvorfalls unter Beteiligung Ihres Hauses stattgefunden hat, und Ihrer Presseverlautbarung vom 30. Mai 1986?

(Zuruf von der SPD: Das ist eben schon erklärt worden!)

Präsident Denzer: Herr Minister, versuchen Sie noch einmal, dies in Erinnerung zu rufen. Sie haben das schon erklärt.

(C)

Herrn Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich habe eingangs erklärt, daß die abschließende Bewertung seitens des Betreibers und Herstellers erst seit dem 3. Juni vorzuliegen scheint und daß der Prozeß - ich sage es einmal so - der Rekonstruktion dieses Störfalls eine gewisse Zeit gebraucht hat.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! Zur zweiten und letzten Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Schaumann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Herrn Schaumann (F.D.P.): Herr Minister, ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß man bei dieser Problemlage außerordentlich sensibel reagieren muß. Das gilt natürlich auch für Ihre Antworten, die Sie hier im Plenum geben. Daher bin ich der Auffassung: Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Ich stelle deshalb die zweite: Warum konnten die im Haushaltsplan 1986 für die Kernkraftwerks-Fernüberwachung veranschlagten Mittel nicht früher, in den vergangenen Jahren, in den Landeshaushalt eingestellt werden? Denn dann hätten Sie ja - erlauben Sie bitte diesen Nachsatz - die Möglichkeit gehabt, unabhängig vom Betreiber Meßdaten zu bekommen und für die Sicherheit einzustehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D)

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Büssow (SPD): Das erhöht die Staatsquote!)

Herrn Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich kann hier nur festhalten: Die Fernüberwachung ist fast fertiggestellt und wird in Kürze in Betrieb gehen.

(Dorn (F.D.P.): Beantworten Sie doch einmal die Frage!)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Kuschke von der Fraktion der SPD das Wort.

Herrn Kuschke (SPD): Herr Minister, Ihren Ausführungen habe ich entnommen, daß Sie erst auf der Grundlage des Berichts der Untersuchungskommission zu dem Ergebnis haben kommen können, daß eine Fehlsteuerung des Beschickungssystems vorgelegen hat, also

H-11

(Kuschke (SPD))

- (A) eines ganz entscheidenden Bereichs einer Atomreaktoranlage. Weltweit ist es in den vergangenen Jahren gerade aufgrund von Mängeln in diesem Bereich der Atomanlagen zu Unfällen gekommen.

Meine Frage: Ist mein Eindruck richtig, daß Sie zu dieser Erkenntnis in den vergangenen Wochen nicht durch Auskünfte der Betreiberfirma gekommen sind, sondern erst durch die Ergebnisse der von Ihnen eingesetzten Untersuchungskommission, und daß auch heute noch - im Gegensatz zu der Herstellerfirma - der Betreiber nicht bereit ist, diese Fehlsteuerung der Beschickungsanlage als einen ganz gravierenden Störfall anzusehen?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Das letzte habe ich eben schon ausgeführt, daß da nämlich unverändert eine Differenz besteht: Freisetzung oder Abgabe? Für mich ist es unzweifelhaft, daß es sich um eine Freisetzung gehandelt hat, weil ein Teil des Weges nicht dafür vorgesehen war und im Übrigen die Anlage solche Art Emissionen überhaupt gar nicht aufzeigen dürfte und deshalb ja die Anlage auch umgebaut werden muß, was die Beschickung selbst angeht.

- (B) Das andere ist der Vorgang, den ich hier nur zu konstatieren habe: daß der Bericht des Betreibers, der mir am 30. Mai vorlag, so sehr im Widerspruch zu den vorher gegebenen Erklärungen stand, daß ich das vorhin als diffus bezeichnet hatte und daß es, als dann noch die Erklärungen des Betreibers selber über die Medien Rundfunk und Fernsehen am Freitagnachmittag in dichter Folge kamen, völlig unvermeidbar war, dazu im atomrechtlichen Aufsichtsverfahren einen Schritt zu tun. Den habe ich mit der Einsetzung der Untersuchungskommission getan. Das mußte ich öffentlich bekanntgeben, und ich mußte dafür auch die Gründe nennen, weshalb eine Untersuchungskommission - das ist ja kein alltäglicher Schritt - hier tätig werden mußte. Ich glaube, die Gründe dafür habe ich überzeugend dargelegt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister. Für die Fraktion der F.D.P. hat Herr Abg. Ruppert das Wort.

Ruppert (F.D.P.): Herr Minister, wenn ich richtig informiert bin, gibt es in Ihrem Hause eine Dienstvorschrift, die die Rufbereitschaft für den Strahlenschutz kerntechnischer Anlagen regelt. Halten Sie es unter diesen Umständen für denkbar, daß die Angabe des Betreibers zutrifft, daß er am 7. Mai in Ihrem Hause die zuständige Behörde nicht erreichen konnte?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort. (C)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Also wissen Sie, für Kommunikationen zwischen einem Kraftwerk und dem Ministerium gibt es Wege, die sind eindeutig - -

(Lachen bei der CDU)

- Ja, sicher, die Beamten sind mit einem "Euro-Piepser" ausgerüstet. Sie können jederzeit über diesen "Euro-Piepser" erreicht werden. Im Falle einer Freisetzung muß auch eine Sofortmeldung erfolgen; da sind ja unverzügliche Meldewege, mündlich und schriftlich, vorgeschrieben.

Ich darf hier sagen: Am 7., 8. und 9. Mai - ich habe das Stichwort von der sensibilisierten Öffentlichkeit hier schon gebracht - haben wir ein Bürgertelefon betrieben, das sehr stark in Anspruch genommen worden ist. Wir haben streckenweise bis zu 10 000 Anrufer gleichzeitig gehabt. Nächte hindurch haben die 30 Apparate keine Sekunde stillgestanden.

Wenn also der Betreiber das wirklich für einen dringend mitteilungsbedürftigen Sachverhalt gehalten hat, hätten ihm genügend Wege offengestanden, wie sie in der Anordnung, die Sie zitieren, angelegt sind, um diese Meldung überzubringen. Deshalb kann ich hier überhaupt nicht verstehen, daß das vorgebracht wird. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke dem Herrn Minister. Zu seiner zweiten und letzten Zusatzfrage hat Herr Abg. Linssen von der Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Linssen (CDU): Ich habe eine Frage an den Herrn Ministerpräsidenten. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich einen kleinen Sachverhalt vorausschicken.

(Widerspruch bei der SPD)

- Dann stelle ich das in einem langen Satz zur Frage: Da wir einen exakt vergleichbaren Fall bei dem Brand auf dem Reaktordach in Kalkar gehabt haben, wo auch am gleichen Abend nach drei Stunden der Beamte nicht zu erreichen war - -

(Zahlreiche Zurufe von der SPD)

Präsident Denzer: Herr Kollege, ein kurzer Sachverhalt zur Einführung in die Frage ist gestattet, aber keine Gegenvorstellung. Beschränken Sie sich auf dies und dann auf die Frage.

Dr. Linssen (CDU): Da in dem Fall Kalkar innerzeit ebenfalls das Ministerium nach Aussage des leitenden Beamten Dreyhaupt voll informiert war und trotzdem später der innerzeitige Minister Farthmann von einer katastrophalen Informationspolitik sprach, frage ich Sie, Herr Ministerpräsident, ob Betreiber ähnlicher Anlagen - ich denke doch an Chemiewerke - in Zukunft immer mit zu rechnen haben, daß sich Landesminister dieser Regierung mit einer die Panik vergrößern den Informationsarbeit an die Öffentlichkeit wenden, wenn Grüne oder Ko-Institute sie endlich wachgerüttelt haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Ich kann die Erwartungen, die Sie in Ihre Anfrage einbringen, nicht teilen, Herr Kollege. Richtig ist, daß in den Maitagen die Belastung unserer Telefonsysteme so stark war, wie wir es vorher nie gehabt haben. Ich glaube nämlich, daß Betreiber von Kraftwerken, auch in Chemieunternehmen, überhaupt von eventuellen Überlastungen dann andere Möglichkeiten suchen und wahrnehmen müssen.

(Dr. Linssen (CDU): Das haben sie ja getan!)

Die Sachverhalte den zuständigen Ministern zur Kenntnis zu bringen. Was da zu verbessern ist, werden wir verbessern. Ich habe auch aus dem gelernt, was in solchen Fällen nötig ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Ministerpräsident! Wir kommen dann zur nächsten Zusatzfrage. Das Wort hat Herr Kollege Herr Worms von der Fraktion der CDU.

Dr. Worms (CDU): Herr Minister, ich frage Sie als Chef der Atomrechtlichen Genehmigungsbehörde: Sind Sie bereit, die Vorgänge, aufgrund deren Sie sich hintergangen fühlen, gegenüber dem Hohen Hause zu präzisieren?

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Das Zentrum, Herr Worms, ist, daß vom Betreiber immer unter verschiedenen Daten - ein abschließender Bericht vorgelegt wurde, der nicht abschließend war, und das muß anders werden. Da müssen die Informationen schneller fließen, und da muß dann auch ein klares, offenes Wort gesagt werden, und das ist hier der entscheidende Punkt, der verbesserungsbedürftig ist.

Präsident Denzer: Danke schön, Herr Minister! Das Wort hat zu einer dritten und letzten Zusatzfrage der Fragesteller, Herr Abg. Dr. Rohde von der Fraktion der F.D.P. Bitte, Herr Kollege!

Dr. Rohde (F.D.P.): Wegen der Verantwortung, die Sie, Herr Ministerpräsident, für dieses Land, insbesondere für seine Hochtechnologien tragen, frage ich Sie: Sind Sie nicht der Meinung, daß durch die unseriöse Informationspolitik des Wirtschaftsministers,

(Widerspruch bei der SPD)

insbesondere seine Schnellschüsse aus der Hüfte, die beste Reaktorlinie, die wir nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen, sondern für die Bundesrepublik anbieten können, unnötigerweise diffamiert worden ist?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Ich bin dieser Meinung nicht, Herr Kollege Rohde,

(Beifall bei der SPD)

sondern ich bin der Überzeugung, daß dann, wenn der Hochtemperaturreaktor die sicherste Kernreaktorlinie ist - und davon bin ich nach meinem bisherigen Erkenntnisstand überzeugt, was nicht heißt, daß es nicht bei jeder Reaktorlinie Restrisiken gibt -, wir alle miteinander alles tun müssen, damit keinesfalls der Eindruck entsteht, es würde irgend etwas Öffentlichkeitsrelevantes verdeckt, vertuscht, zurückgehalten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Panikmache!)

- Nein, keine Panik machen! Ich bin gegen jede Panikmache.

(Zahlreiche Zurufe von der CDU: Was sagen Sie denn zu der "Sauerei"?)

- Ich weiß nicht, warum Sie mir, wenn Sie mich etwas fragen, keine Gelegenheit geben zu antworten!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Auffassung, daß wir alles tun müssen, damit ein solcher Eindruck nicht entstehen kann.

Wir werden das, was hier Gegenstand der Erörterung ist, weiter zu prüfen haben. Ich

H-13

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) will in der Regierungserklärung sagen, daß ich dem Parlament über die Ergebnisse berichten möchte, und ich denke, dann sehen wir alle miteinander, welche Schritte wir in Zukunft gehen müssen, damit wir weder der Beschwichtigung das Wort reden noch Panikmache möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Prof. Dr. Biedenkopf das Wort.

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Minister, können Sie, nachdem Sie vorhin gesagt haben, die Meßergebnisse, die man als Folge des Austritts oder der Freisetzung festgestellt habe, lägen vor, dem Hohen Hause mitteilen, ob die Menge, die tatsächlich freigesetzt bzw. abgegeben worden ist, in irgendeiner Weise geeignet war, direkte oder indirekte gesundheitliche Schäden hervorzurufen?

(Beifall bei der CDU - Lachen und Zurufe von der SPD)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Unabhängig davon, daß jede Strahlenfreisetzung eine Belastung darstellt, kann ich hier bestätigen, daß die Meßergebnisse,

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- (B) die der Betreiber vorgelegt hat, bisher die Einhaltung der Grenzwerte zu bestätigen scheinen. Wir überprüfen dies, und ich kann ihnen sagen, daß, was den Tageshöchstwert angeht, die Prüfungen hier noch nicht vollständig abgeschlossen sind.

(Zurufe von der CDU)

Es handelt sich dabei ja um zulässige Grenzwerte, die in dem atomrechtlichen Genehmigungsbescheid festgelegt sind und die, was die Größenordnungen angeht - ich darf das hier gerne sagen - weit die Werte unterschreiten, die bei Leichtwasserreaktoren etwa zulässig sind; der Wert liegt unter einem Zwanzigstel.

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage Herr Prof. Dr. Biedenkopf!

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Ministerpräsident, da Sie sich vorhin selber schon zu dieser Frage geäußert haben: Sind Sie der Auffassung, daß die Abgabe öffentlicher Erklärungen auch des Inhalts, wie ihn die Mitglieder Ihres Kabinetts, der Wirtschaftsminister und der Arbeitsminister, an dem

fraglichen Freitag für erforderlich gehalten haben, ohne jede vorherige Konsultation des Betreibers, auch in bezug auf die in den Erklärungen enthaltenen Bewertungen, den Maßstäben entspricht, die Sie uns gerade im Hinblick auf den sensiblen Charakter des Gegenstands einzuhalten empfehlen?

(C)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Biedenkopf, bei der Antwort auf diese Frage ist zu berücksichtigen, daß der Sachverhalt, aufgebracht durch Meldungen von Dritten, schon zu öffentlichen Erörterungen und Stellungnahmen des Betreibers geführt hatte - an diesem 30. Mai -, zu denen dann die beiden Kabinettskollegen Stellung genommen haben. Ich denke, daß man die Bewertung dessen, was die Kabinettskollegen gesagt haben, nicht vornehmen kann, ohne zu berücksichtigen, was die Betreiber - abweichend von den vorliegenden Kenntnissen der Behörde - am selben Tage öffentlich beschwichtigend erklärt haben.

(Zustimmung bei der SPD - Hardt (CDU): Eine große Sauerei! - Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage Frau Abg. Witteler-Koch!

(Hardt (CDU): Das ist doch wohl das letzte! - von Unger (CDU): Das soll eine Beschwichtigung sein! - Weitere Zurufe von der CDU)

(C)

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Minister, nach dem, was Herr Ministerpräsident Rau äußerte und was Sie verschiedentlich gesagt haben, muß ich nun doch annehmen, daß zu Lasten der Bevölkerung eine Art Panikmache vorhanden ist. Denn es kann der Bevölkerung doch eigentlich völlig gleichgültig sein, ob es sich hier um eine meldepflichtige Freisetzung oder um

(Lachen und Zurufe von der SPD)

eine meldepflichtige Abgabe handelt. Interessant ist doch, wenn Sie erklären, es läge keine Gesundheitsgefährdung vor, warum Sie dann stillgelegt haben und warum der Bericht Ihres Ministeriums noch immer nicht - nach vier Wochen! - vorliegt.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe - Unruhe)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Vielleicht ist

Minister Dr. Jochimsen)

en entgangen, daß die Kommission seit dem letzten Freitag arbeitet; es sind also nicht mehr als zwei Wochen.

(Hardt (CDU): Eben, eben! - Weitere lebhafteste Zurufe von der CDU)

an der Betreiber in den Tagen nach dem 4. Mai stets und ständig nur informiert, aber nichts, aber auch gar nichts vorläge, was auffällig, was ein besonderes Vorkommnis, und sich dann - am 30. Mai - durch eine zusätzliche Information des Betreibers selber herausstellt, daß der Vorgang technisch ein Fehler gewesen ist, und wenn sich jetzt am 3. Juni bestätigt, daß hier unbeabsichtigt Freisetzung erfolgt sind, die in jedem Falle strafbar sind, dann muß dies die Aufsichtsbehörde zu einer Reaktion führen,

(Zurufe und Lachen von der CDU)

rade aufgrund der Berichte. In einer solchen Situation hilft auch ein telefonischer Kontakt dann nichts mehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Reichel zu einer Zusatzfrage.

(Hardt (CDU): Über den Störfall ist doch am 8. Mai informiert worden! - Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe)

Reichel (F.D.P.): Herr Minister, können Sie uns, da Sie uns auf zwei Fragen hin nicht klären konnten, warum nicht schon bei Betriebsaufnahme des THTR eine Fernüberwachung installiert wurde, sagen, welche Schwierigkeiten bei der Information der Aufsichtsbehörde vermeidbar gewesen wären, wenn diese Fernüberwachung von Anfang an installiert gewesen wäre?

(Beifall bei der F.D.P.)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ich darf hier zunächst sagen: Die Fernüberwachung ist eine atomrechtliche Genehmigungsvoraussetzung. Die Mittel sind in den Haushalten der vergangenen Jahre eingestellt gewesen; aber wir wollten mit dem Fernüberwachungssystem Erfahrungen sammeln, um sie beim Aufbau für den THTR mit berücksichtigen zu können; dabei sind wir jetzt.

Auf der anderen Seite füge ich ein: Auch ein Fernüberwachungssystem löst nicht die Probleme der Kommunikation mit den Betreibern.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Paus von der Fraktion der CDU das Wort. Bitte sehr!

(C)

Paus (CDU): Herr Minister, Sie haben die Frage des Kollegen von Unger nicht konkret beantwortet. Er hatte Sie gefragt, ob die konkrete Vermutung, daß die radioaktive Wolke absichtlich abgeblasen wurde, von Ihnen stammt.

Ich frage Sie, auch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Sie hier von großer Sensibilisierung der Öffentlichkeit gesprochen haben: Stammt diese konkrete Vermutung von Ihnen? Oder hat der Redakteur der Westfälischen Rundschau in dem Zeitungsbericht vom 3. Juni eine Falschmeldung verbreitet?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Kollege Paus, das ist eine Falschmeldung. Wenn Sie nachlesen, was ich im Deutschlandfunk-Interview gesagt habe, wird vollständig klar, daß alle diese Vermutungen und Behauptungen von außen herangetragen sind, nicht wie sie geäußert haben, sie aber in die Untersuchung einbeziehen müssen, wenn sie denn einen Zweck verfolgen soll.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich rufe nun zu einer weiteren Zusatzfrage Herrn Abg. Kuhl auf.

Kuhl (F.D.P.): Herr Minister, da Ihre Informationspolitik gegenüber den Fragen meiner Kollegen Schaumann und Reichel nun wirklich nicht berauschend gewesen ist, will ich noch einmal ganz konkret nachfragen: Wie wäre die Information der Aufsichtsbehörde erfolgt, wenn die Fernüberwachung von Kernkraftwerken bereits in Funktion gewesen wäre? Ich möchte Sie bitten, doch jetzt einmal ganz konkret zu antworten.

(D)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Wir hätten dann Meßergebnisse vorliegen, deren Ausdruck Gelegenheit gäbe, konkrete Fragen zu stellen. Diese Meßergebnisse sind uns jetzt erst später vorgestellt worden, und sie enthalten natürlich immer Interpretationselemente. Das ist genau eine Frage, die hier aufgeklärt werden muß: ob nämlich die Meßgeräte richtig kalibriert sind, ob die Meßgeräte richtig instrumentiert sind und ob alle dazu nötigen Schritte erfolgt sind.

Das können Sie mit einer Fernüberwachung auch nicht aufklären, sondern nur, indem die atomrechtliche Aufsicht und der Betreiber im

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) vollen Informationsfluß auch über die Tatsache, daß bestimmte Dinge noch nicht aufgeklärt sind, offen miteinander reden.

Ich habe ja kritisiert - und dazu stehe ich - die scheinweise Information auf der Betreiberseite; die letzte Scheibe ist jetzt am 3. Juni auf den Tisch gelegt worden, woraus sich ergibt, wie die Betriebsstörung aussah und wie sie jetzt von seiten des Betreibers erklärt wird.

Da ist vorher immer Entwarnung gegeben und gesagt worden, es sei gar nichts daran. Es stellt sich heraus, daß es schon ein Vorgang ist, den ich nur als gravierend bezeichnen kann, der aufgearbeitet werden muß. Er muß in der Zukunft abgestellt werden, und daran arbeiten wir. Da müßte ja jeder an der Ursachenaufklärung höchstes Interesse haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Kollegen zu einer Zusatzfrage aufrufe, möchte ich Sie davon unterrichten, daß zur Zeit zwölf Abgeordnete aus Parlamenten von zehn Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika als Gäste bei uns weilen. Ich heiße die Damen und Herren in unserem Hause herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall - Die amerikanischen Gäste winken von der Zuschauertribüne.)

(B) Sie haben dem Beifall entnommen, daß Sie hier mit einem sehr herzlichen Gruß empfangen werden.

(Erneut allgemeiner Beifall)

Ich erteile nunmehr Herrn Kollegen Westermann zu einer Zusatzfrage das Wort.

Westermann (SPD): Herr Minister, da Herr Kollege Prof. Biedenkopf gerade schon angefangen hat, das, was die Schadensereignisse betrifft, zu relativieren, darf ich Sie doch - nach der Heftigkeit der Diskussion, die geführt worden und wo der Eindruck entstanden ist, als wäre die temporäre Abschaltung ein sehr gravierender Vorgang - jetzt fragen: Hat denn die temporäre Abschaltung dieses Reaktors erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen bzw. wird der Strom, der im Augenblick nicht produziert wird, an irgendeiner Stelle gebraucht?

(Lachen bei der CDU - von Unger (CDU): Er will Generaldirektor bei VEW werden.)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Wir sind in einem Probetrieb. Ich habe gestern abend eine Abwägungsentscheidung getroffen. Die Abwägung war, daß die Aufklärung der Sachverhalte durch die Untersuchungskommission vor dem wirtschaftlichen Interesse des Betreibers Vorrang haben muß.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Um eine weitere Zusatzfrage hat Herr Abg. Kniola gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

(Dr. Linssen (CDU): Er ist im Moment nicht da.)

- Er ist zur Zeit nicht im Raum. Dann erteile ich zu einer Zusatzfrage Herrn Abg. Dr. Pohl das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, noch zum Sachverhalt! Am 4. Mai hat der Reaktor in Hamm-Uentrop Radioaktivität abgegeben. Ist Ihnen bekannt, daß das danebenstehende Kohlekraftwerk generell mehr Radioaktivität abgibt?

(Minister Dr. Jochimsen nickt. - Lachen bei der CDU)

- Das ist Ihnen bekannt.

Herr Minister, dann darf ich eine weitere Frage an Sie richten. Gilt jetzt für die Landesregierung folgender Grundsatz: Da tut einer mehr, als er muß, jedenfalls er tut, was er muß. Aber wenn es um Kernenergie geht, dann handelt er in jedem Falle falsch und ist dann zu verurteilen?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Kollege Pohl, Sie sind hier wirklich auf dem Holzweg.

(Zustimmung bei der SPD)

Es geht darum, ob die Genehmigungsvoraussetzungen eingehalten sind oder nicht. Wir sind nach dem Atomgesetz gehalten, das Strahlenrisiko so gering wie möglich zu machen. Das ist geschehen. Da geht es um die Frage, ob das eingehalten ist oder nicht, und dieser Sachverhalt kann nicht mit anderen Ereignissen verglichen werden.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage geht das Wort an Herrn Abg. Radtke.

H-16

Dr. Jochimsen (SPD): Herr Minister, hat bei Ihren Gesprächen in den letzten zwei Tagen mit der Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH der Brief vom 12. Mai, Elfbrief an den Landtag Nordrhein-Westfalen, eine Rolle gespielt? Was haben die Betreiber zu der "bewußten Lüge gegenüber den Landtagsabgeordneten" gesagt, und wie können wir in Zukunft vor solchen Wahrheiten geschützt werden?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Es kann nicht meine Aufgabe sein aufzuklären, weshalb ein Betreiber zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Brief schreibt. Aber ich kann hier sagen: Dieser Brief war den Gesprächspartnern, mit denen ich in den letzten Tagen geredet habe, nicht bekannt. Das wirft ja doch ein Licht darauf, wie die Informationspolitik gehandhabt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg. Dr. Worms das Wort. - Hat sich erledigt. Frau Abg. Jochimsen!

Frau Robels (CDU): Herr Minister, Sie haben sicherlich die Presse heute verfolgt und wissen, daß die "Prawda" und andere Zeitungen aus dem Umland

(Heiterkeit bei der SPD)

aus anderen Ländern, Frankreich zum Beispiel - das Land Nordrhein-Westfalen zwischen beschuldigen, unseren Störfall mit Tschernobyl vertuschen zu wollen. Wann und wie wollen Sie auf diese ungeheuren Beschuldigungen reagieren?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Frau Kollegin Robels, ich bin für die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen im Lande Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Dieser Verantwortung möchte ich gerecht werden, und ich appelliere an alle Betreiber, Hersteller und an alle Mitarbeiter, mir dabei zu helfen. Die Frage, was die "Prawda" schreibt oder nicht schreibt, kann nicht Gegenstand meiner Tätigkeit sein. Es ist abwegig hier einen solchen Zusammenhang zu konstruieren.

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Wendzinski das Wort zu einer Zusatzfrage. - Ich darf Sie, Herr Kollege, darauf aufmerksam machen, daß im übrigen die Zahl der Wortmeldungen zur Dringlichen Anfrage des Herrn Kollegen Dr. Rohde damit erschöpft ist. Sie sind der letzte, nehme ich an. Bitte schön!

(Wendzinski (SPD): Herr Präsident, dann gehe ich zu der nächsten Dringlichen Anfrage über.)

- Kann ich das Einverständnis des Hauses feststellen, daß wir uns damit der Beantwortung der Dringlichen Anfrage des Herrn Kollegen Wendzinski zuwenden? (C)

(Zustimmung)

Sie haben das Wort; bitte schön!

Wendzinski (SPD): Herr Minister, da zu dem Betrieb des THTR auch die Nebenanlagen für die Zuführung und Abführung der entsprechenden Graphitelemete gehören, frage ich Sie, ob sich die in dem Schreiben vom 12. Mai erwähnte amtliche Überprüfung auch auf diese Nebenanlagen bezogen hat und diese Überprüfung der Nebenanlagen sozusagen in Unkenntnis des vorhergegangenen Störfalles geschah.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Was Sie im letzten Teil Ihrer Frage unterstellen, muß ich beim Betreiber jetzt als gegeben voraussetzen. Die Fragen, die wir gestellt haben, waren die Fragen, die in den Medien an uns gerichtet waren; aber sie waren nicht beschränkt. Wir haben nicht gefragt, ob ein Leck vorliegt oder ob ein Riß vorliegt, sondern wir haben auch gefragt, ob sonst etwas vorliegt, was zu einer Freisetzung führen könnte. Und dieser Teil der Antwort ist derjenige, mit dem ich mich im nachhinein nicht zufrieden geben kann.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Wendzinski zu einer Zusatzfrage!

(D)

Wendzinski (SPD): Herr Minister, gibt es bei den bisher aufgetretenen 21 Störungen des THTR im Versuchsstadium Störungen, die auch zu einer Filterbelastung geführt haben?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Ja.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Wendzinski zu einer weiteren Zusatzfrage!

Wendzinski (SPD): Der Beamte, der am 8. und 20. Mai im Ministerium informiert worden ist, hatte aber aufgrund der bereits früher aufgetretenen Filterbelastung keinen Nachfragebedarf zu der neuen Störung?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Da sprechen Sie den Vorgang an, daß bei der Beschickungsanlage bestimmte Probleme aufgetreten waren und der TÜV darüber einen Auftrag hatte, ihn abzuarbeiten. Man hatte den Glauben, daß dies im Zusammenhang beantwortet werden könnte. Es stellte sich aber heraus, daß am 4. Mai ein bis dahin noch nicht dagewesener

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Störungsfall aufgetreten ist, der aufgeklärt werden mußte. Insofern nützt die Antwort, die Sie sozusagen insinuierten, hier in diesem Zusammenhang überhaupt nichts. Denn am 4. Mai ist ja erstmals eine unbeabsichtigte Freisetzung auf einem nicht vorgezeichneten Wege erfolgt.

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Abg. Busch das Wort.

Frau Busch (CDU): Herr Minister, ich weiß nicht, ob ich das richtig verstanden habe. Insgesamt geht es Ihnen doch um die Gefahr für die Bevölkerung. Sie wollen die Bevölkerung schützen. Sie haben aber vorhin gesagt - wenn ich das tatsächlich richtig verstanden habe -, es sei Ihnen bekannt, daß das Kohlekraftwerk grundsätzlich höhere Werte hat. Und dann haben Sie gesagt: Aber das fällt ja nicht unter das Atomgesetz.

Kann das denn wirklich sein, daß Sie bei dem Kohlekraftwerk nicht aktiv werden, weil es unter einem anderen Gesetz steht, obwohl die Werte ja wohl höher sind, und das Atomkraftwerk abstellen, obwohl die Werte sogar darunter liegen? Das habe ich also wirklich nicht verstanden. Ich glaube, daß versteht auch kein Bürger hier in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Bitte sehr, Herr Minister!

- (B) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Frau Kollegin, wir ringen darum, die besten Umweltbedingungen zu erreichen, die Sicherheit der Bevölkerung bestens zu gewährleisten. Daß in der Bundesrepublik Deutschland bei der Atomenergie seit 1955 besondere Maßstäbe angewendet werden, weil wir ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleisten wollen, ist bekannt. Deshalb wollen wir bei den Genehmigungen die strengsten Maßstäbe anlegen, die wir anlegen können. Gerade beim THTR ist das ja auch eines der Elemente, das seine Vorzugswürdigkeit unterstreicht.

Die Frage, wie bestehende Kohlekraftwerke nachgerüstet werden müssen, ist ja im Augenblick Gegenstand einer sehr intensiven politischen Anstrengung.

(Zuruf der Frau Abg. Busch (CDU)
- Weitere Zurufe der CDU: Abstellen!)

In dieser Frage dürfen Sie den für die Atomenergie zuständigen Minister jetzt nicht überfordern.

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer Zusatzfrage Herr Abg. Dr. Schaumann! (C)

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Minister Heinemann, nachdem Ihr Kollege Jochimsen erklärt hat, daß die Prüfungen seitens der Aufsichtsbehörde noch nicht abgeschlossen sind, frage ich Sie, wie Sie als Minister die vorweggenommene Bewertung rechtfertigen, es handele sich bei diesem Vorfall um eine ausgemachte Sauerei.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister Heinemann!

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege, ich bin Ihnen für diese Frage sehr dankbar.

(Lachen bei F.D.P. und CDU)

- Hören Sie doch zu! Ich habe am Sonnabend auf einer Veranstaltung gesprochen und habe lediglich die Informationspolitik dieses Unternehmens zu kritisieren gehabt. Ich denke an die Aussage des Betreibers in der "Westfälischen Rundschau", und ich denke an den Brief vom 12. Mai, wo es so dargestellt wurde, als sei in diesem Unternehmen gar nichts geschehen. Wenn einen das nicht aufbringt, muß man in der Sache schon sehr verbohrt oder sehr abgestumpft sein. Ich habe mich jedenfalls dazu geäußert und bleibe bei meiner Meinung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage Herr Abg. Dr. Schaumann! (D)

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Minister, Sie scheinen keineswegs abgestumpft zu sein. Ich will mir eine Bewertung Ihrer Aussage hier ersparen. Ich frage Sie in zweiter Zusatzfrage: Haben Sie vor dem Zeitpunkt, als Sie diese Aussage und Bewertung vornahmen, Kontakt mit dem Betreiber aufgenommen?

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Schaumann, das war nicht möglich. Ich habe lediglich die Informationen der Öffentlichkeit gehabt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Betreiber bestreitet ja auch nicht, daß da einiges freigesetzt worden ist. Das ist ja nicht bestritten. Ich sehe den Zusammenhang zwischen dem Brief, zwischen der Veröffentlichung am 12. Mai und dem, was dann, durch Zufall bekanntgeworden, an die Öffentlichkeit gekommen ist. Aus dem Zusammenhang einer ungefähr 40minütigen Rede ist dieser Satz herausgenommen.

(Beifall bei der SPD)

H - 17

Vizepräsident Dr. Klose: Eine nächste Zusatzfrage Herr Abgeordneter von Unger!

eine solche Information der Öffentlichkeit hier herbeiführen wollen. (C)

von Unger (CDU): Da Sie, Herr Minister, im Zusammenhang mit der abgegebenen Freisetzung selber erklärt haben, die Größenordnung sei geringer als die des danebenstehenden Kohlekraftwerks, und sie sei wegen ihrer Winzigkeit, 1/500 Tausendstel jener, nicht meßbar im Rahmen der Tschernobyl-Belastung, da Sie selber bekräftigt haben, Sie seien gegen Panikmache, bleiben Sie dann dabei, diesen Vorfall weiterhin als Störfall zu bezeichnen, wie Sie das während Ihrer Ausführungen hier häufiger gemacht haben?

(Beifall bei der SPD - von Unger (CDU): Störfall oder nicht?)

- Ich habe hier von einer Störung gesprochen. Der Betreiber selber spricht von einer Betriebsstörung. Was streitig ist, Herr Kollege von Unger, - ich sage das zum dritten Mal -, ist, ob das ein meldepflichtiges Ereignis, ein besonderes Vorkommnis war, über das informiert werden mußte, oder ob das "business as usual" ist und da hat der Betreiber noch immer nicht die Einsicht gezeigt, die Besonderheit dieses Vorkommnisses so einzuschätzen, wie ich dies aus meiner atomrechtlichen Aufsichtsverantwortung einschätzen muß.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Kollege von Unger, ich habe die Bodenwerte ausdrücklich ausgenommen. Es geht um die Luftabgabe. Sie müssen bitte zur Kenntnis nehmen, daß es sich bei einem Atomkraftwerk um ein anderes großtechnisches Bauwerk handelt als bei einem Kohlekraftwerk oder bei einem chemischen Betrieb oder bei anderer Großtechnik.

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort zu einer Zusatzfrage Frau Abg. Thoben.

(Zurufe)

- Nein, aber nicht bei allen Fragestellern hier! Das Gefahrenpotential der Kernenergieanlage ist potentiell doch wesentlich größer, und der Reaktorunfall von Tschernobyl hat ja dieses Potential nicht nur aufgezeigt, sondern hat zu einer realen Belastung bei uns geführt. In dieser Situation stellt sich die Frage: Wie können wir wirklich sicherstellen, daß nur eine minimale Belastung, wenn sie denn unvermeidbar ist, auftritt?

Frau Thoben (CDU): Herr Minister, Sie haben eben deutlich gemacht, daß es sich bei dem, was in Hamm vorgefallen ist, um einen Vorfall in der Beschickungsanlage gehandelt hat. Können Sie bitte dem Hohen Hause darlegen, ob ohne Ihre Anordnung der Stilllegung die Beseitigung und die Forschung nach den Ursachen für den Vorfall an der Beschickungsanlage gefährdet oder erschwert worden wäre?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Die Gefährdung wäre nicht aufgetreten. Aber ich kann nicht verantworten, daß, bevor die Ursachen vollständig aufgeklärt sind, der Betrieb wieder hochgefahren wird. Das ist der Punkt. (D)

Nun der zweite Punkt!

(Zurufe)

- Ihre Fragen zwingen mich dazu, das so ausführlich zu machen. - Die Zusammensetzung der Radioaktivität, die aus einem Kohlekraftwerk austritt, ist eine andere, als die Zusammensetzung der Radioaktivität aus einem Kernkraftwerk. Das, was aus einem Kernkraftwerk austritt, kann man in Strahlenbelastungen messen. Man kann das aber auch in anderen Dingen messen. Aus Kohlekraftwerken treten natürliche radioaktive Stoffe, die in der Kohle enthalten sind, z. B. das Blei-Isotop, auf. Natürliche radioaktive Stoffe unterliegen nicht dem Atomgesetz. Von daher kann ich nur dringend dazu auffordern, hier nicht einen Popanz aufzubauen zwischen der Frage, was strahlt denn ein Kohlekraftwerk ab und was ein Kernkraftwerk? Sie sind auf einem Holzwege, wenn Sie

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zu einer weiteren Zusatzfrage Frau Abg. Thoben.

Frau Thoben (CDU): Ich nehme an, daß die Öffentlichkeit besonders interessiert, ob mit all dem, was in unserer Umgebung passiert, Gesundheitsgefährdung verbunden ist. Deshalb nochmals die Frage: Sie haben uns eben gesagt, wir sollten uns nicht auf Pressemeldungen verlassen. Sachstandsaufklärung, Kenntnisse, seien angebracht. Herr Heinemann, Sie berufen sich auf Presseveröffentlichungen. Halten Sie bei einem Minister andere Maßstäbe für angebracht als bei Abgeordneten?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

H-19

- A) Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Abgeordnete, ich halte sie für einen Minister auf keinen Fall für anders. Aber es handelt sich um ein wörtliches Zitat vom Betreiber, das ich aufgegriffen habe, und das vom Betreiber auch bis heute noch nicht widerrufen ist.

(von Unger (CDU): Das sind Zitate von Jochimsen, die der bestreitet!)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Zusatzfragen zu der Dringlichen Anfrage des Herrn Kollegen Wendzinski liegen nicht vor. Ich schließe damit die Fragestunde, weil der zeitliche Rahmen heute ausgeschöpft ist. Nach der Ankündigung des Präsidenten wird die Fragestunde morgen am Ende der vorgesehenen Tagesordnung fortgesetzt. Sollten sich im Hinblick darauf, daß einige Minister sich für morgen entschuldigen müssen, Änderungen ergeben, so wird das im Laufe des Tages geklärt werden.

J. 1

6. Auszug aus dem Landtagsprotokoll vom 10.7.1986

Frau Vizepräsident Friebe)

ich rufe nunmehr Punkt 4 unserer Tagesordnung auf:

Müggelhaufen-Reaktor-Linie für Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/1082

1. Verbindung damit:

Steuerveränderung in der Energiepolitik - Zukunft von SNR 300 und THTR 300

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/1115

Meine Damen und Herren! Zur Begründung des Antrags der Fraktion der F.D.P. erteile ich jetzt Herrn Abg. Dr. Rohde das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen zunächst einmal ganz ausdrücklich danken, daß es möglich war, hier eine solche Erklärung abzugeben, wie Sie das eben getan haben.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geschieht bestimmt selten, daß eine Oppositionsfraktion den Landtag um die Zustimmung der Mehrheitsfraktion zu einer Erklärung eines Regierungsmitglieds bittet. Die F.D.P. bittet also die SPD in diesem Hause, die Erklärung ihres Wirtschaftsministers - der ja noch von Ihnen gestellt wird - zu unterstützen, nämlich dem Satz zuzustimmen: "Die Hochtemperatur-Reaktor-Technologie ist und bleibt innerhalb der Kerntechnik eine vorzugswürdige und sichere Linie."

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Opposition stützt also den Wirtschaftsminister und hilft ihm, obwohl er ja gestern einige sehr unfreundliche Anmerkungen im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsaufgabe "regionale Wirtschaftsförderung" zur Bundes-

regierung, insbesondere zu Martin Bangemann, gemacht hat. Dazu drei Sätze! (C)

Erstens: Wesel, Euskirchen, Mönchengladbach sind zwar hinausgeflogen, aber deshalb, weil die Lage sich dort verbessert hat - natürlich dank der guten Politik der Bundesregierung. Detmold, Coesfeld, Soest und Bocholt sind aufgenommen worden, weil sich die Lage dort verschlechtert hat - dank Ihrer Politik, versteht sich.

Zweitens: Herr Bangemann hat vorgeschlagen, Gelsenkirchen, Dortmund und Duisburg in die Regelförderung aufzunehmen, aber der Wirtschaftsminister dieses Landes hat ja da auf alles oder nichts gespielt und wollte Bochum auch mit hineinnehmen. Und dann ist er eben gescheitert, auch an den B-Ländern, weil er schlecht verhandelt hat.

Drittens: Wenn Dortmund und Duisburg noch in die Übergangsregelungen hineingenommen worden sind, Herr Minister Jochimsen - ich denke, der Dankesbrief an Martin Bangemann geht heute von hier ab.

(Beifall bei der F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

Trotzdem unterstützen wir Sie, Herr Jochimsen, in unserer Großzügigkeit, weil Sie wirklich auch noch Mut bewiesen haben mit Ihrer Erklärung vom 24. Juni 1986.

Erstens: Darin haben Sie ausgeführt, Sie wollten die Option "Nutzung der Kernenergie für die Kohle" aufrechterhalten. - Jetzt entnehmen wir dem SPD-Antrag, daß Sie aus dieser Option aussteigen sollen, die ja alleine eine neue Zukunft für die Ruhrkohle verspricht. (D)

Zweitens: Der Wirtschaftsminister hat in dieser Erklärung gesagt, er messe der HTR-Technologie bestimmte Sicherheitsvorteile zu, die bei Weiterentwicklung der HTR-Linie noch stärker zur Geltung gebracht würden. - Die SPD, jetzt wieder in ihrem Antrag, wirft alle Kerntechnologien in einen Topf und ist nun offenbar gewillt, die notwendige Unterstützung für die notwendige Weiterentwicklung der HTR-Technologie zu stoppen.

Drittens: Herr Jochimsen sieht die HTR-Technologie als Schritt auf einem längeren Weg zur Nutzung der nuklearen Prozeßwärme. - Sie wollen dieser Technologie keinen längeren Weg zur Nutzung nuklearer Prozeßwärme gestatten. Sie wollen aussteigen.

Viertens: Besonders bemerkenswert fand ich Ihre Erklärung, Herr Jochimsen, vom

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) 24. Juni, weil Sie in ihr nämlich wörtlich gesagt haben:

Sollte jedoch die Diskussion über die künftige Energiepolitik erweisen, daß für einen längeren Zeitraum Kernenergie genutzt werden muß, weil ein Umsteigen derzeit nicht oder nicht im gewünschten Ausmaß möglich ist, dann käme gerade dieser HTR-Technologie eine besondere Bedeutung unter Sicherheitsaspekten zu. Denn HTR-Reaktoren lassen sich sehr viel sicherer bauen als Leichtwasserreaktoren. Und je kleiner die Anlagen im Einzelfall werden, um so sicherer lassen sie sich bauen und betreiben.

Das steht ja auch wiederum im Gegensatz zur Meinung der Mehrheitsfraktion, die ja nicht bereit ist, eine Diskussion darüber abzuwarten, ob ein Ausstieg überhaupt möglich ist. Sie haben den Ausstieg schon beschlossen, ohne darzulegen, daß es Alternativen gibt. Da muß man einmal wiederholen, was der Kollege Meyer von der IG Bergbau gesagt hat: "Kernige Sprüche ersetzen keine Kernenergie. Mit pathetischen Resolutionen kann man keinen Strom produzieren." Das ist auch eine Erklärung, der wir uns ausdrücklich anschließen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) Also können wir als Opposition nur feststellen: Die Mehrheitsfraktion läßt ihren eigenen Wirtschaftsminister im Stich. Wir wollen das nicht tun. Wir wollen auch die IG Bergbau, wir wollen auch die Betriebsräte und Arbeitnehmer bei VEW und RWE weiter unterstützen, die von Ihnen verraten und verlassen werden.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Also, Herr Minister Jochimsen, so leid uns das tut: Mit dem Gegenantrag der SPD-Mehrheitsfraktion haben Sie die Schlacht um die HTR-Technologie verloren. Ihre Fraktion wahrt noch formal die Solidarität, aber die Bataillone stehen längst woanders. Sie stehen dort, wo Ihre heimlichen Bündnispartner von morgen, die Grünen, bereits Stellung bezogen haben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zuruf von der SPD: Das hätten Sie gerne!)

Daß Ihre Ministerkollegen Zöpel und Matthiesen - Heinemann kann man ja wohl nur noch am Rande erwähnen - Sie längst im Stich gelassen haben, mag noch angehen; aber ich denke, Sie sollten sich die Frage stellen, wo eigentlich Ihr Ministerpräsident steht. Wo ist

denn eigentlich die Meinungsführerschaft eines Kandidaten, der sich anschickt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden?

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Da ist doch - wir können es ja jeden Tag in der Presse lesen - ein Amoklauf ausgebrochen: Wer steigt am schnellsten aus der Kernenergie aus? Ich glaube nicht, daß der Dambruch bei Ihnen noch aufzuhalten ist. Ich bin mir auch gar nicht sicher, ob die Beschreibung der neuen SPD-Position zur Kernenergie eine Hilfe für Sie sein wird; denn wenn das Problem der Seriosität anzusprechen ist - und das wird ja immer mehr angesprochen: Haben Sie denn eigentlich Alternativen? Wie können Sie denn aussteigen, ohne Alternativen zu haben? -, so müssen Sie sich eben den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie die Leute verschaukeln, daß Sie weiße Salbe anbieten, aber nicht in der Lage sind, Ersatz für die Kernenergie anzubieten.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Mit "Ausstieg statt Umstieg", "Einstieg zum Umstieg" oder auch "Umsteuerung in den Ausstieg" kann ein Artist leben, aber kein verantwortlicher Politiker. Das ist eben keine Meinungsführerschaft. Wenn Sie also keine Alternative zur Kernenergie haben - und Sie haben keine -, dann könnten Sie im Grunde auch dem Programm, das uns hier vorgestellt werden soll, nämlich Zug um Zug auszusteigen, nicht zustimmen, genausowenig wie Herr Jochimsen dann den SPD-Antrag von heute unterstützen kann.

Herr Ministerpräsident, Sie haben - und deswegen will ich noch einmal auf die Reise nach Moskau zurückkommen - in Moskau erklärt: "Ich habe die Nutzung und Hilfe der Kapazitäten Nordrhein-Westfalens in der Atomindustrie und -forschung angeboten. Unser Land hat hier viel zu bieten." - Dazu möchten wir von Ihnen wissen: Hat Herr Gorbatschow Sie nicht gefragt: "Wieso bieten Sie eigentlich uns in Moskau Technologien an, von deren Zukunft Sie im eigenen Land überhaupt nichts mehr halten?"

(Zustimmung bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Sie sind doch sicherlich auch von Ihren russischen Gesprächspartnern immer wieder gefragt worden: "Wie wollt ihr uns, den Russen, eigentlich sichere Nachrüstung verkaufen, wenn ihr selbst aussteigen wollt? Wie soll die Sowjetunion mit euch in

3-4

Dr. Pohde (F.D.P.):

Nordrhein-Westfalen oder in der Bundesrepublik eigentlich Sicherheitsstandards vereinbaren, wenn ihr selbst, und an der Spitze der neue Kanzlerkandidat, diese Technik für unsicher haltet? Wieso eigentlich Zusammenarbeit in der Kernfusion, wenn ihr aussteigt, die Kernenergie also gar nicht weiterentwickeln wollt? Warum sagt uns denn die Landesregierung, der Bundeskanzler, zusammen mit Professor Schulten, Außenminister Fischer, der HTR sei sicher, wenn diese High-Tech made in NRW im eigenen Lande überhaupt nichts mehr gilt?

(Beifall bei der F.D.P.)

„Für wie blöd müßt ihr uns Russen halten, wenn wir von euch etwas kaufen sollten, was ihr selbst nicht wollt?“ Ich bin gespannt, Herr Ministerpräsident, was Sie daraufhin Ihren Gesprächspartnern geantwortet haben.

Sie müssen sich eigentlich die von Ihnen immer wieder gepriesenen Anlagenbaueröhnen, von deren Anlagen Sie im eigenen Land nichts halten? Was sagen Sie den Arbeitern in den Betrieben von KWU über BBC bis zu Interatom, denen Sie ja vorwerfen, ihrer unverantwortlichen Arbeit nachzugehen? Was sagen Sie den Wissenschaftlern in Jülich oder an den Hochschulen dieses Landes, die an der friedlichen Erforschung der Kernenergie festhalten? Haben die alles falsch gemacht? War das alles umsonst, was in Jülich gearbeitet worden ist? Was sagen Sie den vielen Unternehmensleitungen, den Betriebsräten, die seit Jahren die Zukunft an der Uhr in der Ehe von Kohle und Kernenergie sehen? War das alles Bluff, sind die alle abgelenkt worden?

Und was Süddeutschland angeht: Müssen nun alle Technologien nach Süddeutschland gehen, um da noch eine Zukunft zu haben? Die Frage geht weiter: Hat die Kerntechnologie in Nordrhein-Westfalen überhaupt noch eine Zukunft? Was macht der Wirtschaftsminister mit den Anträgen, die ihm vorliegen, von KWU und Interatom oder von BBC unter Leitung einer Betreibergesellschaft, unter Vorsitz des früheren Vorsitzenden der Ruhrkohle, Bund? Was sagen Sie denen eigentlich?

Warum haben Sie das Hearing im Mai abgesetzt? Soll das im Herbst wiederholt werden? Was wollen Sie denen eigentlich sagen: daß die ganze HTR-Technologie keine Zukunft mehr hat? Gibt es jetzt also in Nordrhein-Westfalen keine Gelder mehr für High-Tech made in NRW? Und wie sollen die Unternehmen, die Tausende von Arbeitsplätzen bieten, noch existieren, wenn die eigene Landesregierung ihnen keine Zukunft mehr gibt?

Gilt das eigentlich noch, was im April unter dem Beifall aller Parteien hier gesagt worden ist, NRW werde sich auch künftig an einer zukunftsgerichteten Weiterentwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie beteiligen? Sie sind doch dabei und bereit, aus dem nationalen energiepolitischen Konsens Kernenergie und Kohle auszusteigen. Ausgerechnet das Land, das diesen nationalen Konsens am meisten braucht, steigt aus. Das ist doch wirklich der wahre Skandal in diesem Lande!

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Also müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, ob Sie nicht aus tagespolitischen, opportunistischen Gründen die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen verraten.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Doppmeier (CDU): Das wäre aber nichts Neues!)

Wir sind also sehr gespannt darauf, verehrter Herr Wirtschaftsminister, verehrter Herr Ministerpräsident, ob Sie hier Ihrer eigenen Erklärung zustimmen, die wir zur Abstimmung gestellt haben, oder ob Sie sich schon wieder nicht an die Erklärung halten, die Sie ein paar Tage vorher abgegeben haben. Die Konsequenzen wird er ja ziehen müssen; denn der Gegenantrag der SPD stellt seine Erklärung in die Ecke, entwertet sie, verrät sie.

Es wäre schädlich für unser Land, wenn sich mit dem Gegenantrag der Mehrheitsfraktion das Land Nordrhein-Westfalen verabschieden würde aus einer Technologie, die alle Parteien seit Jahren gemeinsam gefordert haben. Deswegen sagen wir, wir unterstützen die klare Aussage von Wirtschaftsminister Jochimsen. Wir bitten die SPD-Mehrheitsfraktion, wir bitten die Landesregierung, ihrer eigenen Aussage zuzustimmen, sich an ihre eigene Erklärung zu halten - und deswegen unser Antrag.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Zur Begründung des Antrags der SPD erteile ich Herrn Abg. Maedge das Wort.

Maedge (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat es ja schon am 4. Juni in diesem Hause unter dem Eindruck des schrecklichen Ereignisses von Tschernobyl eine ausführliche Debatte gegeben. Dabei sind die Folgerungen, die die einzelnen Fraktionen aus diesem Ereignis ziehen wollten, diskutiert worden. Jede Fraktion hatte auch dazu einen Antrag

(C)

(D)

(Maedje (SPD))

- (A) eingebracht; der der Mehrheitsfraktion wurde angenommen. Deshalb, Herr Kollege Dr. Rohde, halte ich Ihren Antrag und den Beitrag, den Sie hier geleistet haben - vorsichtig formuliert -, für etwas scheinheilig; denn alles das, was in unserem heute zur Diskussion stehenden Antrag zum Ausdruck gebracht wird, stand schon in dem Antrag am 4. Juni. Er ist heute präzisiert worden. Ich komme darauf gleich noch einmal zurück. Also das, was Sie heute vorgetragen haben, hätten Sie bei der Debatte am 4. Juni genau schon so vortragen können. Daran gibt es, was die Haltung der Mehrheitsfraktion angeht, keine Änderung.

Jede Fraktion hat für sich in Anspruch genommen, weiter über dieses wichtige Thema nachdenken zu wollen. Wir hätten das auch alle zusammen besser getan, als über diesen dünnen Antrag der F.D.P. heute reden zu müssen. Glauben Sie doch nicht ernsthaft, Herr Dr. Rohde, über ein solches "Anträgelchen" zwischen den Wirtschaftsminister und die Regierungsfraktion einen Keil treiben zu können; das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Der Antrag ist einer aus der Dutzendware der F.D.P.-Anträge der letzten Woche, mit denen wohl die Daseinsberechtigung verstärkt nachgewiesen werden soll. Ich kann Ihnen einen guten Rat geben: Die CDU hat es in der vergangenen und auch in dieser Wahlperiode nicht zustande gebracht, ihre eigenen wirtschafts- und energiepolitischen Vorstellungen zu formulieren. Die Ergebnisse der letzten Wahl waren darauf eine Antwort. Es genügt eben nicht, Berichte anzufordern und Kritik an der Regierung zu üben - das können wir im Bedarfsfall auch selber -; nach meiner Auffassung sollte die F.D.P. vielmehr ihre eigenen energiepolitischen Vorstellungen zum Tragen bringen, damit wir Gelegenheit haben, darüber hier im Landtag ernsthaft zu diskutieren.

(Dr. Linssen (CDU): Das kommt in dem Antrag voll zur Geltung!)

So, wie Sie es bis jetzt gemacht haben, erleichtern Sie uns - das muß ich Ihnen sagen - das Geschäft als Regierungsfraktion ungemein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir von der SPD-Fraktion beschließen nicht, welche Aussagen von Regierungsmitgliedern richtig oder falsch sind, sondern wir erfüllen unseren parlamentarischen Auftrag und treffen energiepolitische Entscheidungen zum Wohle der Bürger unseres Landes.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf des Abg. Nagel - (CDU))

- Ich komme darauf zurück. Alles mit der Ruhe, Herr Nagel! - Deshalb werden wir auch - das möchte ich an dieser Stelle schon sagen - den Antrag der F.D.P. ablehnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

- Ich komme darauf zurück. Ganz mit der Ruhe!

Um aber nicht mißverstanden zu werden und um alle Zweifel zu beseitigen, haben wir einen eigenen Antrag eingebracht,

(Aha! bei der CDU)

der auf dem Beschluß des Landtags vom 4. Juni dieses Jahres aufbaut, ihn präzisiert und dabei auch das "Anliegen", wenn ich das einmal in Gänsefüßchen setzen darf, der F.D.P. berücksichtigt. Ich will diesen Antrag in der gebotenen Kürze erläutern.

Meine Fraktion, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat bereits mit dem genannten Beschluß des Landtags vom 4. Juni 1986 ein klares Bekenntnis zum Ausstieg aus der Kernenergie gegeben. Schon lange zuvor hatte die SPD stets betont, daß die Sicherheit beim Einsatz der Kernenergie absoluten Vorrang haben muß. Wir haben zwischenzeitlich feststellen müssen, daß zu einer sicheren und endgültigen Beseitigung des Atommülls, der für viele Generationen eine Gefährdung bedeutet, jahrelang keine Fortschritte erzielt wurden. Das bedeutet: Die Entsorgungsfrage ist bis heute ungeklärt.

(von Unger (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Die Frage nach der Beherrschbarkeit der Kernenergie wurde durch die Katastrophe von Tschernobyl mit neuer Dramatik gestellt. Die Risiken der Kernenergienutzung sind nach der Tschernobyl-Katastrophe anders einzuschätzen, auch wenn für deutsche Kernkraftwerke strengere Sicherheitsanforderungen gelten. Das verbleibende Risiko ist grundsätzlich nicht mehr mit der Notwendigkeit einer Strombedarfsdeckung zu rechtfertigen. Die Kernenergie ist zur Energieerzeugung nur noch übergangsweise notwendig.

Ich möchte mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus dem Beschluß des Landtags vom 4. Juni 1986 zitieren. Darin heißt es - insofern auch meine Eingangsbemerkung, Herr Dr. Rohde, daß hier heute nichts Neues auf dem Tisch liegt -:

Der Landtag fordert eine Energiepolitik, die den Anteil der Kernenergie an der

(C)

(D)

7-6

(Maedge (SPD))

Stromerzeugung Zug um Zug vermindert. Es bleibt das Ziel, die Kernenergie auf absehbare Zeit überflüssig zu machen. Die Voraussetzungen und Fristen dafür sind möglichst bald in einem Stufenplan festzulegen.

So weit ein Zitat aus dem Beschluß vom 4. Juni dieses Jahres.

(von Unger (CDU): Das ist Ihr Beschluß, aber nicht unserer!)

- Sie gehören dem Landtag doch an, oder? Deswegen meine ich, daß auch der Beschluß des Landtags vom 4. Juni 1986 für Sie bindend ist. Sie können eine andere Meinung haben; dagegen ist überhaupt nichts zu sagen. Aber Sie müssen sich natürlich anrechnen lassen, daß Sie dem Landtag angehören. Ich nehme an, das wollen Sie auch in Zukunft noch.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Der ist aber nicht bindend! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Der Beschluß gilt für den Landtag. Das hat der Landtag entschieden.

(Erregte Zurufe der Abgeordneten Frau Thoben, Dr. Linssen und Schauerte sowie weiterer Abgeordneter der CDU - von Unger (CDU): Was gilt denn der Minderheitenschutz in diesem Hause?)

- Herr von Unger, ich weiß gar nicht, weshalb Sie sich darüber aufregen. Sie stellen einen Antrag, die anderen Fraktionen stellen einen Antrag, und derjenige Antrag, der die Mehrheit findet, ist angenommen. Dann gilt dieser Beschluß für das ganze Haus.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich weiß nicht, was diese Zwischenrufe sollen.

(Dr. Linssen (CDU): Das wissen Sie besser als wir! - Zahlreiche Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Maedge (SPD): Herr Schauerte, Sie können das gleich alles noch erläutern; ich verstehe Ihre Zwischenrufe nicht.

In dem jetzigen Antrag wird diese Forderung wiederholt - ich sagte es schon -, und es

wird präzisiert, daß dem Landtag bis Mitte 1987 ein solcher Stufenplan vorgelegt werden soll. Auch das könnte ich Ihnen noch erläutern, aber Sie haben den Text vorliegen; ich will darauf verzichten.

(C)

Wir wollen dann - auch das steht in diesem Antrag - anhand konkret genannter Wege - man kann auch sagen: Pfade - und Berechnungen über Zeitziele für den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie sprechen und dabei die Bedingungen erörtern. Dabei wird natürlich die Sicherheit der Versorgung mit Strom ebenso eine Rolle spielen wie der Einsatz alternativer Energien; die Wirtschaftlichkeitsfragen werden ebenso eine Rolle spielen wie Probleme der Entschädigung, nationale und internationale rechtliche Bindungen bis hin zum Euratom-Vertrag, der uns ja derzeit noch zur friedlichen Nutzung der Kernenergie verpflichtet. All das ist bekannt. Vor allem wird es aber darauf ankommen, dann zu klären, welche Konsequenzen sich für die Arbeitsplätze ergeben.

Deshalb reden wir nicht, wie opportunistischerweise immer gesagt wird, von einem kurzfristigen Ausstieg aus der Kernenergie mit präziser Angabe der Jahreszahl, sondern von Zielen, meine Damen und Herren von der Opposition, deren Verwirklichung bald begonnen werden soll. Um bei dieser wichtigen Frage glaubwürdig zu bleiben, soll dies eben über einen solchen Stufenplan einschließlich der Bedingungen nachvollziehbar gemacht werden.

(Kuhl (F.D.P.): Für welchen Unterbezirk sprechen Sie denn jetzt? - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

(D)

- Für die Landtagsfraktion, wenn Ihnen das noch nicht bekannt sein sollte.

Zweifellos ist dies eine große Aufgabe. Aber ist es denn nicht auch für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, eine Herausforderung besonderer Art, bei einem klaren Ja zu der modernen Industriegesellschaft und einem klaren Ja zur Weiterentwicklung der Technik im Interesse der Menschen ein deutliches Nein zu formulieren, wenn die Anwendung einer Technik Gefahren in sich birgt, die letztlich täglich zu einer Katastrophe eines Ausmaßes führen kann, das in Tschernobyl noch nicht einmal erreicht worden ist? Ich meine, das müßte Sie doch nachdenklich stimmen. Eine solche Technik kann doch nicht im Interesse der Menschen liegen.

Ich füge hinzu: Eine Vorstellung von einem Leben mit all seinen modernen Errungenschaften, aber ohne permanente Bedrohung durch

(Haerige (SPD))

- A) die mit der Kernenergie verbundenen Risiken sollte ein Ziel für alle relevanten politischen Kräfte sein.

Kein Zweifel: Die Entscheidung für die Umsteuerung in der Energieversorgung ist uns nicht leichtgefallen. Das hat Herr Professor Farthmann bereits in der Debatte am 4. Juni gesagt. Sie bedeutet sehr viele schwierige politische und wirtschaftliche Folgeentscheidungen, und sie wird Opfer von uns allen verlangen.

Wir sehen aber auch Chancen für die Kohle und für das Energiezentrum Nordrhein-Westfalen, in dem bereits heute ein Drittel der Umweltschutzproduktion der Bundesrepublik angesiedelt ist.

Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, daß Nordrhein-Westfalen diese Chancen wahrnimmt,

(Schauerte (CDU): Die reden sie kaputt!)

Chancen vor allem für neue Arbeitsplätze.

Die Ernsthaftigkeit des Willens zum Ausstieg aus der Kernenergie muß natürlich deutlich werden. Der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft wäre eine zusätzliche Gefahrenquelle innerhalb der Kernenergienutzung.

(Dr. Linssen (CDU): Die haben wir doch längst, die Plutoniumwirtschaft!)

(B)

Deshalb ist es folgerichtig, sich gegen die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar auszusprechen. Darum wird dies auch in unserem Antrag konsequenterweise benannt.

(Elfring (CDU): Hätten Sie das nicht auch zehn Jahre eher tun können?)

- Nein. Wir haben nun für uns, Herr Kollege Elfring, deutlich gemacht, daß wir zwischenzeitlich gelernt haben, aber ich kann nur empfehlen: Lesen Sie all das, was am 4. Juni zu dieser Frage schon gesagt worden ist, noch einmal nach. Ich will das nicht im einzelnen wiederholen, sondern möchte nur in Ergänzung dazu etwas sagen,

(Elfring (CDU): Helmut Schmidt läßt grüßen!)

weil es von der F.D.P. angesprochen worden ist und wir in Ergänzung zu dem F.D.P.-Antrag einen eigenen Antrag eingebracht haben.

Die Gefahren bei der Nutzung vorhandener kerntechnischer Anlagen müssen so gering wie möglich gehalten werden. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt unseres Antrages. (C)

Deshalb begrüßen wir natürlich die Absicht der Landesregierung, alle Kraftwerksanlagen einer sicherheitstechnischen Überprüfung zu unterziehen - und das gilt auch für den Hochtemperaturreaktor. Ich bin sicher, daß dabei der Hochtemperaturreaktor und damit auch die Hochtemperaturreaktorlinie die vorzugswürdige und sichere Linie bleibt und deshalb bei einem Ausstiegsplan der HTR als letzter vom Netz gehen wird.

(Dr. Linssen (CDU): Dann müßt ihr jetzt erst einsteigen! Was für ein Quatsch!)

Die SPD-Fraktion und Professor Jochimsen sind da einer Meinung. Wenn sich allerdings - das möchte ich hinzufügen - bei der sicherheitstechnischen Überprüfung, von der wir ausgehen, daß sie durchgeführt wird, neue Erkenntnisse ergeben sollten - dafür müssen wir offen sein -, dann müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden.

Herr Dr. Rohde, Sie haben eben von einem notwendigen Konsens in der Energiepolitik gesprochen. Wir sehen das natürlich genauso. Ich hoffe, wir werden auch in Zukunft noch die Chance haben, uns über diesen Konsens zu verständigen. (D)

(Dr. Rohde (F.D.P.): Sie zeigen das aber nie!)

- Na ja, nun hören Sie doch einmal zu, Herr Kollege. Nach Tschernobyl haben sich alle Fraktionen im Landtag zur künftigen Energiepolitik vorsichtig geäußert. Das war eine erste Gemeinsamkeit. Die F.D.P. schließt ab dem Jahre 2000 einen Ausstieg aus der Kernenergie nicht aus. Ich habe das Protokoll nachgelesen, Herr Dr. Rohde. Sie hatten dort einen kleinen Dialog mit dem Herrn Ministerpräsidenten und haben am Schluß bestätigt - so das Protokoll -, daß das genau Ihre Politik sei. Auch Professor Biedenkopf - schade, daß er nicht hier ist -

(Evertz (CDU): Der kommt eher, als es Ihnen lieb ist!)

sprach sich unter dem Eindruck des Tschernobylereignisses dafür aus - ich darf zitieren -:

(Zuruf von der CDU)

- Das paßt Ihnen nicht, was?

(SPD)

auf Energie aus Atomkraft langfristig zu verzichten und deshalb die derzeitige Nutzung der Kernenergie Schritt für Schritt zu verringern.

Das ist ein wörtliches Zitat. Ich nehme an, daß er nach wie vor dazu steht.

(Dr. Linssen (CDU): Damit haben wir keine Probleme!)

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Linssen.

(Dr. Linssen (CDU): Wir sind eben ehrlich!)

Mein Beitrag von Professor Biedenkopf vom 4. Juni, über den ich mich auch daran erinnern - mit viel Beifall aus den Reihen der Oppositionsfraktion bedacht worden war, habe ich auch nachgelesen, aber außer einer Forderung nach mehr Nachdenklichkeit habe ich nichts gefunden. Das war rhetorisch sicherlich sehr glanzvoll; das sind wir gewohnt, und das muß man ja auch anerkennen. Auf der anderen Seite ergab sich beim Nachlesen jedoch wenig Konkretes.

(Nagel (CDU): Das kann am Leser und Zuhörer liegen!)

Das unterstelle ich, das möchte ich mir auch selbst zubilligen, daß diese Möglichkeit besteht. Aber, Herr Nagel, vielleicht beruhigt Sie das und ist das vielleicht eine bessere Erklärung: Ich habe mir noch einmal einen Presseartikel der "NRZ" vom 15. Mai - vielleicht hat es auch andere gegeben - angesehen, der kurz nach seiner hier zitierten Äußerung herausgekommen ist. Es ist wohl Herr Schäuble bei ihm in Düsseldorf gewesen und hat ihn, was seine Äußerung angeht, offensichtlich zurückgepfiffen. Er mußte dann Bundeskanzler Kohl zitieren, nämlich daß er noch für die Kernenergie sei. Ich kann ihm nur sagen und raten - schade, daß er nicht hier ist -, er soll sich doch zumindest von seinen Bonner Freunden nicht das Denken verbieten lassen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube, da ist er doch Manns genug, das auch in Zukunft weiter zu tun.

Ich sehe also mit Interesse, daß es sowohl in der F.D.P.-Fraktion wie auch in der CDU-Fraktion eine Menge an Nachdenklichkeit gibt, was den künftigen Einsatz der Kernenergie angeht.

Wenn ich außerdem bedenke, daß die derzeitige Versorgungsstruktur keinerlei neue

Kernkraftwerke erfordert, so frage ich mich ernsthaft, warum wir uns denn nicht auf den Antrag der SPD-Fraktion von heute verständigen können. Wenn Ihnen das aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist, meine Damen und Herren von der Union und von den Freien Demokraten, so laden wir Sie ausdrücklich zum Dialog ein. (C)

Wir haben in dem Antrag deutlich gemacht - und die Landesregierung hat es schon erklärt und wird es auch noch erklären -, daß sie spätestens Mitte 1987 - also nach der Bundestagswahl; wenn sich die Aufgeregtheiten wieder gelegt haben - einen Stufenplan zum Ausstieg aus der Kernenergie vorlegen soll.

(Evertz (CDU): Da wird der Stufenplan zum Einstieg verkündet!)

Spätestens dann werden wir Gelegenheit haben, über die unterschiedlichen Annahmen, über die Berechnungen, über die Pfade und Wege im einzelnen miteinander zu streiten. Ich freue mich wirklich darauf zu erfahren, wie dann die Haltung der Opposition sein wird. Ich hoffe, daß es dann, Herr Kollege Dr. Rohde, möglich sein wird, den Konsens, von dem Sie eben gesprochen haben, wieder zu erreichen. Ich sehe dazu Ansätze und würde mich freuen, wenn Sie auch auf diesem Weg zu mehr Realität kommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Dr. Worms von der Fraktion der CDU das Wort. (D)

Dr. Worms (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte ist überschattet von dem Mord an Herrn Beckurts und seinem Fahrer. Wir danken ihm für seine Arbeit als Vorstand der Kernforschungsanlage Jülich, die er dort für unser Land und für die Bürger unseres Landes verrichtet hat.

(Allgemeiner Beifall)

Für meine Fraktion danke ich allen im Hohen Hause, daß wir seiner und seines Fahrers eben ehrend gedacht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In meiner Antwort auf die Regierungserklärung vom 4. Juni 1986 in diesem Hohen Hause habe ich gesagt, daß wir die Sorgen, die Unruhe und die Ängste der Menschen in unserem Lande als Reaktion auf den Kernkraftwerksunfall in Tschernobyl sehr ernst nehmen. Dies, meine Damen und Herren, gilt auch

(Dr. Werner (CDU))

- (A) heute noch uneingeschränkt. Die Diskussionsgrundlage zum Thema "Friedliche Nutzung der Kernenergie nach Tschernobyl" ist selbstverständlich nicht mehr die gleiche wie vorher. So stimme ich unserem Bundespräsidenten uneingeschränkt zu, wenn er sagt, es hieße unseren Glauben an den Fortschritt leugnen, wenn wir uns nicht eine Zukunft auch ohne die derzeitige Kernenergie in Form der Spaltung vorstellen könnten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber, meine Damen und Herren - und ich bin sehr froh über die heutige Debatte - noch gibt es keine brauchbare Alternative zur Kernenergie. Wir erreichen sie ganz sicher auch nicht dadurch, daß wir mit verbaler Kraftakten maximale Ausstiegsforderungen aufstellen.

(Erneuter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ihr Verhalten, Herr Ministerpräsident, das Verhalten Ihrer Regierung, die Art und Weise, wie Sie versuchen, die Menschen in unserem Lande in einer für uns alle so lebensnotwendigen und existentiellen Frage in die Irre zu führen, wird zur Kernfrage für Ihre politische Glaubwürdigkeit auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf werden.

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD) - Beifall bei der CDU)

- (B) Herr Kollege Maedge, wir werden es eben nicht hinnehmen, daß Sie mit einem weder technisch noch wirtschaftlich noch arbeitsmarktpolitisch zu verantwortenden Ausstieg, Umstieg oder Einstieg in den Ausstieg aus der Kerntechnik, sogar aus der Hochtemperaturreakorteknik, die Zukunft des Ruhrgebietes, die Zukunft unseres Landes und damit auch die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland willkürlich aufs Spiel setzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich darf hier zurückkommen auf meinen hochverehrten Vorgänger, Herrn Köppler. Er hat damals schon in einer Energiedebatte ausgeführt:

Unser Land Nordrhein-Westfalen ist das Energiezentrum der Bundesrepublik Deutschland. Die Erzeugung von preisgünstiger Energie ist eine entscheidende Voraussetzung für die Wirtschaftskraft unseres Landes.

Darum lassen sich an Ihrer Haltung zur Kernenergie die mangelnde politische Durch-

setzungsfähigkeit dieser Regierung, die mangelnde politische Führungskonzeption des Ministerpräsidenten besonders deutlich aufzeigen. Oder wie anders, Herr Ministerpräsident, soll die Öffentlichkeit das derzeitige Hickhack um die weitere Kernenergiepolitik innerhalb Ihrer Partei und selbst innerhalb Ihres Kabinetts bewerten?

Macht es Sie wirklich nicht schaden, daß auch die besonnenen Kräfte in den Gewerkschaften mehr und mehr auf Distanz zu denen gehen, die nach Tschernobyl nunmehr radikal den möglichst sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie verlangen? Diese Gewerkschafter, meine Damen und Herren, wissen eben, was eine wettbewerbsfähige Wirtschaft für den Erhalt und die Sicherheit von Arbeitsplätzen bedeutet.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen, daß die Menschen in diesem Lande nicht nur Angst vor den Gefahren der Kernenergie haben - nein, meine Damen und Herren, die Bürger unseres Landes haben nicht zuletzt auch Angst um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Auch diese Angst unserer Mitbürger, Herr Ministerpräsident, müssen wir doch ernst nehmen. Deshalb, verehrter Herr Kollege Farthmann, stellen Sie in Ihrem Antrag eben nicht klar, was auf der Hand liegt: den geringen möglichen Beitrag additiver Energien und den des Energiesparens.

Dazu braucht man nicht ein Gutachten bis 1987, im Grunde genommen ein Gutachten nach der Bundestagswahl, sondern man braucht dazu den Mut, die heute erkennbaren Fakten ernst zu nehmen und sich mit diesen Fakten hier und heute auch auseinanderzusetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Anstatt dies zu tun, drücken Sie sich mit der nun selbst produzierten babylonischen Sprachverwirrung in bewährter Weise um klare Aussagen und konkrete Entscheidungen herum. Sie glauben, die Diskussion bis zum Nürnberger SPD-Bundesparteitag im Herbst vertagen zu können, und lassen die ohnehin verängstigte und durch Ihre Verhaltensweise im Mai/Juni dieses Jahres zusätzlich verunsicherte Bevölkerung weiter im unklaren.

Deshalb, meine Damen und Herren, will ich Ihnen unsere Antwort auf die derzeitige Energiediskussion geben.

(Zuruf des Abg. Aigner (SPD))

Dr. Worms (CDU))

ist die Antwort, die die parlamentarische Demokratie in den Jahren 1968 bis 1978 - damals noch ohne jede parteipolitische Profilierungssucht und also mit Zustimmung der Sozialdemokraten - gegeben hat. Die Antwort lautet: Sicherung unseres heimischen Energiebedarfs auch mit Hilfe der Kernenergie. Dabei ging es zwar zunächst vorrangig um die Sicherung des elektrischen Energiebedarfs, aber es ging auch um die Sicherung der Zukunft unserer heimischen Kohle. Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion: Was damals galt, das gilt unverändert auch noch heute. Wer ja sagt zur heimischen Steinkohle, wer ja sagt zur Sicherung von Tausenden von Arbeitsplätzen im Revier, der muß, solange es eine technisch sicheren und sauberen Alternativen gibt, auch ja sagen zur Kernkraft.

(Beifall bei der CDU)

Von Anfang an war eben klar, daß die Leichtwasserreaktor-Linie nur den Anfang darstellen sollte zu Reaktoren fortgeschrittener Linien mit passiver - wie es fachtechnisch heißt - inhärenter Sicherheit, wie die Jülicher Kugelhaufen- und Hochtemperaturreaktoren mit dem Fernziel, statt Kernspaltung Kernfusion in den Dienst der Energieerzeugung zu stellen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Auch dazu, meine Damen und Herren, wissen Sie ganz genau - und wenn Sie es verdrängt haben sollten, Herr Ministerpräsident, dann lassen Sie es sich doch von Fachleuten noch einmal vortragen -, daß der jetzt in Betrieb befindliche Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop gar nicht primär als Reaktor zur Erzeugung von elektrischer Energie konzipiert worden ist; er ist vielmehr mittelfristig darauf angelegt, Prozeßwärme für die Kohlevergasung zu liefern, um auf diese Weise eine vernünftige Nutzung der Kohle zu sichern.

Meine Damen und Herren! Wollen Sie wirklich den Grundsatz aufgeben, daß Kohle als fossiler Brennstoff einfach zu teuer und zu schade ist, um ihn zu verfeuern, daß wir Kohle - und das war das gemeinsame Ziel dieses Hohen Hauses über viele Jahrzehnte - zum Ergebnis als Rohstoff nutzen wollen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Weil dem so ist, weil das in der Tat, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, auch Ihre Meinung war, hat Ihr derzeitiger Wirtschaftsminister in einem Vorwort zu seinem Werksbuch noch jüngst dies als "Meilenstein" bezeichnet. Diesen "Meilenstein" zur

Sicherung der Nutzung der heimischen Kohle, zur Sicherung unserer Energieversorgung, zur Sicherung von Tausenden von Arbeitsplätzen. (C)

(Aigner (SPD): Sie müssen einmal etwas dazulernen!)

zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft wollen Sie nun bedenkenlos herausreißen und unser Land damit der politischen Orientierungs- und Führungslosigkeit preisgeben!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Herr Kollege Maedge! Wenn es noch einen Funken gibt, daß man auch hier bei einer solchen Debatte sagt, was wahr ist, ist wahr, was stimmt, das stimmt - dann sage ich Ihnen: In dem Szenario, das Sie hier erneut beschrieben haben, in dem Szenario, das die SPD-Fraktion und das Teile auch aus Ihrer Partei lauthals draußen gefordert haben, steht, daß am Ende dieses Weges auch die Stilllegung des THTR erfolgen soll. Nur, meine Damen und Herren: Das ist der erste Reaktor dieser Art auf der Welt. Wenn ich lauthals der Welt verkünde:

Es kommt für mich unabdingbar der Tag, an dem ich diesen Reaktor stillsetze, dann, meine Damen und Herren, frage ich mich verzweifelt: Warum setzen wir ihn denn überhaupt noch in Betrieb? Was soll das Ganze?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD) (D)

- Nein, jetzt geht es darum, daß wir das hier einmal klarmachen!

Alles das, was mit diesem THTR bezweckt war, nämlich der Kohle eine zusätzliche Absatzchance zu eröffnen, das wird durch Ihre Erklärung willkürlich von vornherein aufs Spiel gesetzt!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Dr. Farthmann (SPD): Daran glaubt doch kein Mensch mehr!)

- Herr Kollege Farthmann, es war Ihr Staatssekretär Leo Brandt, es war der damalige Arbeitskreis, der hier im Landtag Nordrhein-Westfalen eingerichtet worden ist, der im Jahre 1968

(Aigner (SPD): So lange ist das her!
- Dr. Farthmann (SPD): Das ist 20 Jahre her!)

(Dr. Worms (CDU))

- (A) diesen Weg eingeschlagen hat, diesen Weg, an dessen Ende - leider erst in 20 Jahren - das erste mögliche Ergebnis steht, nämlich die Inbetriebnahme des THTR in Hamm-Uentrop.

Ich stelle hier fest, daß diese Energiepolitik, die für unser Land lebenswichtig ist, nunmehr von der SPD-Fraktion mit aller Konsequenz aufgegeben wird, wenn wir dem folgen würden - was wir nicht tun -, was Sie in Ihrem heutigen Antrag in diesem Hohen Hause uns zur Annahme vorlegen.

Wenn ich dann in diesem Antrag lese: nationale Forschungsoffensive! Meine Damen und Herren, gilt eigentlich nicht das, was wir nun wirklich in den letzten Wochen und Monaten aus berufenem Munde von führenden wissenschaftlichen Vertretern unseres Landes immer wieder gehört haben, daß nämlich eine Förderung nach einer großen nationalen Forschungsoffensive im Grunde genommen innerlich hohl ist; denn die Größenordnungen, um die es dabei geht, spielen überhaupt keine Rolle, um ein erstrebtes Ziel, um ein Ergebnis einer solchen Forschung zu erreichen.

Wir wissen ganz genau, daß wir in Jülich dabei sind, die Kernfusion anzustreben und irgendwann in den Griff zu bekommen. Wir wissen aber auch ganz genau, daß dazu die physikalische Antwort frühestens im Jahre 2000 gegeben werden kann. Wir wissen auch aus dem Munde jener berufenen Wissenschaftler, die dort arbeiten - berufen durch die Landesregierung, nicht zuletzt mit Hilfe der Bundesregierung, die ja im Grunde genommen Träger der Kernforschungsanlage Jülich sind -, daß wir die wirtschaftliche Nutzung dann möglicherweise erst in weiteren 20, 30 Jahren haben.

Wenn das aber heute gesicherter Stand der Erkenntnisse unserer Wissenschaft ist, dann frage ich mich: Was soll denn der Ruf nach einer großen nationalen Forschungsoffensive? Forschungsergebnisse lassen sich nicht auf dem kleinen Dienstweg verordnen; Forschungsergebnisse bedürfen guter, fähiger Wissenschaftler und natürlich dann dazu auch der Bereitstellung von Geld.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, ich spreche Sie persönlich an. Wir hätten uns gewünscht, daß Sie und Ihre Partei bei Ihren Äußerungen zur Zukunft der friedlichen Nutzung der Kernenergie in unserem Lande nicht versucht hätten, zum großen Teil künstlich aufgeheizte emotionale Spannung in der Bevölkerung auszunutzen und sie in eine energiepolitische Richtung zu drängen, die Sie, Herr Minister-

präsident - das kann ich mir gar nicht anders vorstellen -, bei nüchterner Abwägung nicht einschlagen würden.

Wir hätten uns gewünscht, daß Sie sachlich und sauber folgende Argumente gegeneinander abgewogen und sich dann, Herr Kollege Maedge, erst zu Wort gemeldet hätten: Alternative Energiequellen können fossile Brennstoffe nur in sehr begrenzter Weise sein. Ich nenne in diesem Zusammenhang ein Stichwort, auf das ich bereits in meiner Rede am 4. Juni näher eingegangen bin: Die Co₂-Vermehrung in der Atmosphäre ist eine Gefahr, die wir bereits heute ernst nehmen müssen und nicht erst irgendwann. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, das Wort "Zeitbombe", die da tickt, ist kein Wort aus dem Vokabular eines Freundes von mir, sondern dieses Wort "Zeitbombe" stammt aus dem, was wir an Zuschriften aus dem Kreise der Wissenschaftler im Zusammenhang mit der Frage Umweltschutz, Waldsterben usw. hier im Hohen Hause zugesandt bekommen haben.

Andere alternative Energiequellen stehen eben nur bedingt zur Verfügung. Windkraftwerke sind unbeständig. Wasserkraftwerke geraten ebenfalls an die Grenze der Planbarkeit. Und Sonne, meine Damen und Herren, ist in unseren Breitengraden, so sehr wir sie auch in den letzten vier Wochen haben genießen können, nur eine unzureichende Energiequelle.

(Beifall bei der CDU)

Sie alle decken nicht die Grundlast, um die es hier letztlich geht, sondern nur die Spitzenlast,

(Elfring (CDU): Sehr richtig!)

und die auch nur vielleicht - es sei denn, man speichert diese alternativen Energien. Aber, meine Damen und Herren, die damit verbundenen Kosten hat bis heute noch niemand ausgerechnet. Erst recht haben wir unseren Bürgern im Lande Nordrhein-Westfalen noch nicht mitgeteilt, was dann an Kosten auf unsere Bürger zukommt.

Dies bedeutet: Als unmittelbare Reaktion auf die Angst vor den Gefahren der Kernenergie gibt es im Augenblick nur die Möglichkeit der sparsamen Energienutzung. Meine Damen und Herren, auch das kostet erhebliche Geldmittel.

(Aigner (SPD): Kernkraftwerke auch!)

Ich fasse zusammen und sage für die CDU-Fraktion abschließend folgendes: Herr Kollege

(Dr. Worms (CDU))

) Maedge, aus Ihrem Beitrag ging sehr stark hervor, daß Sie einen Versuch unternommen haben, hier einen Konsens einzufordern. Hier und heute muß nicht ein Konsens gefordert werden, sondern hier und heute sind Wahrheit und Klarheit gefordert.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werden wir dem Antrag der F.D.P.-Fraktion folgen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wahrheit und Klarheit sind gefordert. Das muß den Konsens nicht ausschließen, Herr Kollege Worms, wenngleich ich es für denkbar halte, daß wir noch eine Reihe von Monaten brauchen, bis ein solcher Konsens erzielt werden kann.

(Dr. Linssen (CDU): Auf Ihrem Parteitag!)

Das, was ich hier heute morgen von Herrn Abgeordneten Rohde und Herrn Kollegen Worms gehört habe, lag mir zu nahe bei jenem alten Satz von der Kernenergie ohne Wenn und Aber, den ich hier jahrelang gehört, nie verstanden und nie akzeptiert habe.

(Beifall bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Das stimmt nicht, Herr Ministerpräsident! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege Linssen, wenn Sie die beiden Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien haben sprechen lassen, dann geben Sie mir bitte auch Gelegenheit, meine Eindrücke wiederzugeben und meine Gedanken zu sagen. Wenn Sie dem nicht zustimmen, können Sie dazu Stellung nehmen. Dagegen will ich nichts sagen. Aber ich möchte es jedenfalls darstellen.

Das klang mir zu sehr nach Kernenergie ohne Wenn und Aber. Und die Meinung, die Herr Kollege Worms hier ausgedrückt hat, daß die sozialdemokratische Linie, wie er sie erkenne, die Zukunft unseres Landes gefährde, weil wir aus der Kernenergie aussteigen wollten, die halte ich für kurzschlüssig.

Darum will ich Ihnen meine Position in wenigen Bemerkungen markieren. Ich stimme nicht allem zu, was auf den Bezirksparteitagen Westliches Westfalen und Niederrhein beschlossen worden ist.

(Evertz (CDU): Wem stimmen Sie zu?)

Ich habe das einen Tag später öffentlich gesagt. (C)

Aber ich bin stolz darauf, in einer Partei zu sein, die auf ihren Bundesparteitagen Entscheidungen faßt,

(Zuruf von der CDU: Es freut uns, so etwas zu hören! - Widerspruch und weitere Zurufe von der CDU)

die vorher auf der Ebene der Bezirke und der Länder kontrovers diskutiert und erörtert worden sind. Die Gesamtpartei hat dann den Auftrag, das zusammenzuführen. Das werden wir im August tun. Dann werden Sie nach unserem Parteitag im August eine klare Linie der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik erkennen können. Diese Linie wird heißen:

(Zuruf von der CDU: Sowohl als auch!)

Wir wollen zukünftig eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, um dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Wir wissen, daß dabei unterschiedliche Akzente zu sehen sind: Arbeitsmarktpolitik, Regionalpolitik, Strukturpolitik. Das alles ist zu bedenken und in das Konzept einzubinden, das wir dann entwickeln werden.

In dem, was da gewollt wird, fühle ich mich nicht weit weg von vielem, was auch Sprecher anderer Parteien schon gesagt haben. Ich denke, wer den Bundespräsidenten mit seinem Appell zur Nachdenklichkeit in Anspruch nimmt, der sollte anschließend auch versuchen, selber nachdenklich zu sein und so zu reden. (D)

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Biedenkopf hat in einem Interview im Mai gesagt: Die Kernkraft ist eine gefährliche Technik. Deswegen wurden auch außerordentliche Sicherheitsanstrengungen unternommen. - Er hat dann hinzugefügt: Der Satz "Tschernobyl ist überall" ist falsch, denn die Schlampe in Tschernobyl gab es nur in Tschernobyl.

Zu den Lehren, die gezogen werden müssen, hat Herr Kollege Biedenkopf gesagt: Es sind außerordentliche Anstrengungen zu unternehmen, um weiter Energie einzusparen. Wenn es uns gelingt, unseren Energieverbrauch in Industrie und Privathaushalten nachhaltig zu senken, können wir Schritt für Schritt die Nutzung von Atomenergie reduzieren. Sonst würde unser Land in den wirtschaftlichen Ruin getrieben werden. - Ich verstehe das so, Herr Kollege Biedenkopf: Wenn wir nicht

J-13

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Schritt für Schritt, sondern sofort aussteigen, dann würden wir in den wirtschaftlichen Ruin getrieben. - Wir müssen lernen, alle technischen Möglichkeiten auszunutzen, um auf Energie aus Atomkraft langfristig zu verzichten. - Ich denke, ich habe richtig zitiert.

Wenn das stimmt, meine Damen und Herren, warum dann die Keule der Polemik heute morgen gegen die Sozialdemokraten?

(Zustimmung bei der SPD)

Im gleichen Interview sagt Herr Biedenkopf: Es gibt zur Zeit keinen Grund, den Bau weiterer Atomkraftwerke zu planen. Wir haben Energieüberkapazität. Wenn wir also den Energieverbrauch weiter reduzieren, können wir auf die Energieerzeuger verzichten, die am wenigsten sicher sind! - Ja, so ist das. Das ist unsere Meinung auch.

Ein Mann wie Rudolf von Bennigsen-Foerder, wahrlich jahrzehntlang ein Anhänger der Kernenergie und auch heute noch jemand, der sie nicht für schnell verzichtbar hält, sagt, die Kernenergie sei eine Übergangslösung. Er gibt der Atomkraft nur eine begrenzte Zukunft. Er fordert vom Staat mehr Unterstützung für die Erforschung alternativer Energiequellen. So im "Stern" vom 10. Juli 1986.

(Tschoeeltsch (F.D.P.): Dann zitieren Sie aber auch die Aussage zum THTR!)

- (B) - Dazu komme ich noch, Herr Kollege. - Nun habe ich die Tatsache, daß Minister eines Kabinetts einen bestimmten Reaktor oder eine bestimmte Linie unterschiedlich beurteilen, bisher nie als lebensbedrohlich empfunden. Sonst wäre es nämlich schrecklich gewesen, als Horst-Ludwig Riemer 1978 vorschlug, aus Kalkar eine Plutoniumvernichtungsanlage zu machen, und Lamsdorff und Genscher und zwei seiner Kollegen zurücktreten wollten, wenn die sozial-liberale Koalition eine solche Überlegung aufnehme. Das war 1978. Wie können Sie eigentlich die Tatsache, daß Menschen einer politischen Partei angehören, zu dem Rückschluß nutzen, sie müßten jede technische Linie gleich beurteilen? Was ist das für ein Parteienverständnis!

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat als erste politische Partei den Weg der friedlichen Nutzung der Kernenergie für vorzugswürdig gehalten. Ich erinnere an den Münchner Parteitag von 1956, den soeben zitierten Leo Brandt, Waldemar von Knoeringen, Carlo Schmid. Ende der 60er Jahre hat es noch die Meinung gegeben, damals im "Vorwärts" veröffentlicht, Ent-

wicklungshilfe sei mit Hilfe Schneller Brüder für jedes Entwicklungsland zu lösen. Der letzte positive Beschluß, der in der SPD einstimmig zugunsten der Kernenergie gefaßt wurde, kam 1971 in Schleswig-Holstein, unter der Federführung von Jochen Steffen, zustande.

Ich bin stolz darauf, daß wir seitdem eine engagierte kritische Diskussion führen, die wir 1984 auf dem Essener Parteitag zu einem vorläufigen Abschluß gebracht haben und die sagt: Wir wollen umsteuern aus der Kernenergie in eine Energieversorgung ohne Atomkraft! Ich bin stolz darauf.

(Beifall bei der SPD)

Nun sind damit die Probleme längst nicht gelöst; denn selbst wenn wir umsteuern, selbst wenn wir bald aussteigen könnten - ich selber gehöre nicht zu denen, die glauben, daß das eine Sache weniger Jahre sei -, selbst dann gibt es Probleme; denn es existieren doch Reaktoren - es gibt Länder mit einer Stromversorgung bis zu 60 und über 60 Prozent aus Kernenergie; bei uns sind es nur 3 bis 4 Prozent -, und diese Reaktoren arbeiten, und da fällt ja Müll an.

Darum haben 1979 die Regierungschefs des Bundes und der Länder einen Beschluß gefaßt und miteinander Entsorgungsrichtlinien verabredet. Schon zuvor hatte Nordrhein-Westfalen durch den damaligen Ministerpräsidenten Heinz Kühn erklärt: Wir wollen unseren gesamtstaatlichen Beitrag leisten, indem wir das Zwischenlager zur Verfügung stellen.

Ich habe, meine Damen und Herren, eineinhalb Jahre lang meine Ministerpräsidentenkollegen und den Bundeskanzler bedrängt, einmal eine Zwischenbilanz dieser Entsorgungsrichtlinien zu ziehen, damit wir erfahren, wie denn die Endlagerung aussieht, und zwar die konditionierte Endlagerung - nach meiner Überzeugung ohne Wiederaufbereitung -, und damit der Konsens wieder hergestellt wird. Es ist immer erklärt worden, da gebe es keinen Handlungsbedarf, geschweige denn einen Handlungsbedarf.

Der neue Bundesumweltminister, bei seiner Ernennung von manchen publizistisch als ein ausgesprochener Promotor der Kernenergie bezeichnet, sagt inzwischen in Interviews: Ich bin kein Kernenergie-Fetischist!

(Schauerte (CDU): Das hat er nie gesagt!)

- Er hat gesagt, er sei keiner.

(Dr. Linssen (CDU): Hat er einmal gesagt, er wäre einer?)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- Ich sage, er kam, publizistisch begleitet mit dem Vorwurf, er sei ein einseitiger Anhänger der Kernenergie.

(Dautzenberg (CDU): Dann müssen das andere über ihn gesagt haben, zum Beispiel der "Vorwärts"!)

- Sicher, deshalb nehme ich ihn ja in Schutz.

(Dr. Farthmann (SPD): Das haben die doch nicht begriffen!)

Nun sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Ich verstehe diese seine Aussage so, daß auch er nach Wegen zum Umsteuern suchen will; ich hoffe es jedenfalls.

(Dr. Biedenkopf (CDU): Mein Gott, das ist doch allen gemeinsam!)

Deshalb sage ich: Was ich auf dem Wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD in Hamburg gesagt habe, das gilt, und das können und dürfen Sie nicht als Angstmache bezeichnen; denn es ist das Gegenteil von Angstmache. Aber Menschen, die so tun und so reden, als sei nichts geschehen, die machen mir Angst; das sage ich auch.

(Zustimmung bei der SPD)

Was den Hochtemperaturreaktor betrifft, so wiederhole ich, was ich vor diesem Plenum schon gesagt habe, daß ich ihn nämlich innerhalb der vorhandenen Linien und nach den mir zur Verfügung stehenden Erkenntnissen für die sicherste Linie halte und daß ich nach meinem Stand der Erkenntnis meine: Auf dem Weg zu einer Energiepolitik ohne Atomkraft sollte nicht der Hochtemperaturreaktor am Anfang des Umsteuerns stehen, sondern die Leichtwasserreaktoren und die Plutoniumwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge allerdings hinzu, wenn Regierungen sagen - und das geschieht auf Bundes- wie auf Landesebene -: Wir wollen eine allgemeine Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke!, dann muß das für alle gelten, auch für den Hochtemperaturreaktor.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn sich daraus Konsequenzen ergeben, dann wollen wir diese Konsequenzen ziehen - und dann wollen wir das auch sagen.

(Schauerte (CDU): Das tun Sie ja schon vor der Untersuchung! - Schmidt (SPD): Lassen Sie den Ministerpräsidenten doch erst einmal ausreden!)

Wenn meine Fraktion mit diesem Antrag den Landtag um Zustimmung bittet, dann tut sie es, weil sie weiß: Die Leute, die meinen, der Ausstieg sei mit Knopfdruck zu machen, wollen in Wirklichkeit nicht aus der Kernenergie aussteigen, sondern aus der Industriegesellschaft. Das wollen wir nicht.

Wir glauben allerdings, daß das, was ich das Umsteuern nenne, eine große Herausforderung ist, auch für Techniker und Ingenieure, für Wirtschaftler und für Leute, die mit Regional- und Strukturpolitik zu tun haben. Sie möchten wir um Mitarbeit bitten.

Dabei möchten wir einen Weg gehen, von dem ich Ihnen sage: Er wird nur ein gemeinsamer Weg sein können. Es gibt nach meiner Überzeugung jenseits aller Koalitionsspekulation eine Reihe von Punkten, die im Sinne des Gemeinwohls auf Dauer nur gelöst werden können, wenn alle politischen Kräfte mitwirken. Das gilt, glaube ich, sowohl für die Sicherung der Renten als auch für die Reform des Gesundheitswesens als auch für die Energiepolitik.

Darum meine ich bei allen polemischen Keulen und allem Wortgeklingel, wir sollten uns um einen solchen gemeinsamen Weg auch dann noch bemühen, wenn wir heute zu unterschiedlichen Anträgen unterschiedlich abstimmen!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung dem Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion, Herrn Abg. Dr. Rohde, das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben, Herr Ministerpräsident, bei Ihrer Einlassung zu unserem Antrag eben gesagt, wir, die F.D.P. - und ich denke, Sie haben das auch an die Adresse der CDU gerichtet -, gehörten zu denen, die ohne Wenn und Aber an der bisherigen Linie, Kernenergie um jeden Preis durchzusetzen, festhalten. Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist,

(Dr. Farthmann (SPD): Hat er doch auch gar nicht gesagt!)

schon deswegen nicht, weil wir hier nur einen Satz Ihres Ministers aus Ihrer Regierungsmannschaft zur Abstimmung gestellt haben. - Zu diesem Punkt kann ich nur bemerken, daß Sie sich gerade erneut gegen die Position Ihres eigenen Wirtschaftsministers ausgesprochen haben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Widerspruch bei der SPD)

5 - 15

(Dr. Rohde (F.D.P.))

- (A) Zweitens haben Sie gesagt: Wir werden im August auf unserem SPD-Bundestag schon alles zusammenführen, was es an innerparteilicher Demokratie hier und an Diskussionen gegeben hat.

(Zuruf von der CDU: Das geschieht doch schon jetzt!)

Dazu kann ich auch nur konstatieren, ohne diesem Parteitag vorzugreifen: Jedenfalls hat die Landtagsfraktion hier schon ein Zug-um-Zug-Ausstiegsprogramm beschlossen, ohne Alternativen überhaupt diskutiert zu haben. Deshalb auch noch einmal: Kernige Sprüche ersetzen eben keine Kernenergie, und Sie haben keine Alternativen!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Damit wenden Sie sich erneut gegen die Erklärung Ihres Wirtschaftsministers, die er, wie ich denke, abgestimmt mit dem Kabinett abgegeben hat; deswegen will ich ihn noch einmal zitieren. Er hat gesagt:

Sollte jedoch die Diskussion über die künftige Energiepolitik erweisen, daß für einen längeren Zeitraum

- für einen längeren Zeitraum! -

Kernenergie genutzt werden muß, weil ein Umstieg in der Zeit nicht oder nicht in dem gewünschten Ausmaß möglich ist, dann käme gerade dieser HTR-Technologie eine besondere Bedeutung unter Sicherheitsaspekten zu.

(B)

Also er, der Wirtschaftsminister, hat noch nicht gesagt, ein Umsteigen sei möglich, weil er nämlich realistisch eine Erklärung abgibt, die besagt: Ich weiß nicht, ob es Alternativen gibt. Für Sie dagegen sind diese Alternativen offenbar schon vorhanden; denn sonst hätten Sie ja Ihr Zug-um-Zug-Ausstiegsprogramm, das heute ganz offiziell dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt wird, nicht beschließen können.

Ich stelle also erneut fest: Wiederum hat der Ministerpräsident hier vor dem Plenum des Landtags eine Erklärung gegen seinen eigenen Wirtschaftsminister abgegeben!

(Lebhafte Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Widerspruch bei Abgeordneten der SPD - Maedge (SPD): Das ist böswillig!)

Drittens! Sie haben zur CDU, insbesondere zu Herrn Dr. Biedenkopf, gesagt, mit diesem Antrag werde - entgegen den ursprünglichen

Äußerungen von Herrn Dr. Biedenkopf - die Keule der Polemik geschwungen. - Ich kann es nicht als Polemik empfinden, wenn wir dem Landtag zur Zustimmung eine Erklärung des Wirtschaftsministers dieses Landes vorlegen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Viertens! Sie haben Herrn v. Bennigsen-Foerder für sich in Anspruch genommen,

(Hovest (SPD): Zitiert!)

- zitiert und damit für sich in Anspruch genommen. Aber Sie haben natürlich verschwiegen, daß Herr v. Bennigsen-Foerder gesagt hat, er rechne damit, daß die Kernenergie - und das hat er als "Übergangsfrist" bezeichnet - mindestens bis zum Jahre 2050 genutzt werden solle. Und Sie haben auch verschwiegen, daß er insbesondere erklärt hat, daß der Hochtemperaturreaktor innerhalb dieser Übergangsfrist, die noch länger dauern kann - Sie wollen ja schon zum Jahre 2000 aussteigen -, eine besondere Bedeutung hat.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Natürlich haben wir nichts gegen kritische Diskussionen - im Gegenteil: Wir führen sie alle in unseren Parteien. Aber wir haben etwas gegen den Wettlauf bei Ihnen, diesen Amoklauf, bei dem der eine sagt, er wolle bereits zu Weihnachten aussteigen, während der andere schon ein schlechtes Gewissen hat, wenn er erklärt, er steige erst zu Ostern 1987 aus!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abg. Maedge (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben auch deswegen etwas gegen diesen Amoklauf - soeben ist Jülich angesprochen worden, und Kollege Worms hat auf die Arbeiten zur Kernfusion hingewiesen -, weil Sie, wenn Sie der Kernspaltung keine Zukunft mehr beimessen, auch auf die Kernfusion verzichten. Wir hätten uns wirklich gewünscht, daß hier von Ihnen die Kernfusion befürwortet worden wäre,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

die im Gegensatz zu der jetzigen Technologie nicht die Ressourcen der dritten Welt ausbeutet, weil hier mit Hilfe von Wasserstoff Technologien umgesetzt werden können, die auf der ganzen Welt arbeiten können. Leider haben Sie darauf verzichtet, diesen Beitrag der Kernfusion für die Ressourcenprobleme der dritten Welt anzuführen.

(Dr. Rohde (F.D.P.))

So haben Sie natürlich gesagt, der HTR sei die sicherste Linie. Aber was heißt das denn? Wenn Sie sagen: Wir wollen schon im Jahr 2000 aussteigen - dann können wir dem nur entnehmen, daß Sie dieser sichersten Linie in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik keine Zukunft mehr geben wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deswegen - und dies kann ja nun wohl kein Beitrag zur Polemik sein - stellt hier zum erstenmal eine Opposition die Erklärung eines Ministers dieser Regierung zur namentlichen Abstimmung, und dann werden wir sehen, ob Sie, Herr Ministerpräsident, der Erklärung Ihres eigenen Wirtschaftsministers zustimmen oder nicht, ob Sie der Erklärung, der Sie im Kabinett offenbar zugestimmt haben, auch hier im Parlament zustimmen. Darauf sind wir sehr gespannt, und deswegen die namentliche Abstimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Stüber von der Fraktion der SPD das Wort.

Stüber (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht gut, Herr Dr. Worms, wenn - der Ministerpräsident hat es schon gesagt - Sie einerseits unter dem Beifall des gesamten Hauses den Bundespräsidenten zitieren, der von einer Denkpause gesprochen hat,

(Dautzenberg (CDU): Von Innehalten!)

und dann jene, die diese Nachdenklichkeit für sich in Anspruch nehmen, ausfüllen möchten, so attackieren und kritisieren

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU; Das ist scheinheilig! - Weitere Zurufe von der CDU)

und uns dann auch noch zum Vorwurf machen, daß wir, weil wir nachdenken, noch nicht jetzt und heute die fertigen Rezepte auf den Tisch legen können. Ich will mit meinem Beitrag versuchen, ein bißchen zu dieser Nachdenklichkeit beizutragen.

Herr Professor Biedenkopf hat in der letzten Debatte - und ich denke, wir haben dort in den Grundlagen einige sehr erfreuliche Gemeinsamkeiten festgestellt - von der Angst und der Sorge der Menschen gesprochen, die verständlich sind und die wir teilen, und er hat diese Ängste als Teil der menschlichen Natur, Teil des menschlichen Wesens zu verstehen gefordert und aufgefordert, sie

deshalb auch als Teil unserer politischen Verantwortung zu betrachten. Nur wenn dies so ist - ich will dem ausdrücklich zustimmen -, dann ist es doch auch verständlich, wenn einzelne oder Gruppen uns, die politisch Verantwortlichen, auffordern, aus einer sie beängstigenden und sie besorgt machenden Technik auszusteigen oder uns von ihr abzuwenden. "Man muß nicht hysterisch sein, um nach der Erfahrung von Tschernobyl den Verzicht auf Kernenergienutzung für geboten zu halten", schrieb dieser Tage eine Zeitung, die bisher wohl eher zu den Befürwortern als zu den Gegnern der Kernenergienutzung zu zählen ist. Man darf aber auch nicht Technikfeindlichkeit unterstellen - das will ich hinzufügen -, wenn Technik hinterfragt wird, wenn beispielsweise gefragt wird, ob denn der gesamte Reaktorbetrieb nicht eine alte, überholte Technik sei. Dies gilt um so mehr - ich will noch einmal auf Herrn Biedenkopf zurückkommen -, wenn zwei wichtige Bedingungen für diese Technik, nämlich die Sicherheit und die Möglichkeit der Akzeptanz, zumindest in Zweifel stehen.

Tschernobyl, wo das bisher äußerst Unwahrscheinliche plötzlich Wirklichkeit wurde, hat - darüber haben wir in der letzten Debatte gesprochen - einen breiten Meinungswandel in der Energiepolitik, insbesondere in der Beurteilung der künftigen Nutzung der Kernenergie, hervorgebracht. Grundsätzlich ist die für die Zukunft zu vollziehende Abkehr von der Kernenergie - ich unterstelle dies - wohl nicht mehr umstritten. Auch die Forderung nach einer Neubewertung der gesamten Energiepolitik unter Beachtung aller wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen sowie genauer Prüfung der ökologischen Auswirkungen bei einem Verzicht auf Kernenergie, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund auf seinem Kongreß in Hamburg beschlossen hat - dies war wörtliches Zitat -, ist auch sicher weitgehend konsensfähig. Strittig wird es, wenn es um den Weg, die Pfade zu diesem Zukunftsziel und die dafür notwendige Zeit geht. Das reicht dann von "sofort" bis "langfristig", und hilfreich sind solche Forderungen alle überhaupt nicht.

Denn, meine Damen und Herren, die Probleme auf dem Weg zu einer Energieversorgung ohne Kernenergie - dies will ich deutlich sagen - sind noch längst nicht alle bekannt, und schon gar nicht sind deren Lösungen bekannt.

(Frau Thoben (CDU): Aber Sie haben schon die Beschlüsse!)

Eine Zukunft ohne Kernenergie

(Stüber (SPD))

- (A) - so hat der Wirtschaftsminister dieses Landes, Professor Jochimsen, bei der Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage Gronau am 12. Juni dieses Jahres ausgeführt, und ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten -:

kann jedoch nur in einem längeren Zeitraum erreicht werden. Sie erfordert ein Umsteuern weit über den Energiebereich im engeren hinaus. Daran müssen viele mitwirken. Dazu gehört ein neuer, ganz grundlegender Anlauf zur Wiedergewinnung der Konsensfähigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft.

So weit das Zitat! Ich möchte das ausdrücklich unterstreichen.

(Schauerte (CDU): Das war an Ihre eigene Adresse gerichtet!)

Denn nicht nur wir Politiker stehen vor einer Fülle offener Fragen, und dabei - auch das will ich deutlich sagen - denke ich nicht nur an die Fragen der jungen Mutter, der verängstigten Mutter, die sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder macht, sondern ich denke auch an die Fragen der betroffenen Arbeitnehmer aus den Betrieben - einige werden sich morgen in Dortmund treffen -, die sich, wenn auch in einer anderen Qualität, ebenfalls Sorgen um Existenz und Zukunft machen.

- (B) Wir müssen in diesem Zusammenhang sicher feststellen - und ich denke, daß dies auch gemeinsam feststellbar ist -, daß vieles in diesen Tagen mißverstanden wird. Diese Mißverständnisse basieren nach meiner Meinung oft auf fehlenden, auf falsch verstandenen und - ich will deutlich hinzufügen - auf bisweilen sicher auch manipulierten Informationen. Es hat sich auch gezeigt, daß die Menschen allzu simplen Antworten nicht mehr trauen, und wo sich Mißtrauen breitmacht, wächst allmählich der Widerstand.

Wir wissen - das ist sicher richtig - noch viel zu wenig über jene Ersatzenergien, die bei einem Verzicht auf Kernenergie die Versorgung sichern sollen. Fordern und Nachdenken ist eine Seite, Entscheiden und praktisch Umsetzen dann die andere. Ich will das an wenigen Beispielen deutlich machen.

Es wird keiner, so hoffe ich, daran denken, daß Erdöl oder Erdgas künftige Alternativen sein können, zum einen, weil sie vorratsmäßig berechenbar begrenzt sind, und zum anderen, weil wir uns sicher nicht von dem Ziel abbringen lassen wollen, unsere Importabhängigkeit zu vermindern. Denn alle wissen, daß

wir bei unserem Bedarf an Erdgas heute zu etwa 70 %, bei Mineralöl zu 90 % und bei Uran zu 100 % von fremden und damit nicht immer sicheren und sicher zugänglichen Quellen abhängig sind. Es kann, glaube ich, auch nicht das Ziel sein, einen Primärenergieträger zu verbieten, zu verbannen und ihn schlicht durch einen anderen oder die Summe anderer zu ersetzen.

Was nötig sein wird, ist eine völlige Neubewertung und Umgestaltung unseres gesamten Energiesystems. Dazu gehört natürlich - davon ist gesprochen worden - die optimale Nutzung aller Möglichkeiten der Energieeinsparung und der rationellen Verwendung von Energie, dazu gehört die stärkere Förderung und die Berücksichtigung erneuerbarer Energien, wie Solar- und Windenergie, Biomasse und Geothermik. Auch kleinere Wasserkraftpotentiale - das will ich an dieser Stelle deutlich hinzufügen - dürfen nicht ungenutzt bleiben.

Dazu gehören dann aber auch tiefgreifende Veränderungen im Versorgungssystem und in dem dieses System bisher gestaltenden rechtlichen Rahmen: Energiewirtschaftsgesetz, Atomgesetz, Energieeinsparungsgesetze und -verordnungen, Kartellrecht, EG-rechtliche Vereinbarungen sowie die umweltrelevanten Rechtsvorschriften wie Großfeuerungsanlagenverordnung, TA Luft und Bundes-Immissionsschutzgesetz will ich hier nur beispielhaft anführen.

Es wird sich zeigen, daß schon der Übergang zu einer veränderten Energieversorgung zahlreiche Problembereiche aufweist. Und ich will an dieser Stelle deutlich machen: Um unvermeidbare Belastungen für Volk und Volkswirtschaft ertragbar zu gestalten, muß jeder Schritt einer veränderten Politik vorher und nachher geprüft werden und notfalls auch korrigiert oder revidiert werden können.

Ich möchte noch etwas zu der für unser Land besonders bedeutenden Forderung nach der Nutzung heimischer Energiequellen und dem Kohlevorrang sagen. Es wäre sicher falsch und fatal, wollten wir schon aus der notwendigen Neubewertung der Energiepolitik dem Bergbau neue verlässliche Zukunftschancen suggerieren. Es ist die Sorge der Menschen in diesem vom ständigen Auf und Ab, von vielen Krisen der Nachkriegsgeschichte gebeutelten Wirtschaftszweig, daß kurzfristige, überhastete Entscheidungen zu langfristigen, nachwirkenden Gefährdungen führen können. Würde etwa Kernenergie durch importierte Kohle oder importierten Strom ersetzt, wäre der deutsche Kohlebergbau nicht nur nicht begünstigt, sondern im Gegenteil zusätzlich gefährdet.

(Zustimmung bei der SPD)

(Stüber (SPD))

) Denn sind erst einmal die Importschleusen geöffnet - und dies wissen die Bergleute, aber, ich denke, auch wir alle aus leidvoller Erfahrung, wenn ich an die Ölflüsse der 60er Jahre denke -, dann wird es schwer, die hereinbrechenden Fluten zu bewältigen oder auch nur zu ordnen.

Zweifelsohne hat der Kohlevorrang ein neues energiepolitisches Gewicht bekommen. Aber wer Kohle auch nur teilweise in Ersatzlösungen einbeziehen will, der muß heute die Voraussetzungen für eine Verwirklichung dieser Überlegungen schaffen. Er muß die sich zur Zeit aus den Sachzwängen der Absatzmärkte ergebenden Anpassungen und Fördereinschränkungen beenden und statt dessen umgehend Erweiterungsplanungen einleiten, er muß die Nordwanderung im Steinkohlenbergbau und notwendige Neuaufschlüsse im Braunkohlentagebau nicht nur politisch durchsetzbar machen, sondern auch noch zügiger verwirklichen.

(Zustimmung bei der SPD)

Er muß das heute bereits mehr als ein Jahrzehnt dauernde Genehmigungsverfahren für neue Kohlekraftwerke jetzt einleiten, er muß es zu beschleunigen versuchen, und er muß zudem auf vielfältige Proteste und Einsprüche gegen Kraftwerksstandorte überzeugende Antworten haben. Und er muß wissen, daß verstärkte Kohlenutzung auch Umweltfragen aufwirft, die zwar beantwortbar und lösbar sind, aber einen erheblichen, von allen zu tragenden Aufwand an Forschung und Finanzen erfordern. Und er muß letztlich auch wissen, daß Kohle nicht gleich Kohle ist. Wer vorhandene Vorräte und Kapazitäten schlicht addiert, betreibt eine Gänselieselrechnung. Braunkohle aus Buschhaus ist in Kraftwerkskesseln der Rheinischen Braunkohle nicht verwendbar; gleiches gilt umgekehrt. Ebenso kann Steinkohle aus Ibbenbüren nicht an der Saar oder an der Ruhr zur Verstromung eingesetzt werden, und es ist auch in diesen Revieren selbst schon ein Unterschied, ob ein Kraftwerkskessel für anfallende Ballastkohle oder für höherwertige Kohle ausgerüstet ist.

Dies alles, meine Damen und Herren, gilt es zu bedenken. Dabei reicht natürlich die erwähnte Gänselieselrechnung ebensowenig aus wie der Blickwinkel eines nur auf sichere und, wenn eben möglich, preisgünstige Energieversorgung bedachten Haushaltsvorstandes. Denn dieser Blickwinkel endet leider oft schon am Lichtschalter. Wenig hilfreich sind auch die großen Rundwürfe wie auch die nur auf enge Teilaspekte eingezwängten Aussagen.

Vor diesem Hintergrund - und ich habe versucht, nur einige wenige Gedanken dazu

beizutragen - brauchen wir ein Gesamtkonzept, das ein Umsteuern in der Energiepolitik möglich macht. Ein einzelnes Zitat, wie in dem F.D.P.-Antrag vorgelegt - dazu ist schon einiges gesagt -, und mag es noch so richtig sein - ich will persönlich deutlich sagen: ich halte es für richtig -, hilft uns nicht weiter, weil es verkürzt, wo Gesamtschau erforderlich ist, und weil es verwirrt, wo die von Ihnen beschworene Klarheit gefordert ist. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben - die letzte Debatte hat für mich Ansätze dazu gezeigt - einen Weg begonnen - ich denke gemeinsam -, und ich will an dieser Stelle, wie es der Fraktionsvorsitzende der SPD auch bei der letzten Debatte getan hat, appellieren, diesen Weg auch möglichst gemeinsam zu gehen, in bedachten und beharrlichen Schritten alle Illusionen vermeidend, und ohne das gesetzte Ziel aus den Augen zu verlieren.

Der Antrag, den die SPD-Fraktion Ihnen heute vorgelegt hat, fordert neben der umgehenden sicherheitstechnischen Überprüfung aller Kernkraftanlagen - dies schließt übrigens die Sicherheit der dort Beschäftigten und der Bevölkerung ein - einen Bericht der Landesregierung bis Mitte nächsten Jahres zur Umsteuerung dieser Energiepolitik.

Ich will es deutlich sagen: Wir erwarten keine buchhalterische Auflistung, wann was wo abgeschaltet werden kann, sondern wir erwarten Aussagen darüber, wie und wie schnell Alternativen zur Verfügung stehen, entwickelt werden können, was der einzelne, was wir alle tun müssen oder tun können, um dann gemeinsam darüber zu debattieren. Wir wollen Energiepolitik verändern, aber es müssen Ergebnisse dieser Veränderung sichtbar und bewertbar sein, ehe wir auf Veraltetes verzichten können. (D)

Auf den Punkt gebracht: Man muß das Wie kennen, um dann das Wann bestimmen zu können.

(Beifall bei der SPD - Elfring (CDU):
Das Ob steht also gar nicht mehr zur Debatte!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Dr. Biedenkopf das Wort.

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte zunächst das Hohe Haus um Nachsicht, daß ich der Debatte nicht von Anfang an folgen konnte. Aber ich habe nachgelesen, was

7-19

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) unser Fraktionsvorsitzender und was der Fraktionsvorsitzende der F.D.P. zur Begründung der beiden Anträge gesagt haben. Ich bin in dem Augenblick im Hohen Hause gewesen, als der Ministerpräsident dazu Stellung genommen hat. Ich möchte zunächst zu dieser Stellungnahme wenige Sätze sagen.

Nach dem, was ich nachlesen konnte, ist die Feststellung, hier werde wieder - und zwar im Sinne eines Rückschritts - über Kernenergie ohne Wenn und Aber diskutiert, schlicht unzutreffend.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben den Diskussionsstand vom 4. Juni, an dem wir uns in sehr intensiver und, wie ich nach wie vor glaube, fruchtbarer Weise mit diesem Thema befaßt haben, nicht verlassen.

Wir sind - und das ist ja, um mit dem Positiven zu beginnen, eine der erstaunlichen Leistungen der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland - über die Parteigrenzen hinweg, aber auch über die Parteien hinaus mit dem Reaktorunfall von Tschernobyl, der ein Schock war - ich zitiere noch einmal Herrn Kollegen Farthmann, als er am 4. Juni sagte: der uns das theoretische Restrisiko zu einer Realität hat werden lassen -, in einer kürzeren Zeit und, wenn ich von Abirrungen an den Rändern des politischen Spektrums absehe, auch mit größerer Konstruktivität fertig geworden, als es viele am Anfang dieser Diskussion für möglich gehalten haben.

(B)

Ich selbst habe mich bemüht - Herr Rau, Sie haben mich zitiert -, sowohl in einem Schreiben an meine Partei am 12. Mai als auch hier vor allem in der Begründung unseres Entschließungsantrags am 4. Juni unsere Sicht der Gesamtproblematik darzustellen und dabei auf die Verantwortlichkeiten zu verweisen, um die es geht. Ich möchte noch einmal daran erinnern, ohne sie zu vertiefen.

Es ging mir zunächst um die Verantwortlichkeit der Politik, bemüht zu sein um eine ehrliche Diskussion, auch im Sinne der Ehrlichkeit in bezug auf die Wirklichkeit, mit der wir es zu tun haben, und auch ihrer Einschätzung. Es ging mir um die Verantwortung der Politik für die Sicherheit der Menschen - ich glaube, es gibt niemanden in diesem Hohen Hause, der das anders sieht -, um die Verantwortlichkeit der Politik für den Schutz der Umwelt, um die Verantwortlichkeit der Politik für den Schutz der nachkommenden Generationen und um die Verantwortlichkeit der Politik für unser Verhältnis zur dritten Welt.

Es macht keinen Sinn, grundsätzlich über die Neuorientierung in der Energiepolitik zu diskutieren, ohne alle diese Dimensionen einzubeziehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es war mein Eindruck - und ich würde es sehr bedauern, wenn er jetzt widerlegt würde -, daß nicht nur in meiner Partei, sondern auch in der Sozialdemokratischen Partei, und zwar auch nicht nur in diesem Hohen Hause, sondern darüber hinaus, eine Art Bewegung aufeinander zu stattfinden könnte, jedenfalls was die Beschreibung der Verantwortlichkeiten anbetrifft, das heißt die Beschreibung der Kriterien, der Gesichtspunkte, auf die es ankommt, wenn man zu einem verantwortbaren Urteil gelangen will, und zwar auch verantwortbar im Sinne des Prinzips Verantwortung, das heißt in bezug auf die zukünftigen Wirkungen heutigen Handelns.

Nun muß ich gerade, Herr Rau, nachdem Sie mich und andere zitiert haben, nachdem Richard von Weizsäcker zitiert worden ist und die Diskussion ja gerade auch durch Ihr Votum wieder zu einer sehr generellen Diskussion geworden ist, daran erinnern, daß das gar nicht der heutige Diskussionsgegenstand ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der heutige Diskussionsgrund ist ein ganz anderer. Ich möchte das noch einmal erläutern. Wir haben am 4. Juni einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht. Wir haben auch intern darüber geredet, ob wir uns - das ganze Haus - vielleicht sogar auf diesen Antrag verständigen könnten. Das ist nicht gelungen. Aber der Fraktionsvorsitzende der Mehrheitsfraktion hat begründet, warum das nicht ginge. Die Begründung dafür war, daß im Augenblick eine Prüfungskommission in Hamm-Uentrop tätig sei, um die durch den Schaden, der dort aufgetreten war, entstandenen Probleme zu untersuchen und festzustellen, ob tatsächlich und in welchem Umfang Radioaktivität ausgetreten sei und ob es ein meldepflichtiger oder nicht meldepflichtiger Vorgang gewesen sei. Das hatte uns ja am gleichen Tag in einer Aktuellen Stunde vorher beschäftigt. Der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion hat ausdrücklich erklärt - ich habe es nicht mehr wörtlich, aber doch ziemlich genau im Kopf -, daß die inhaltliche Frage nach der Qualität der Reaktorlinie nicht der Grund sei, warum die sozialdemokratische Fraktion nicht in der Lage sei, der gemeinsamen Erklärung zuzustimmen,

(Zustimmung bei der CDU)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

sondern dieses Problem: Man könne, so hat er gesagt, jetzt eine solche Erklärung nicht abgeben, weil man dann dem Prüfungsauftrag dieser Kommission vorausgreife.

(Zustimmende Zurufe von der CDU)

Das war jedenfalls mein Verständnis der Einlassung, zu der Herr Kollege Farthmann sich, wie ich glaube, zu Recht deshalb veranlaßt gesehen hat, weil er den Eindruck vermeiden wollte, daß seine Fraktion die Reaktorlinie als solche ablehne.

(Zustimmung bei der CDU)

So war das. Deshalb ist es auch nicht möglich gewesen, trotz einiger Formulierungen, die wir ja versucht haben, Unterscheidungen zwischen dem konkreten Fall Hamm-Uentrop und der Reaktorlinie als Ganzes - wir haben ja an Formulierungen gebastelt - zu treffen und zu dieser gemeinsamen EntschlieÙung zu kommen.

Wenn das heute noch der Sachverhalt wäre, hätte es heute keine Debatte gegeben. Die freidemokratische Fraktion hat mit ihrem Antrag im Grunde die alte Überlegung wieder aufgenommen, gestützt auf eine Formulierung des Wirtschaftsministers, der ja inzwischen öffentlich erklärt hat, daß der damals anstehende Mangel behoben sei. Das heißt: Das Problem ist gelöst.

(Zustimmung des Abg. Hardt (CDU))

Daß gleichwohl noch Probleme mit der Inbetriebnahme bestehen, hat ja nach Ihren eigenen Erklärungen, Herr Jochimsen, ganz andere Gründe, nämlich die, daß die Betreiber inzwischen auch noch andere Änderungsvorschläge gemacht haben, die aber nicht in ursächlichem Zusammenhang mit dem ursprünglichen Problem stehen, und daß nunmehr, wie das bei einem Forschungsreaktor im Prüfungsbetrieb nun einmal notwendig ist, diese weiteren Änderungen wieder Gegenstand von Genehmigungsverfahren sein müssen. Das Genehmigungsverfahren muß abgeschlossen werden. Aber das können wir hier weglassen. Wir diskutieren vielmehr heute materiell genau die gleiche Frage wie im Zusammenhang mit der gemeinsamen EntschlieÙung. Warum? Weil die Sozialdemokratische Partei bzw. die sozialdemokratische Landtagsfraktion inzwischen eine andere Position zu dieser Frage einnimmt!

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Das ist doch der entscheidende Punkt! Herr Rau, ich finde das nicht in Ordnung, wenn

ich mir diese persönliche Bemerkung erlauben darf, daß Sie diesem eigentlichen Gegenstand nichts von Ihrer Einlassung gewidmet haben. (C)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Doch!)

- Nein, das haben Sie nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben sehr schnell, und zwar auch durch Zitieren meiner und anderer Redebeiträge und durch die Formulierung, wir seien wieder ohne Wenn und Aber für die Kernkraft, die Diskussion auf die allgemeine Ebene geschoben, aber nicht auf den konkreten Sachverhalt, der hier ansteht.

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Zu diesem konkreten Sachverhalt möchte ich mich namens meiner Fraktion jetzt noch einmal äußern.

Sie, Herr Rau, haben gesagt, Sie seien stolz darauf, daß in Ihrer Partei auf Bezirksparteitagen Verschiedenes beschlossen und diskutiert werde, und Sie gingen davon aus, daß auf Ihrem Bundesparteitag in Nürnberg bzw. auf dem Oktober-Parteitag - auf einem der beiden jedenfalls - diese Frage zu Ende gebracht werde. Sie werden verstehen, daß das bei meiner Fraktion eine gewisse Heiterkeit ausgelöst hat. Aber unterstellen wir einmal, daß das so ist. (D)

(Büssow (SPD): Ja, Sie kennen das nicht in Ihrer Partei!?)

- Ich kenne das auch; wir haben solche Prozesse auch in unserer Partei. Wir betrachten es nicht immer nur als einen Vorteil, daß solche Prozesse ablaufen, sondern manchmal auch als einen Nachteil.

(Zustimmung bei der CDU)

Man kann in dieser Frage geteilter Meinung sein. - Nur, Herr Rau, darum geht es doch überhaupt nicht. Dieses Hohe Haus tritt doch nicht zusammen, um den innerparteilichen Willensbildungsprozeß der Sozialdemokratischen Partei nachzuvollziehen

(Elfring (CDU): So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

und zu überprüfen, ob die Sozialdemokratische Partei rechtzeitig genug zur Bundestagswahl ihren Kanzlerkandidaten mit einer halbwegs operationablen Antwort über energipolitische Fragen ausstatten kann.

(Beifall und Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Das ist nicht der Gegenstand unserer Beschäftigung. Gegenstand unserer Beschäftigung - und er ist ein sehr ernsthafter - ist der Antrag der SPD-Fraktion. In diesem Antrag sind es insbesondere zwei Gesichtspunkte, zu denen ich mir gerne Erläuterungen von Ihnen gewünscht hätte; sie sind hier und heute von größter Bedeutung.

Der eine Gesichtspunkt ist, daß die SPD-Fraktion zu Recht feststellt, daß wir vor großen Herausforderungen ökonomischer und ökologischer Art stehen und unsere Industriegesellschaft im Blick auf diese Herausforderungen erneuern müssen. Darüber gibt es glücklicherweise, jedenfalls zwischen den großen politischen Parteien in unserem Lande, keine Meinungsverschiedenheiten. Es wird auch festgestellt, daß dazu die energiepolitischen Fragen gehören. Ob diese Energieversorgung eine Energieversorgung ohne Kernenergie sein kann, darüber wollten wir uns ja erst noch unterhalten, und das sollte ja gerade Gegenstand der Nachdenklichkeit sein. Das wird aber jetzt hier festgestellt. Das heißt, Sie haben im Grunde mit der Landtagsfraktion das, was Sie selbst in den Dialog stellen wollen, längst beschlossen.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Das zweite: Sie haben - Herr Rohde hat bereits darauf hingewiesen - das völlig undifferenziert gemacht. Es geht nicht nur um die Kernspaltung, sondern um die Kernenergie überhaupt. Das ist zumindest problematisch.

Sie verlangen dann, die vorrangige Bedeutung der heimischen Kohle beizubehalten. Auch in bezug auf die Kohle haben wir uns in der Vergangenheit in diesem Hohen Hause immer wieder, und weitgehend mit Erfolg, um Übereinstimmung bemüht. Dann heißt es aber in der Aufforderung der Mehrheitsfraktion an die Landesregierung, daß diese bis Mitte nächsten Jahres einen Plan mit Fristen vorlegen soll, aus dem erkennbar wird, wie eine Energieversorgung - gemeint ist ja wohl unser Bundesland - ohne Kernkraft vollzogen werden soll, und dies soll auch den Hochtemperaturreaktor einschließen. Und das ist genau das Problem!

Bei der Diskussion über den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop reden wir ja nicht nur über die Energieversorgung im engeren Sinne, sondern wir reden über ein seit vielen Jahren in diesem Hohen Hause immer wieder einvernehmlich diskutiertes Gesamtkonzept, über die Frage nämlich: Wie kann ich die im Hochtemperaturreaktor erzeugte Prozeßwärme mit der Kohleveredelung verbinden und so Kohle eine langfristige Zukunft sichern?

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Rau, wir reden in dem Zusammenhang nicht über Ausstieg, sondern wir reden in diesem Zusammenhang über die Frage, ob wir mit einer neuen Technologie überhaupt anfangen wollen;

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

denn das, was jetzt gemacht wird, ist doch das Ausprobieren von Möglichkeiten, nicht die bereits vollendeten Tatsachen. Für diese Frage können Sie sich weder auf die Bezirksparteitage noch auf Nürnberg noch auf Ihre Funktion als Kanzlerkandidat oder sonstwas berufen, in dieser Frage sind Sie als Ministerpräsident gefordert;

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

denn hier geht es um die zukünftige Planbarkeit von wirtschaftlichen Prozessen im größten, bevölkerungsreichsten Industrieland der Bundesrepublik Deutschland.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Rau, ich habe volles Verständnis dafür, daß es in Ihrer Partei wichtiger und umfassender Diskussionsprozesse bedarf, wie man mit den Problemen einer modernen Industriegesellschaft fertig wird. Nicht ohne Respekt, wenn auch in weiten Teilen, wie Sie sich vorstellen können, mit einer anderen Meinung, habe ich den Entwurf einer neuen Fassung des Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei gelesen. Zweifellos werden in diesem Grundsatzprogramm große Anstrengungen gemacht, eine traditionsreiche Partei, die ihre Wurzeln in der ersten industriellen Revolution hat, in eine Zeit weiterzuführen, die durch völlig andere, neuartige industrielle, gesellschaftliche und technische Strukturen gekennzeichnet ist. Alles akzeptiert! Aber, Herr Rau, das Land Nordrhein-Westfalen und seine Zukunft können nicht darauf warten, bis die SPD sich intern über diese Fragen verständigt hat.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Land Nordrhein-Westfalen, seine Techniker, seine Ingenieure, seine Facharbeiter, seine Physiker, seine Mathematiker, alle, die hier mitarbeiten, um unser Land zukunftsfähig zu halten und zu erneuern, brauchen hier und heute Auskunft darüber, was in den nächsten fünf bis zehn Jahren gelten soll.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nimmt ihnen diese Sicherheit, er macht es unmöglich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- 1) Wenn das wörtlich genommen werden soll, Herr Farthmann, was hier steht, dann bedeutet das, daß Sie sich von dem Kohle-Kernkraft-Verbund verabschieden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie können von keinem Industrieunternehmen, auch von keinem Steuerzahler, mehr erwarten, daß er in die Entwicklung von Technologien Geld investiert, von denen die Mehrheitsfraktion dieses Landes erklärt, sie seien für sie voraussichtlich langfristig überhaupt nicht mehr diskutabel.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dabei - das muß man Ihnen nachhaltig zum Vorwurf machen - ist in diesem Antrag aber auch nicht die Spur eines Versuches zu entdecken, zwischen unterschiedlichen Risiken innerhalb der Kernenergie und den Risiken zwischen Kernenergie und anderen Energieträgern auch nur abzuwägen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Alle Wissenschaftler haben uns gesagt - und bisher auch von sozialdemokratischer Seite unwidersprochen -, daß die Risikostrukturen beim Hochtemperaturreaktor völlig anders seien als bei den anderen.

(Büssow (SPD): Sechs Stunden Vorwarnzeit!)

- Nein! Herr Büssow, Sie verstehen möglicherweise etwas von Medienpolitik, aber nichts von Physik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Physiker haben uns alle unwidersprochen gesagt, daß sich der Hochtemperaturreaktor von allen anderen Reaktoren dadurch unterscheidet, daß er über die Qualität der passiven Sicherheit verfügt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das heißt, daß er selbst dann nicht zu einer Gefahr werden kann, wenn die aktiven Sicherungssysteme versagen. Das ist bisher von niemandem bestritten worden.

(Mernizka (SPD): Das ist auch schon von anderen gesagt worden! - Widerspruch bei der CDU)

- Es hat wenig Sinn, solche Feststellungen zu machen, wenn Ihnen, verehrter Herr Kollege, der Unterschied zwischen der passiven Sicherheit eines Systems und der Erzeugung

von Sicherheit durch aktive Vorkehrungen nicht geläufig ist. (C)

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch des Abg. Mernizka (SPD))

- Ich bin durchaus in der Lage, Ursache und Wirkung miteinander zu verbinden; deshalb kann ich auch Ihre Erregung verstehen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Mernizka (SPD): Ich rege mich immer so auf, wenn jemand so arrogant ist wie Sie!)

Ich möchte hier ganz klar, und zwar gerade für die Menschen im Ruhrgebiet, die sich mit dieser Frage sehr intensiv befassen, feststellen, daß die SPD-Fraktion heute ohne Not, ohne jeden unmittelbaren Handlungsanlaß, ohne einen wirklich erkennbaren Grund von dem am 4. Juni nach einer langen Debatte, aber am Ende doch mit starken Strebungen nach Konsens beschrittenen Weg abgeht.

(Maedge (SPD): Es steht doch nichts anderes darin! Das ist doch Quatsch!)

- Entschuldigen Sie, es steht in der Tat etwas anderes darin, und Ihren Zuruf "Quatsch!" möchte ich gern zurückgeben. Sie beziehen den Hochtemperaturreaktor ausdrücklich in die Technologien ein, deren Nichtfortführung die Landesregierung mit Fristen im Sommer 1987 hier vortragen soll.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.) (D)

Wenn ich noch Deutsch lesen kann, dann steht das hier.

Jetzt will ich Ihnen einmal eine Frage stellen: Warum gehen Sie, Herr Rau und Herr Farthmann, denn nicht morgen zur Betriebsrätekonferenz, zu der die VEW eingeladen haben?

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Immerhin hat ja der Gesamtbetriebsrat von VEW eingeladen.

(Westermann (SPD): Warum geht denn der DGB nicht dahin?)

- Und warum redet der Ministerpräsident dieses Landes dort nicht? Warum redet der Wirtschaftsminister dieses Landes dort nicht? Warum redet der Fraktionsvorsitzende der Mehrheitsfraktion dort nicht?

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) Warum hat sich der DGB geweigert, Spitzenrepräsentanten dorthin zu entsenden? - Meine Damen und Herren, ich will es Ihnen sagen! Weil die Betriebsräte Sie dort fragen: Wie könnt ihr politische Entscheidungen einfach so am grünen Tisch treffen, ohne euch überhaupt sachverständig gemacht zu haben?

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Es ist doch immerhin ein eindrucksvoller Vorgang in diesem Lande, daß der Gesamtbetriebsrat von zwei großen nordrhein-westfälischen Unternehmen den Vorstandsvorsitzenden von VEW, Prof. Schneider vom Energiewirtschaftlichen Institut, Bundesumweltschutzminister Wallmann einlädt, um ihnen einmal sachliche Auskunft über die Probleme zu geben, damit sie sich eine Meinung bilden können, die sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion längst gebildet hat, weil sie aus ideologischen und nicht aus politischen Gründen entscheidet.

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Ein Letztes! Es gibt - wir werden eine Menge zu erklären haben - eine Beschlußfassung über die Kohlevorrangpolitik, gefaßt von einer Wirtschaftsministerkonferenz im Oktober 1985. An dieser Wirtschaftsministerkonferenz hat auch Herr Jochimsen teilgenommen, und er hat dem Ergebnis zugestimmt. In dieser Wirtschaftsministerkonferenz haben sich die anderen Bundesländer ausdrücklich nur unter der Bedingung zur Aufrechterhaltung der Kohlevorrangpolitik bereit erklärt, daß das Land Nordrhein-Westfalen auch seinen verlässlichen Beitrag in den anderen Bereichen der Energieversorgung, nämlich auch zur Kernenergie, leistet.

Meine Damen und Herren, wir haben gestern über den Finanzausgleich diskutiert. Wir haben zum wiederholten Male über den Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an der Kohlelast diskutiert. Glauben Sie, Herr Rau, im Ernst, daß diese Politik, die jetzt einen wesentlichen Stein aus der energiepolitischen Gesamtkonzeption der Bundesrepublik Deutschland herauszubereiten beginnt, eine vernünftige Grundlage bietet, um zu erreichen, daß die anderen Bundesländer, die selbst Kernkraft haben, aber bei uns die Kohle mitfinanzieren und auch in Zukunft von uns in Anspruch genommen werden müssen, bereit sind, diese Inanspruchnahme auch in Zukunft mitzumachen? Glauben Sie denn im Ernst, daß wir uns in Nordrhein-Westfalen den Luxus erlauben können, ohne jede weitere Rücksichtnahme auf die möglichen Konsequenzen

langfristige politische Entscheidungen im Bereich der Kernkraft zu treffen, und damit Baden-Württemberg, Bayern und die anderen gewissermaßen vor die Alternative stellen: entweder ihr steigt auch aus - was sie nicht ohne Alternative können -, oder ihr finanziert unsere Kohle weiter?

Das Bundesverfassungsgericht hat auch etwas über die Notwendigkeit des Finanzausgleichs bei in Ländern selbst verursachten Ausgaben verkündet.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Es hat ausgeführt: Wenn die Länder selbst zusätzliche Ausgaben verursachen, sind diese nicht ausgleichsfähig. Das ist eine ganz wichtige Entscheidung. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel darauf, daß Sie sich bei einer Politik, wie Sie sie jetzt - egal, warum, ob Sie Ihre Partei drängt oder wie auch immer - einschlagen, mit Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, ja selbst mit Hessen über die Frage auseinandersetzen müssen, wie diese denn dazu kommen, jetzt die Kohlelast von Nordrhein-Westfalen in noch höherem Umfang als bisher mitzutragen, wenn die Nordrhein-Westfalen selbst diese Last durch ihre Energiepolitik erhöhen. Das heißt, wir werden das Geld nicht bekommen, sondern wir werden für die Kohle mehr aus dem eigenen Haushalt zahlen müssen als in der Vergangenheit.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Nur: Es gehört zu einer verantwortlichen Politik, daß man dem Hohen Hause solche Zusammenhänge vorträgt und daß man nicht, wie Sie das getan haben, einfach sagt: Mich erinnern Ihre Diskussionsbeiträge an den Rückfall in Kernenergie ohne Wenn und Aber. Das ist nicht unser Problem. Unser Problem ist: Gibt es heute einen zwingenden Anlaß, die am 4. Juni 1986 eingeleitete Nachdenklichkeit vorzeitig zu verlassen, Präjudizien zu schaffen, die uns im Verhältnis zu den anderen Bundesländern die größten Schwierigkeiten machen und die es gerade nicht mehr erlauben, leidenschaftslos über die verschiedenen Alternativen zu diskutieren, weil Sie sich politisch längst festgelegt haben? Das ist die Frage, um die es hier geht.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD hat nun Herr Abg. Dr. Farthmann das Wort.

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst ausdrücklich bei Ihnen, Herr Tschoeltsch, und bei der Fraktion der F.D.P. dafür bedanken, daß Sie mir den Vortritt gelassen haben. Ich habe deswegen darum gebeten, weil ich in einigen wesentlichen Punkten direkt auf Herrn Biedenkopf antworten möchte. Herzlichen Dank!

Dann zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Biedenkopf, zunächst eine Vorbemerkung. Ich muß Ihnen das Kompliment machen, daß es Ihnen immer wieder gelingt, unter dem Vorzeichen einer sachlichen, sehr nachdenklichen Diskussion auch ein nicht unerhebliches Maß an Polemik und - ich muß das für den heutigen Tag sagen - auch an falschen Tatsachen zu verbreiten, um nicht zu sagen: Unwahrheiten!

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Pohl (CDU), das Plenarprotokoll vom 04.06.86 hochhaltend: Lies!)

- Nun schreien Sie nicht so; Sie müssen gleich noch viel mehr schreien. Schonen Sie sich noch etwas.

Das fängt an, Herr Biedenkopf, mit der Betriebsrätekonferenz. Der einzige Grund, weswegen ich morgen nicht an der Betriebsrätekonferenz teilnehme, ist, daß ich mit Ihnen zusammen eine Podiumsdiskussion aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der "NRZ" besuche. Das ist der einzige Grund!

(Unruhe)

Weil ich Sie dort nicht alleine sitzen lassen wollte, habe ich den Termin aufrechterhalten.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zwischenrufe - Hardt (CDU): Er geht gerne dorthin!)

- Meine Damen und Herren, ich weiß überhaupt nicht, was es darüber zu lachen gibt. Bei manchen wundert es mich allerdings nicht, wenn sie lachen, da sie immer lachen.

Ich erkläre ausdrücklich - um das vorwegzunehmen, was Herr Biedenkopf vielleicht sagen will -: Wenn Sie Ihren Termin bei der "NRZ" aufkündigen und morgen zu der Betriebsrätekonferenz gehen, gehe ich auch dorthin.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Biedenkopf?

(Dr. Farthmann (SPD): Ja, natürlich!)

- Bitte schön; Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter. (C)

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Kollege Farthmann, darf ich Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, einladen, daß wir morgen beide um 9.30 Uhr dort sind und uns um 11.00 Uhr - mit Blick auf die Diskussion um 11.30 Uhr - wieder verabschieden?

(Dr. Farthmann (SPD): Einverstanden!)

- Großartig! Auf diese Weise habe ich Sie dorthin gebracht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dr. Farthmann (SPD): Neben diesem ganz netten Mätzchen, bei dem ich gerne mitmache, will ich eines in aller Deutlichkeit sagen: Ich glaube, daß wir in der jetzigen Situation gerade den Betriebsräten der von dieser energiepolitischen Wende oder diesem energiepolitischen Umstieg möglicherweise betroffenen Unternehmen in besonderer Weise verpflichtet sind, uns ihnen zur Diskussion zu stellen und nicht auszuweichen. Diese Verpflichtung nehme ich für mich in Anspruch, und ich bin jederzeit bereit, sie für mich zu realisieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun zum Thema! Herr Kollege Biedenkopf hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Ausgangspunkt für die heutige Diskussion der Antrag der F.D.P. ist. Dieser Antrag der F.D.P. war für mich eigentlich - Herr Rohde, nehmen Sie es mir nicht übel - mehr raffiniert als substantiiert. (D)

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Rohde (F.D.P.): Das gehört manchmal zusammen!)

- Das schließt sich natürlich nicht aus, aber es kann auch vorkommen, daß nur das eine vorhanden ist, und das wollte ich damit in etwas höflicher Form ausdrücken.

Herr Rohde, Sie sagen nicht ein einziges Wort zu dem, wie Sie die energiepolitische Zukunft und die nächsten Schritte dazu sehen. Sie tun nichts weiter, als den Versuch zu unternehmen, uns als SPD in Schwierigkeiten zu bringen, weil Sie wissen, daß es über den THTR in unserer Partei Meinungsverschiedenheiten gibt, die ich auch gar nicht leugnen will.

Ich glaube allerdings, daß wir alle gemeinsam dem THTR am meisten gedient hätten, wenn wir ihn, wie wir es am 4. Juni auch gemein-

0-25

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) sam getan haben, überhaupt nicht besonders erwähnt, sondern ihn in die gesamte auf uns zukommende kernenergiepolitische Diskussion einbezogen hätten.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Evertz (CDU))

Ich sage ausdrücklich: Der einzige Grund, weswegen wir dem Antrag der F.D.P. nicht zustimmen können, ist, daß dieser Satz des Ministers aus dem Zusammenhang gerissen worden ist und in seiner isolierten Darstellung genau zu den falschen Schlüssen führen soll, die wir gerade vermeiden wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Biedenkopf, ich muß auch noch etwas richtigstellen, was Sie sich hartnäckig weigern zur Kenntnis zu nehmen, - wenn Sie bitte so freundlich wären, zuzuhören! Es ging in der vorigen Sitzung am 4. Juni gerade nicht um die jetzige Prüfung. Ich darf, da Sie damals schon den gleichen Irrtum verbreitet haben, aus dem Protokoll zitieren. Ich habe mich damals nämlich in einem zweiten Durchgang noch einmal zu Wort gemeldet und ausgeführt:

Wir haben eben in der sich um den Antrag drehenden Diskussion teilweise nebeneinander hergeredet. Ich stelle deswegen in aller Deutlichkeit heraus: Wenn wir von einer Prüfung sprechen, auf deren Ergebnis wir abstellen, Herr Kollege Biedenkopf, dann geht es nicht um die Prüfung, die durch den vermeintlichen oder wirklichen Störfall in Hamm verursacht worden ist.

(B)

Wir haben in aller Deutlichkeit erklärt - und es steht in unserem Antrag, über den wir gleich abstimmen -, daß wir alle kerntechnischen Anlagen einer Prüfung unterziehen wollen, weil - und es wundert mich, meine Damen und Herren, daß das plötzlich nicht mehr unsere gemeinsame Erkenntnis ist - seit Tschernobyl die Glaubwürdigkeit der gesamten Kerntechnik in der Bundesrepublik gelitten hat.

Wir wollen die Glaubwürdigkeit wieder herstellen. Deswegen meine ganze Argumentation ...

(Zuruf des Abg. Hardt (CDU))

Präsident Denzer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

Dr. Farthmann (SPD): Wenn Sie sich bitte einen Augenblick gedulden, Frau Thoben, damit ich eben den Gedanken zu Ende führen kann!

Uns geht es also ausschließlich um die Gesamtprüfung der verschiedenen Sicherheitsrisiken, die mit den verschiedenen Linien der Kernenergie verbunden sind. Dabei können und wollen wir den Hochtemperaturreaktor nicht ausnehmen. Und Ihr aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat, Herr Rohde, legt zumindest die Vermutung nahe, daß Sie diese Herausnahme wollen. Und die wollen wir nicht. Deswegen haben wir diesen Satz eingebunden in unseren Gesamtantrag, und dieser Gesamtantrag soll nur dazu dienen, ein Mißverstehen des Herausgerissenen zu vermeiden;

(Beifall bei der SPD)

denn die Aussage des Ministers halten wir für begründet, wie es wörtlich in unserem Antrag steht - d. h. zu gut deutsch: nach der jetzigen wissenschaftlichen Erkenntnis für richtig -, die wir aber nachprüfen möchten. Genau darum und ausschließlich darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch der einzige Grund, weswegen wir dem Antrag der F.D.P. gleich nicht zustimmen werden: nicht, weil er falsch wäre, sondern, weil er, aus dem Zusammenhang gerissen, zu falschen Schlußfolgerungen führt, die wir vermeiden wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, kann ich jetzt Frau Kollegin Thoben das Wort zu einer Zwischenfrage erteilen? - Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

Frau Thoben (CDU): Herr Professor Farthmann, halten Sie vor diesem Hintergrund die Auftritte des Wirtschaftsministers während der Ausstellung in Moskau bei Interatom und die sehr einvernehmliche Stellungnahme über die weitere Entwicklung der Reaktorlinie auch für verfrüht?

Dr. Farthmann (SPD): Frau Thoben, ich bin wie Herr Biedenkopf der Meinung, daß wir uns gerade in dieser Zeit bei den Betroffenen unterrichten müssen. Ich kann es deswegen nur begrüßen, daß solche Gespräche geführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Welche Schlüsse wir daraus ziehen und in eigener Verantwortlichkeit ziehen müssen, steht selbstverständlich auf einem völlig anderen Blatt.

(Dr. Farthmann (SPD))

Ich möchte, meine Damen und Herren, nachdem nun die Diskussion sowohl durch den Beitrag von Herrn Worms als auch durch den Beitrag von Herrn Biedenkopf in eine allgemeine Ebene gekommen ist, auch dazu noch ein paar Worte sagen:

Ich erkläre ganz ausdrücklich erstens, Herr Biedenkopf: Wir wollen unsere Entschließung vom 4. Juni mit keiner Silbe verlassen. Wir stehen in vollem Umfang hinter dem, was der Landtag mit Mehrheit am 4. Juni beschlossen hat.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens, meine Damen und Herren: Die SPD ist auch nicht gewillt - Herr Kollege Worms, Sie haben das angedeutet -, die Gemeinsamkeit in der Energiepolitik, soweit sie denn bestanden hat, und die Gemeinsamkeit in der Kohlepolitik zu verlassen.

Nur, meine Damen und Herren von der Opposition, machen wir uns im Gegensatz zu Ihnen Gedanken darüber, was der Satz bedeutet, den Sie, Herr Biedenkopf, ja noch einmal ausdrücklich vorhin wiederholt haben: daß die Kernenergie nur vorübergehend genutzt werden soll. Was heißt der Satz? Ich habe - Herr Worms, ohne Ihnen Unrecht tun zu wollen - den schlimmen Verdacht, daß er bei der Mehrheit Ihrer Partei bedeutet: Es soll alles so bleiben, wie es ist. Genau das wollen wir aber nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen kann ich überhaupt nicht verstehen, kann ich auch von Ihrem Standpunkt aus überhaupt nicht verstehen, warum Sie uns daran hindern wollen, erneut über alle Kernkraftanlagen und alle Kernkraftlinien nachzudenken, um dann einen Stufenplan zu entwickeln und das Ergebnis zu finden - was Sie ja selbst angeblich mit unterstützen -, nämlich daß die Kernenergie nur eine vorübergehende Form der Energienutzung sein kann; Nur darum geht es.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

Ich frage Sie um der Glaubwürdigkeit unserer Politik willen: Wollen Sie nur Zeit gewinnen, um über die Aufregung von Tschernobyl hinwegzukommen, oder meinen Sie es ernst mit den Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind; stehen Sie zu dem Satz, daß die Kernenergie nur eine vorübergehende Nutzung sein kann?

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns wirklich darüber einig sind, dann fallen viele Meinungsverschiedenheiten in sich zusammen, dann geht es sozusagen nur noch um die Technik, wie wir den Zeitraum bis zum Tage X überwinden und welche Alternativenergien wir wann einsetzen. Wenn sich darauf die Diskussion begrenzen ließe, dann wären wir in diesem Hause einen ganz erheblichen Schritt weiter. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Dr. Farthmann (SPD): Ich wollte gerade den Gedanken zu Ende führen.)

- Ja, selbstverständlich. Das ist Ihr Recht.

Dr. Farthmann (SPD): Ich wollte nämlich hervorheben, Herr Biedenkopf: In der Diskussion vom 4. Juni, die Sie so sehr reklamiert haben, in der wir immer darauf hingewiesen haben, daß wir eine Prüfung aller kerntechnischen Anlagen wollen, haben auch Sie den Hochtemperaturreaktor nicht ausgenommen. Ich muß Sie deshalb fragen: Wollen Sie so etwas wie eine Blankovorabgarantie für den Hochtemperaturreaktor?

(Beifall bei der SPD)

Wollen Sie das? Wenn Sie das wollen, haben wir in diesem Punkt die Meinungsverschiedenheiten; denn das wollen wir nicht. (D)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es auch nicht redlich zu verlangen - ich glaube, so haben Sie es wörtlich gesagt, Herr Biedenkopf -: Es muß hier und heute Klarheit geschaffen werden. Hier und heute Klarheit schaffen kann nur ein Scharlatan, kann niemand, der begründete und rationale Argumente abwägen will.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Uns geht es ausschließlich darum, in einem rationalen Prozeß - ich würde zudem sehr dringend empfehlen: über alle Parteigrenzen hinweg - zu prüfen, wann wir welche Ersatzenergie haben und wann und welche Kernkraftwerke außer Betrieb gehen können. Nur darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Abg. Dr. Pohl, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

- (A) Dr. Pohl (CDU): Herr Farthmann, wenn es Ihnen denn nun um Klarheit geht, wie Sie jetzt mehrfach betont haben: Können Sie mir erklären, welche Bedeutung die Passage unter IV, zweiter Spiegelstrich, in Ihrem Antrag vom 1. Juli hat, wo es heißt:

Die Landesregierung wird aufgefordert ... zu berichten, in welcher Weise und in welchen Fristen der Übergang zu einer Energieversorgung ohne Kernkraft vollzogen wird; dies schließt den THTR 300 mit ein.

Was bedeutet dies anders als die Aufforderung zum Ausstieg unter Einschluß des THTR?

(Elfring (CDU): So ist es! - Beifall bei der CDU)

Dr. Farthmann (SPD): Ja, selbstverständlich. Deshalb möchte ich Sie einmal fragen: Haben Sie denn Ihre Erklärung, daß die Kernenergie nur eine vorübergehende Nutzung sein könne, nicht ernst gemeint? Haben Sie das nicht ernst gemeint - täuschen Sie denn die Bevölkerung? -, daß das alle Kernkraftanlagen betrifft?

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

- (B) Also, ich muß sagen: Ich komme mit dieser Wortklauberei nicht mehr mit! Wenn wir der Meinung sind - Herr Pohl, das sollten wir uns doch um unserer Redlichkeit willen nun wirklich attestieren -, daß wir die Kernenergie - so ist von Ihnen immer gesagt worden -

(Weiss (CDU): Wo sind denn die Alternativen?)

nur als vorübergehende Energieform nutzen, dann gehört dazu, wenn menschliche Worte zwischen uns noch etwas gelten, auch der Hochtemperaturreaktor, es sei denn, Sie nähmen ihn ausdrücklich aus.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Prof. Farthmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linsen?

Dr. Farthmann (SPD): Ja, wenn ich diesen Satz zu Ende gesprochen habe, Herr Präsident.

Wenn das so ist, dann reduziert sich unsere Meinungsverschiedenheit auf Zeitfristen, auf Stufenfolgen, oder auch darauf, ob wir

irgendwann zu einem anderen Ergebnis kommen. Wir haben selbstverständlich das Recht, auch über das letztere jederzeit nachzudenken und zu reden. Aber wenn wir sagen: Wir wollen aus der Kernenergie aussteigen, dann gilt das für alle Kernkraftanlagen - ohne Ansehung des Halters, ohne Ansehung der Größe und ohne Ansehung des Typs. So verstehe ich das jedenfalls.

(Beifall bei der SPD)

Da war wohl noch eine Zwischenfrage.

Vizepräsident Dr. Klose: Das hat sich erledigt.

Dr. Farthmann (SPD): So, nun will ich noch, weil Herr Biedenkopf so nachdrücklich darauf abgestellt hat, auf die beiden Vorteile eingehen, die der Hochtemperaturreaktor nach unserer jetzigen Erkenntnis bietet. Zum einen haben wir immer gesagt: Wir wollen deswegen den Hochtemperaturreaktor favorisieren, weil er als einziger die nötige Prozeßwärme bietet und weil wir ihn in der Kombination mit der Kohleveredelung einsetzen können. Herr Worms hat auch sehr nachdrücklich darauf abgehoben.

Nun muß ich Ihnen dazu eines sagen: Ich kann keinem Bürger - im Augenblick jedenfalls - erklären, daß die Chance der Kohleveredelung überhaupt noch eine ernsthafte Chance ist. Das mögen Sie anders sehen; aber dann müssen Sie sich über die Realitäten an der Ruhr unterrichten. Bei dem völligen Zusammenbruch der Preisrelationen zwischen Kohle und Öl - ich weiß nicht, wieweit Ihnen das bekannt ist - wird selbst in der von uns ausdrücklich mit Steuergeldern als Modell in Bottrop errichteten Kohleveredelungsanlage - wenn ich recht unterrichtet bin - ab 1.1.1987 Schweröl eingesetzt, weil der Kohlepreis zur Zeit überhaupt keine Chance bietet, jemals, mit welcher Energieform auch immer, die Kohleveredelung zu betreiben.

(Schauerte (CDU): Das ist doch keine Frage des Tagespreises!)

- Daß Sie das nicht wissen, wundert mich nicht, Herr Schauerte.

Das heißt: Selbst wenn - völlig unabhängig von der Prozeßwärmeseite - allein aus Gründen des Kohlepreises die Kohleveredelung überhaupt nicht zur Diskussion steht, kann ich dem Bürger nicht erklären, warum wir diesen Hochtemperaturreaktor aus allen Prüfungsfragen herausnehmen müssen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Prof. Farthmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Linssen?

(Zustimmung des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Bitte schön!

Dr. Linssen^{*)} (CDU): Herr Kollege Farthmann, ist Ihnen entgangen, daß wir bisher gemeinsam in diesem Hause immer davon ausgegangen sind, daß wir Energiepolitik mit langem Atem machen und nicht aufgrund von kurzfristigen Preisverhältnissen auf dem Energie-weltmarkt? Und haben wir Sie heute richtig verstanden, daß Sie damit den Kohle-Kern-energie-Verbund ein für allemal beerdigt haben?

Dr. Farthmann (SPD): Genau das habe ich nicht gesagt,

(Lachen bei der CDU)

und genau das können Sie auch nicht ableiten; aber ich habe gesagt - und dabei bleibe ich -: Im Augenblick ist es überhaupt nicht aktuell, steht im Augenblick überhaupt nicht zur Diskussion.

(Dr. Linssen (CDU): Wir machen nicht von jetzt auf gleich Energiepolitik!)

- Entschuldigen Sie, auf die Fristen komme ich doch gleich.

Wenn Sie allerdings, Herr Linssen, sozusagen mit dem Trick der Kohleveredelung den Hochtemperaturreaktor aus Ihrer Aussage herausbringen wollen, dann sagen Sie das den Bürgern in aller Deutlichkeit, bitte sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Prof. Farthmann, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Zustimmung des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

- Bitte schön!

Frau Thoben (CDU): Herr Farthmann, worauf führen Sie es dann vor diesem Hintergrund zurück, daß noch am 29. Juni der Chef der Ruhrkohle AG wörtlich vorgetragen hat:

Der HTR ist ein geeigneter Partner für die Vergasung und Verflüssigung von Kohle. Wir sind zuversichtlich, daß sich die vielfältigen, auch sicherheitsmäßigen Vorzüge des HTR langfristig durchsetzen.

Dr. Farthmann (SPD): Frau Thoben, ich kenne dieses Zitat nicht; ich habe auch gar keine Möglichkeit, es zu bestreiten. Ich wäre ja froh, wenn es so wäre. Ich bin doch nicht einer, der gegen den Kohle-Kernkraft-Verbund gekämpft hat, und ich bin doch nicht einer, der gegen neue Chancen für die Kohle gekämpft hat. Aber wenn mir zur Zeit jeder Unternehmer sagt, daß darüber überhaupt nicht ernsthaft geredet werden kann, dann weigere ich mich, hier ein großes Gebäude aufzubauen, das real - zur Zeit jedenfalls - überhaupt nicht existieren kann. (C)

(Beifall bei der SPD)

So, meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu dem zweiten Gesichtspunkt: der Sicherheit. Da ist in der Tat - ich weiß nicht, ob das völlig einheitlich ist - -

(Zurufe von der CDU)

- Wenn Sie nicht mehr zuhören wollen, dann ist das Ihr gutes Recht; ich möchte es aber der Öffentlichkeit gern sagen.

Herr Biedenkopf hat gesagt, alle Wissenschaftler hielten den THTR für den sichersten Reaktor. Ich weiß nicht, Herr Biedenkopf, ob es alle sind - das ist auch nicht so wichtig -; aber mit Sicherheit bezeichnet die herrschende Meinung, wie wir als Juristen sagen würden, diesen Reaktor in der Tat als den sichersten mit der Begründung, daß er die größte inhärente Sicherheit biete. Ich bin ja gern bereit, daraus Konsequenzen zu ziehen. Ich bin aber nicht bereit, die Prüfung zu unterlassen, ob sich auch nach Tschernobyl die Wissenschaft noch zu dieser Aussage bekennt. (D)

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Sie lassen doch die Prüfung gar nicht zu! Sie schmeißen ihn doch raus!)

Wenn diese wissenschaftliche Prüfung abgeschlossen ist und wenn diese wissenschaftliche Prüfung das, was wir vermuten und was wir hoffen - was auch ich hoffe -, bestätigen sollte, dann wird das ganz sicherlich ein Reaktor sein, der nicht als erster aus dem Netz geht.

(Dr. Linssen (CDU): Aber er geht raus!)

- Herr Linssen, nun dachte ich, auch Ihnen wäre bekannt, daß jeder Reaktor irgendwann einmal aus dem Netz geht. Darüber wollte ich nämlich jetzt gerade reden.

(Hardt (CDU): Aber was denn, wann denn? - Weitere Zurufe von der CDU)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Wenn Sie, meine Damen und Herren, das berücksichtigen und wenn Sie vielleicht einmal unterstellen - als Modellfall, ohne daß ich im Augenblick eine solche Aussage tun könnte und wollte -, daß der Hochtemperaturreaktor der letzte wäre, der aus dem Netz geht, dann ist es ja doch wohl bei allen realistischen Einschätzungen - die wir alle gemeinsam haben, an die Sie uns ja immer wieder ermahnt haben - ein Zeitraum von mindestens zehn, vielleicht zwanzig, vielleicht sogar dreißig Jahren, bis der letzte Kernreaktor nach diesem Stufenplan abgeschaltet wird. Und wenn es für den THTR dreißig Jahre oder auch nur zwanzig Jahre wären, dann wird ohnehin über diesen Reaktor schon keiner mehr reden; dann geht er nämlich schon von selbst aus dem Netz. Und dann taucht in der Tat die Frage auf, ob wir Nachfolgereaktoren einrichten wollen.

(Elfring (CDU): Eben!)

- Nicht "eben", sondern dann müssen Sie den Bürgern sagen, daß Sie das in Wirklichkeit meinen, wenn Sie von der vorübergehenden Nutzung sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Genau um diese Frage geht es uns, meine Damen und Herren! Es geht uns um die Frage, unvoreingenommen prüfen zu können, welche Risiken dieser Reaktor bietet und für welche Dauer wir ihn im Interesse der Sicherheit unserer Bürger tolerieren wollen. Wir möchten uns die Prüfung dieser Sicherheit nicht gerne beschneiden lassen. Ich würde es daher im Interesse der gemeinsamen Linie für sehr dienlich halten, wenn wir uns über diesen Punkt einig werden könnten: Lassen Sie uns in den nächsten Jahren diese Prüfung vornehmen und diesen Stufenplan erarbeiten; dann würden jedenfalls für diesen Zeitraum keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Tschoeltsch^{*)} (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Landtagswahl im Mai 1985 wurde die neue SPD-Landtagsfraktion aufgrund ihrer vielen Direktmandate von ihrem Vorsitzenden, aber auch von den Medien als selbstbewußte Fraktion gekennzeichnet. Wenn man sich das Verhalten der Mehrheitsfraktion beim Thema Hochtemperaturreaktor ansieht, gerade auch am heutigen Tag, so ist von diesem Selbstbewußtsein nichts mehr übriggeblieben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die SPD-Fraktion gleicht einem Punchingball beim Boxen: hin- und hergestoßen, einmal von der Basis vor Ort, der der Ausstieg nicht schnell genug gehen kann, und zum anderen vom Kanzlerkandidaten, der selbst nicht richtig weiß, was er will. Das Wort Führungsaufgabe, Herr Rau, ist zumindest Ihnen offensichtlich ein Fremdwort.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD, lesen Sie eigentlich noch die Beschlußtexte, oder heben Sie nur noch die Hände, je nachdem, wie Ihr Stimmführer die Entscheidung vorgibt?

Herr Stüber - auch das möchte ich erwähnen -, Sie hatten heute offensichtlich die Aufgabe, für die Minderheit in Ihrer Fraktion zu sprechen.

(Schauerte (CDU): Aber nur ganz vorsichtig!)

Ihr Beitrag hob sich wohltuend ab. Ich hoffe, daß Sie auch so abstimmen, wie Sie reden.

Die Mehrheit in der SPD fordert eine sichere Energieversorgung ohne Kernkraft. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen. Die SPD streitet nur noch über das Tempo des Ausstiegs. Die einen sagen: sofort, die anderen peilen das Jahr 2000 an. Und heute beschließen Sie - ich zitiere aus Ihrem Antrag -: Die Hochtemperaturreaktorlinie ist und bleibt innerhalb der Kerntechnik eine vorzugswürdige und sichere Linie.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Tschoeltsch, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Maedge?

(Tschoeltsch (F.D.P.): Ja!)

Maedge (SPD): Herr Kollege Tschoeltsch, in Würdigung dessen, was Sie eben gesagt haben: Stehen Sie zu der Aussage, die Ihr Fraktionsvorsitzender am 4. Juni 1986 in diesem Hohen Haus getroffen hat, daß die F.D.P. einen Ausstieg aus der Kernenergie unmittelbar nach dem Jahr 2000 nicht ausschließt?

Tschoeltsch^{*)} (F.D.P.): Wir haben nie gesagt: unmittelbar nach dem Jahr 2000, Herr Maedge. Wir haben eines gesagt, und das ist der springende Punkt, in dem wir uns unterscheiden: Selbstverständlich, wenn wir eine Energieart oder -technik anbieten können, die weniger Risiko beinhaltet, dann wären wir doch verrückt, wenn wir das nicht machen würden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

3- 3A 29

(Tschöeltsch (F.D.P.))

) Sie steigen aber aus, ohne darüber nachzudenken. Sie haben keine Alternative!

(Dr. Farthmann (SPD): Das habe ich doch gerade erläutert!)

Meine Damen und Herren, merken Sie denn nicht, daß Sie zwei grundsätzlich verschiedene Aussagen treffen? Warum wollen Sie denn einen vorzugswürdigen und sicheren Reaktor ans Netz gehen lassen, wenn Sie doch gleichzeitig den Ausstieg beschlossen haben?

Warum wollen Sie auch aus dem Hochtemperaturreaktor aussteigen, wenn Sie doch selbst in Ihrem heutigen Antrag von einer sicheren Linie sprechen? Nein, meine Damen und Herren, Sie betreiben eine wankelmütige Energiepolitik zum Schaden unseres Landes, zum Schaden unserer Bürger, und Sie wissen dies auch ganz genau.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zuruf von der CDU: Einstieg in den Morgenthauplan!)

Ich darf Sie an die Diskussion in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses erinnern. Da haben wir beraten, wie das Genehmigungsverfahren für Stromtarife für den Bürger transparenter gestaltet werden kann. Eine öffentliche Erörterung lehnen Sie ab, weil die Dinge, wie Sie sagen, so komplex und für den Bürger zu schwierig seien. So haben Sie sich im Ausschuß geäußert. Selbst die Heranziehung von unabhängigen Sachverständigen ist für Sie schon suspekt.

Noch interessanter wird dieses Thema allerdings, wenn die Energieversorgungsunternehmen die zusätzlichen Kosten für den Ausstieg aus der Kernenergie auf den Tisch legen. Ich habe den Eindruck, daß Sie dies der Öffentlichkeit vorenthalten wollen. Dies, meine Damen und Herren, ist aber keine redliche Politik. Die F.D.P.-Fraktion wird gerade bei diesen Fragen nicht lockerlassen. Wir wollen bei den Strompreisen mehr Transparenz für die Bürger in unserem Lande.

Meine Damen und Herren von der SPD, dann sagen Sie uns doch endlich einmal, durch welche Kraftwerke Sie die Atomkraftwerke ersetzen wollen. Wollen Sie zusätzliche Kohlekraftwerke bauen? Wollen Sie dabei mehr Importkohle oder mehr heimische Kohle einsetzen? Wollen Sie verstärkt Braunkohle oder Steinkohle einsetzen?

(Dr. Farthmann (SPD): Ich dachte, das wollten wir gemeinsam prüfen!)

- Aber, Herr Farthmann, dann sagen Sie uns das doch, bevor Sie den Ausstieg festlegen. Das ist doch der Punkt!

(C)

Meine Damen und Herren von der SPD, das sind wichtige Fragen, doch leider bleiben Sie die Antwort schuldig, und die Landesregierung ist gar völlig untergetaucht. Uns würde schon interessieren, was der Wirtschaftsminister auf den Antrag der KWU vom 17.04.1986 für einen neuen 200-MW-Reaktor antworten wird. Das ist auch für die Öffentlichkeit wichtig zu wissen, Herr Minister.

Wie leichtfertig die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung mit den Umweltbelastungen bei Kohlekraftwerken umgehen, möchte ich Ihnen an einem Beispiel aufzeigen. Mitte Dezember 1985 hat hier im Landtag unser Fraktionsvorsitzender Rohde prophezeit, die NO_x-Minderung beim Kraftwerk Ibbenbüren könne nur durch eine drastische Reduzierung der Betriebsstunden des Kraftwerkes erreicht werden. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben damals gelacht. Sie haben Herrn Rohde Unkenntnis unterstellt und haben Herrn Ruppert vorgeworfen, Angst zu schüren. Was ist denn geschehen? Das RWE hat sein intensives Bemühen bekundet, im Interesse eines verbesserten Umweltschutzes die Stickoxide mittels DENOX-Anlage zu reduzieren. Herr Rau hat dieses Bemühen nach seinem Prinzip Hoffnung in der Öffentlichkeit so dargestellt, als sei die Umsetzung dieses Bemühens schon sicher.

Nun hat sich leider die Befürchtung der F.D.P.-Fraktion bestätigt. Diese Vereinbarung ist eine Nachbesserungsabsprache des Ministerpräsidenten mit dem RWE über den vorzeitigen Einbau einer noch nicht vorhandenen Stickoxidminderungstechnologie. Im Umweltausschuß hat Minister Matthiesen zugegeben, daß die obengenannte Vereinbarung nicht haltbar sei. Warum wird dem Bürger gegenüber jetzt die Situation nicht deutlich dargestellt?

(D)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Es stimmt, der Ausstoß an Stickoxiden in Ibbenbüren wird gesenkt; aber er wird gesenkt, weil das Kraftwerk mit weniger Betriebsstunden fährt. Das alles als umweltpolitischen Erfolg zu verkaufen, nenne ich eine besondere Art der Volksverdummung.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Damit wird jede Betriebsschließung ein umweltpolitischer Erfolg; das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Erneut Zustimmung bei der F.D.P.)

(Tschöeltsch (F.D.P.))

- (A) Nachdem jetzt herausgekommen ist, daß die Stickoxidminderung technisch derzeit gar nicht so machbar ist, wird das Kraftwerk Ibbenbüren in eine unerquickliche Diskussion gezwungen, eine Diskussion, die letztlich über die Umweltproblematik hinausgeht und auch die Standortfrage einschließt.

Was noch schlimmer ist, meine Damen und Herren: Das Vertrauen der Bevölkerung in Vereinbarungen zwischen Wirtschaft und Politik wird in Frage gestellt. Dazu darf es aber nicht kommen. Es ist deshalb notwendig, bei Vereinbarungen solcher Art die Grenzen und Möglichkeiten der Technik deutlich herauszustellen. Das ist leider versäumt worden. Das ist leider auch von Ministerpräsident Rau in einer für meine Begriffe fahrlässigen Weise versäumt worden. In diesem Zusammenhang wäre es richtig, daß Ministerpräsident Rau diese damalige Darstellung zurücknimmt und nun präzise sagt, wie es ist.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Kernenergie zurück. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, sobald wie möglich, wie es heißt, einen Bericht über das Ergebnis der sicherheitstechnischen Überprüfung aller Kernkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Meine Damen und Herren, alle Kernkraftanlagen sind unter Beteiligung der Genehmigungsbehörde der Landesregierung geprüft worden. Die Landesregierung erhält auch von allen Störfällen Kenntnis. Wir müssen doch davon ausgehen - und auch hierauf hätte ich gern die Antwort der Landesregierung -, daß sie auch ohne Aufforderung durch die SPD-Landtagsfraktion tätig wird, falls sicherheitstechnische Mängel erkennbar werden. Oder ist der Antrag so zu verstehen - vielleicht können Sie das noch erläutern -, daß in Nordrhein-Westfalen künftig andere Sicherheitsstandards gelten sollen als in allen anderen Bundesländern?

(B)

Eigentlich müßte die Landesregierung bereits heute - vielleicht bekommen wir dazu eine Auskunft - einen Bericht über die Sicherheit aller Kernkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen geben können. Zumindest kann sie uns darlegen, was sie seit dem 04.06.1986, als der Landtag diesen Beschluß gefaßt hat, veranlaßt hat.

Mit Spannung, meine Damen und Herren, erwarten wir den angeforderten Bericht der Landesregierung, in dem dargelegt wird, in welcher Weise und in welchen Fristen der Übergang zu einer Energieversorgung ohne Kernkraft vollzogen werden soll. Alle Fraktionen im Landtag waren bisher der Meinung, daß wir eine Energieversorgung anstreben,

die auf einem bundesweiten Konzept basiert. Die unterschiedlichen Interessen der Bundesländer in der Frage Atomstrom/Kohlestrom wurden mühsam auf einen Nenner gebracht.

Durch die offensichtlich von Ihnen beabsichtigte Regionalisierung setzen Sie den Bergbau in unserem Land unter einen vermeidbaren Druck. Wenn Nordrhein-Westfalen einseitig aus der Kernenergie aussteigt, so werden sich die anderen Bundesländer nicht mehr im bisherigen Umfang an den Lasten der Kohlepolitik beteiligen. Es liegen ja bereits entsprechende Stellungnahmen aus anderen Bundesländern vor. Wir können da nur warnend den Finger heben. Die Verantwortung müssen Sie von der Mehrheitsfraktion schon selbst übernehmen.

Herr Farthmann, in der Sitzung des Landtags am 04.06. erklärten Sie zum Hochtemperaturreaktor - ich zitiere -:

Wenn dieses Ergebnis

- gemeint ist die sicherheitstechnische Prüfung -

positiv ausfällt, werden wir dieser Linie ein besonders positives Augenmerk zuwenden.

Wie sieht denn dieses besonders positive Augenmerk aus? Wir haben den Eindruck, daß die Landesregierung bei der Beurteilung des letzten Störfalles eher eine Diskriminierung dieser Reaktorlinie im Auge hatte.

Mich befremdet im übrigen die Kumpanei zwischen dem Genossen - so vermute ich - Vorsitzenden der VEW, Knizia, und dem Genossen Wirtschaftsminister Jochimsen. Von einem Unternehmensführer, der täglich für den Stillstand eines Betriebes 300 000 DM zu bezahlen hat, hätte ich mir ein konsequenteres Eintreten für die möglichst umgehende Wiederinbetriebnahme gewünscht. Doch, meine Damen und Herren, dieser Deal zwischen Politik und Wirtschaft wird verständlicher, wenn man weiß, daß die 300 000 DM täglich letztendlich vom Stromkunden bezahlt werden. Diese Kosten werden nämlich bei der Genehmigung der Stromtarife durch den Wirtschaftsminister in Anrechnung gebracht.

Da wird wieder deutlich, zu welchen Verwerfungen es kommt, wenn der Markt nicht mehr funktioniert, weil staatlich geprüfte und genehmigte Gewinnmargen Jahr für Jahr sicher sind. Dieses Verhalten der Unternehmensführung ist ein Schlag ins Gesicht für jedes Unternehmen, das sich im Wettbewerb durchsetzen muß.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(Tschöeltsch (F.D.P.))

- A) Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie aus der Kernenergie aussteigen wollen, dann bedeutet dies auch den Ausstieg aus der Kernforschung. Denn es hat keinen Sinn, auf diesem Gebiet in einem Bundesland als Wissenschaftler tätig zu sein, wenn die Verantwortlichen in der Politik den konsequenten Ausstieg proklamiert haben. Mit Ihrer Entscheidung sorgen Sie dafür, daß hochqualifizierte Forscher abwandern. Sie fügen unserem Land erneut einen Schaden zu.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Wir wissen - das verheimlichen wir nicht -, daß die Kernenergie ein Restrisiko beinhaltet. Darin stimmen wir im übrigen alle überein. Für mich sind Beurteilungen wie zum Beispiel die, ein Störfall trete erst in 10 000 Jahren auf, kein Argument; der Störfall kann eben auch schon morgen eintreten.

Doch wenn wir auf die Kernenergie verzichten wollen, so müssen wir Energiearten und -techniken präsentieren, die ein geringeres Restrisiko bzw. ein geringeres Gesamtrisiko haben.

Meine Damen und Herren, wenn ich dann vergleiche, muß ich auch die Schäden, muß ich die Verletzten und Toten im Bergbau beispielsweise, Unglücke im Off-shore-Bereich oder auch Tankerunglücke in diese Vergleichsrechnung mit einbeziehen.

Meine Damen und Herren, wir stimmen in einem Punkt mit der SPD in ihrem Antrag überein:

(Maedge (SPD): Das ist zu wenig!)

Eine nationale Forschungsoffensive ist auch im ersten F.D.P.-Antrag, den wir im Landtag beraten haben, enthalten gewesen. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis,

(Dr. Farthmann (SPD): Stimmen Sie doch unserem Antrag zu! - Heiterkeit bei der SPD - Zurufe)

daß die SPD sich in diesem Punkt unserem Anliegen angeschlossen hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Denn in Ihrem Antrag vom Juni dieses Jahres, Herr Maedge - "Konsequenzen für die Politik aus dem Reaktorunglück in Tschernobyl" -, kommt das Wort "Forschung" überhaupt nicht vor, während wir uns bereits damals für einen massiven Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ausgesprochen haben, um Techniken zu entwickeln, die ein geringeres Risiko beinhalten.

Wir sind im übrigen gespannt, wie ernst Sie Ihre Aufgabe nehmen. Der Haushalt 1987 wird bereits ein Prüfstein dafür sein. (C)

Meine Damen und Herren von der SPD, eiern Sie doch beim Hochtemperaturreaktor nicht so herum! Sie haben heute die Möglichkeit, durch Zustimmung zu unserem Antrag

(Lachen und Zurufe von der SPD)

wenigstens einen Konsens zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Plenum herzustellen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile nun Herrn Abg. Apostel für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte sehr!

Apostel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der teilweise etwas polemisch geführten Debatte kommen wir ja jetzt zu ein wenig ruhigeren Überlegungen, und wir haben Gelegenheit, das Spannungsfeld der Problematik, die Umsteuerung der Energiepolitik, hier anzusprechen und miteinander zu diskutieren.

Der Umbau unserer Industriegesellschaft und damit die notwendig werdende Verhaltensänderung zur Sicherung und Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine schwierige Aufgabe, von der alle Gruppen unserer Gesellschaft betroffen werden. Der erforderliche Zeitbedarf ist nicht vorher bestimmbar. Der uns heute besonders beschäftigende Teilaspekt des gesamten Umsteuerungsprozesses bezieht sich auf die preiswürdige und gesicherte Energieversorgung ohne Einsatz von Kernenergie. (D)

Eine solche Herausforderung wendet sich an alle wirtschaftlichen und geistigen Kräfte, insbesondere jedoch an die geistigen Kräfte in unserer Gesellschaft.

Wir wollten und wollen einige Gesichtspunkte gemeinsam erörtern und abwägen, um den für viele Menschen vorhandenen Widerspruch auszuleuchten und zu überdenken, der zwischen den Absichten besteht, zum einen eine Energieversorgung ohne Kernenergie zu erreichen und zum anderen den Hochtemperaturreaktor und seine vorzugswürdigen Konstruktionsmerkmale nach Möglichkeit zu entwickeln.

Die öffentliche Diskussion wird von zwei Grenzpositionen bestimmt. Von den Befürwor-

(Apostel (SPD))

- (A) tern wird vorgetragen, die Entwicklung der Kernkraftwerke sei so weit fortgeschritten, die Anlagen seien so sicher, daß ein Verzicht auf ihre Nutzung zu wirtschaftlicher Verelendung führe. Die Gegner wiederum behaupten, die Kernkraftanlagen seien unsicher, sie bedrohten unser Leben und unsere Gesundheit; sie müßten alle sofort abgeschaltet werden.

Tschernobyl und vor allem seine für jeden Bürger erstmals persönlich empfundenen Folgen haben in der Bundesrepublik Betroffenheit, Sorgen, ja Angst ausgelöst. Zusätzlich entwickelt sich zeitgleich eine Glaubwürdigkeitskrise, von der die Experten der Wirtschaft und der Wissenschaft, aber auch die Politiker betroffen sind.

Es sind gewaltige wirtschaftliche Interessen im Spiel, die eine angemessene Berücksichtigung erfordern. Es gibt aber auch die gesetzlichen Normen, die wir uns selbst gegeben haben. Beim Widerstreit zwischen wirtschaftlichem Nutzen und der Sicherheit für Gesundheit und Leben unserer Bevölkerung müssen wirtschaftliche Interessen zurückstehen.

Zwischen vernünftigen Menschen gibt es über diese Priorität auch keinen Streit. Der Streit entwickelt sich immer an der Beurteilung, wie sicher und wie gefährlich Kernkraftanlagen sind. Wir und alle Experten wissen, daß es eine absolute Sicherheit nicht gibt; das auch von unserem höchsten Gericht festgestellte Restrisiko ist das Problem in unserer Situation. Der Begriff des Restrisikos bezieht sich auf den Betrieb und die damit verknüpften Unfallgefahren. Nach Tschernobyl ist eine breite Übereinstimmung dafür entstanden, eine international angelegte Sicherheitsüberprüfung durchzuführen; die Ergebnisse werden wir abwarten müssen. Die entstandene Situation zwingt uns aber, auch die Entwicklung des Erkenntnisfortschrittes außerhalb des engen Feldes der betriebstechnischen Sicherheit zu verfolgen.

Was bewegt einen Wissenschaftler wie Carl Friedrich von Weizsäcker im November 1985, also weit vor Tschernobyl, dazu, seine entschiedene Gegnerschaft zur Kernenergie zu publizieren? Ein international ausgewiesener Wissenschaftler, der bis dahin die Kernenergienutzung für vertretbar hielt, kommt zu einer entgegengesetzten Meinung. Der springende Punkt ist dabei nicht die betriebliche Sicherheit der Kernkraftanlagen, sondern unser Unvermögen, diese Anlagen vor kriegsbedingten Einwirkungen zu schützen.

Zweitens verweist er darauf, daß wir weder die Anlagen noch die damit verbundenen

Transporte strahlenden Materials vor dem terroristischen Zugriff schützen können. Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, daß neben dem Restrisiko auch erhebliche andere Risiken ganz allgemeiner Art mit den Kernkraftanlagen zusammenhängen.

Wenn wir zur Friedenssicherung eine so gewaltige kostenverursachende Anstrengung wie die NATO und die Bundeswehr betreiben, dann wird die Kriegsgefahr ja wohl nicht prinzipiell auszuschließen sein. Für den Eintrittsfall ist eine atomare Verseuchung unseres Staatsgebiets auch ohne Atomwaffeneinsatz praktisch möglich und sogar wahrscheinlich. Die Energietechnik Kernkraft ist vor allem aus diesen Gründen als nicht sozialverträglich einzustufen.

Es gibt eine weitere allgemeine Gefährdung außerhalb des Restrisikos. Durch die Untersuchungen des amerikanischen Radiobiologen Ernest Sternglass können wir heute etwas über Gesundheitsschäden durch Niedrigst-radioaktivität wissen. Es ist nach seinen Erkenntnissen, die durch eine eingesetzte wissenschaftliche Prüfungskommission bestätigt worden sind, nicht auszuschließen, daß die Wissenschaft seit langer Zeit in den Einschätzungen der Gefährdung von Radioaktivität einem erheblichen Einschätzungsfehler unterliegt. Es ist deshalb nicht richtig, über ungefährliche radioaktive Dosen zu sprechen. Auch die ständig herangezogenen Vergleiche mit Röntgenstrahlen sind nach den gewonnenen Forschungsergebnissen unzulässig.

(von Unger (CDU): Deswegen bleiben wir ja unter den terrestrischen Strahlungen, und dann wird es wohl unschädlich sein!)

Meine Damen und Herren, wenn wir die heutige Diskussion über die Gefährdung durch Atomtechnologien mit der Umweltschutzdiskussion der Jahre 1970 und 1975 vergleichen, dann können wir den Versicherungen der fachlich gebundenen Experten nicht absolut glauben. Viele Positionen, die im Umweltschutz vor zehn bis fünfzehn Jahren noch heftig umstritten waren, sind heute unbestrittener Kenntnisstand. Übertragen wir das auf unsere Kernkraftdiskussion, dann haben wir allen Anlaß zur Vorsicht. Das hat nichts mit neuer Verunsicherung, aber alles mit der höchstmöglichen Sicherheit zu tun.

Aus dieser Position heraus wird es erklärlich, daß die Sozialdemokratische Partei eine Energieversorgung ohne Nutzung der Atomtechnologie anstrebt. Wir können zwischenzeitlich für die Möglichkeit einer Umsteuerung auch auf einen Mann wie Bennigsen-Foerder

(Apostel (SPD))

) verweisen; das hat heute hier schon eine Rolle gespielt.

Dieser Umsteuerungsprozeß, für den auch einige Gesetze und Vorschriften geändert werden müssen, braucht Zeit. Auch bei bester Absicht aller am Prozeß beteiligten Kräfte würde eine Reihe von Jahren vergehen. Da wir ein Rechtsstaat sind, wird es nur bei nachweisbaren Sicherheitsrisiken für den Betrieb einer Kernkraftanlage zur Abschaltung ohne Entschädigung kommen können.

Gleichzeitig müssen die Anstrengungen deutlich verstärkt werden, die die versorgungstechnischen Voraussetzungen für den Verzicht auf die Kernkraftnutzung schaffen. Der Zeitbedarf für diesen Vorgang ist für mich persönlich offen und nicht übersehbar. Aber es ist in der Öffentlichkeit bekannt, daß an einer Eingrenzung dieser Frage gearbeitet wird.

Wir fordern mit unserem Antrag die Landesregierung zusätzlich auf, dem Landtag zu berichten, wie und in welchem Zeitraum nach den verfügbaren Erkenntnissen aus Wissenschaft, Technik und Wirtschaft ein Übergang zu einer Energieversorgung ohne Kernkraft vollzogen werden kann.

Nach Lage der vorherrschenden Interessen ist aber nicht mit der besten Absicht und auch der Kooperationsbereitschaft der Beteiligten zu rechnen. Es muß vielmehr davon ausgegangen werden, daß die wirtschaftlich mächtigen Verwertungsinteressen der Kernenergie alles versuchen werden, nun als Hauptfaktor für die Stromversorgung anerkannt zu werden und anerkannt zu bleiben. Es wird sich auf die Frage zuspitzen, ob die Gesellschaft die Energiepolitik bestimmen kann oder ob die Energiewirtschaft für ihr Konzept genügend Rückhalt in der Gesellschaft hat und die Richtung der Fachpolitik nach ihrer Interessenlage durchsetzen kann.

Wir stehen nach Tschernobyl am Anfang eines langen Weges. Die SPD-Fraktion vertritt die Auffassung, daß es bauartbedingte Sicherheitsunterschiede bei den Leichtwasserreaktoren gibt und daß der THTR bauartbedingte Sicherheitsvorteile im Vergleich zu Leichtwasserreaktoren bieten kann. Eine Qualifizierung dieser Vorteile durch die Sicherheitsüberprüfung ist die Grundlage für unsere zukünftige Bewertung. Bis zur Vorlage der beantragten Daten sehen wir keinen Widerspruch zwischen dem Ziel, die Energiewirtschaft in Zukunft ohne Kernenergienutzung zu ermöglichen, und der Absicht, die

Vorteile des THTR im Vergleich zu den Leichtwasserreaktoren konkret zu entwickeln. (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herrn Prof. Jochimsen, das Wort.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte an den Anfang meiner Ausführungen das Bedauern darüber stellen, daß wir in dieser heutigen Debatte nicht nur durch die Rede des Herrn Kollegen Worms, sondern auch durch die Rede des Herrn Kollegen Biedenkopf - zumindest durch ihren zweiten Teil - gegenüber dem zurückgeworfen werden, was wir bereits in der großen Energiedebatte am 4. Juni herausgearbeitet hatten. Ich hatte gehofft, wir wären ein Stück weiter gewesen.

Die Rede von Herrn Kollegen Biedenkopf zeigt übrigens in ihrem ersten Teil - ganz im Gegensatz zum zweiten Teil - sehr deutlich, wie unsinnig es ist, hier im Landtag über einen einzelnen Satz eines Ministers abzustimmen.

Meine Damen und Herren, im übrigen frage ich die Oppositionsfraktionen, warum sie denn nun nicht dem zustimmen können, was in dem Antrag der SPD-Fraktion unter Ziff. IV vorliegt, nämlich ernsthaft die Konsequenzen von Tschernobyl zu untersuchen. (D)

Und, Herr Kollege Tschoeltsch, ich war überrascht darüber, daß Sie die Notwendigkeit der Überprüfung der kerntechnischen Anlagen - als eine selbstverständliche Konsequenz aus dem Erfahrungszuwachs über Tschernobyl, den wir noch zu gewinnen haben; darüber hat ja die sowjetische Regierung leider immer noch nicht berichtet - im Gegensatz zu dem, was die Bundesregierung inzwischen für erforderlich hält, hier immer noch bestreiten.

Ich kann auch nicht verstehen, wieso das hier nicht interessiert. Wenn man Kernenergie wirklich ernsthaft als Übergangsenergie betrachtet - so hatte ich Herrn Kollegen Biedenkopf verstanden -, dann muß doch die Prüfung an Voraussetzungen, Möglichkeiten und Fristen geknüpft sein, und es muß doch interessieren, daß dies geschieht. Was tut denn eigentlich die CDU - so frage ich mich am Ende dieser Debatte -, um die Ernsthaftigkeit ihres Prüfens unter Beweis zu stellen?

Die Landesregierung, meine Damen und Herren - und damit komme ich jetzt zum Kern

7 - 35

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) dieser Debatte, die hier noch einmal veranlaßt worden ist; das ist die HTR-Technologie - ist in den letzten Jahren stets für diese Technologie eingetreten, und zwar mit Unterstützung aller Fraktionen. Unser Motiv dabei war ein doppeltes: Die HTR-Technologie bietet bestimmte Sicherheitsvorteile, auf die eine Industriegesellschaft nicht verzichten sollte, weil Kernenergie - was wir immer wußten - eine risikoreiche Technik ist. Jede Chance, durch eine bestimmte Bauweise Risiken zu mindern, sollte daher nüchtern geprüft und möglichst auch erprobt werden. Und zweitens: Nur eine HTR-Technologie vermag die Wärmequalität auf hohem Temperaturniveau zu liefern, die für eine Kohleveredelung unverzichtbar ist.

Beide Argumente - und das wird hier in der Diskussion heute verkleistert - sind immer auch umstritten gewesen. Es ist überhaupt keine neue Erkenntnis, daß wir von beiden Zielen noch weit entfernt sind. Weder sind die Sicherheitsvorteile einer HTR-Technologie heute bereits voll realisiert und erprobt, noch sind die technischen Lösungen in Sicht - ich sage: die technischen Lösungen -, die eine Kohleveredelung tatsächlich in der Praxis ermöglichen könnten. Dabei schweige ich von den wirtschaftlichen Chancen überhaupt, die nach dem Ölpreiszusammenbruch auf der einen Seite und der Kostenentwicklung bei den Umwandlungsanlagen andererseits, die ja ganz unbestreitbar explosiv gewesen sind, diese Frage hier in einem anderen Licht erscheinen lassen.

- (B) Ich erinnere an die Diskussion im Jahre 1981, als die beiden Hersteller - KWU und BBC - die Studie für einen großen HTR vorgelegt hatten. Ich erinnere an die Veranstaltung über die Chancen kleinerer HTR, die wir im Herbst desselben Jahres in Düsseldorf durchgeführt hatten. Meine Damen und Herren, damals galt jeder, der nicht auf Größe, sondern auf Sicherheit setzte, als Abtrünniger.

Die Feststellung: "Der HTR ist und bleibt innerhalb der Kerntechnik eine sichere und vorzugswürdige Linie" ist keine Aussage aus irgendeiner tagesaktuellen Laune. Aber über diese Aussage - und das halte ich hier fest, Herr Kollege Worms - bestand zu keinem Zeitpunkt innerhalb der letzten 10 Jahre in der Energiewirtschaft oder in der Forschungs- und Technologiepolitik Konsens. Ich habe niemand bei den großen Energieunternehmen in Erinnerung, der einen solchen Satz unterschrieben hätte, auch nicht Herr von Bennigsen etwa. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß die damalige Opposition in Bonn und die jetzige Regierungspartei mehr

als eine neutrale Position zum HTR eingenommen hätte.

In dieser Frage war Nordrhein-Westfalen immer dem Vorwurf ausgesetzt, den THTR 300 als NRW-Staatsreaktor durchsetzen zu wollen. In der Vergangenheit hat man nicht viele Gesprächspartner getroffen, die die Frage des Sicherheitspotentials einer HTR-Technologie deutlich betont hätten. Dies ist auch nicht verwunderlich, weil über lange Jahre schlicht geleugnet wurde, daß man überhaupt über ein Mehr an Sicherheit bei kerntechnischen Anlagen nachdenken muß. Die Leichtwasserreaktoren galten als das Beste, was man sich denken kann, und der THTR 300 und die HTR-Technologie störten eher die Kreise dabei. Die wenigen, die mit uns in den letzten Jahren eine Feststellung getroffen haben, nämlich: "sicher und vorzugswürdig innerhalb der Kerntechnik", das waren ja eher die Vertreter kleinerer, kommunaler Energieunternehmen, also Unternehmer, die nicht im Mittelpunkt der Energiewirtschaft stehen.

Die Bewunderung, die jetzt überall dem Lebenswerk des Jülicher Professors Rudolf Schulten gezollt wird, findet keinerlei Entsprechung in der Intensität der Diskussion über die HTR-Technologie und ihre konkrete Realisierung. Seit Jahren ist ein Nachfolgeprojekt diskutiert worden; es ist bislang nicht zustande gekommen. Und, meine Damen und Herren, hier sind Chancen verpaßt worden, die sich aber nicht noch einmal ergeben werden. Es ist schon scheinheilig, wenn Herr Kollege Rohde oder Herr Kollege Worms hier solche Ausführungen machen, wie sie das getan haben.

(Maedge (SPD): So ist das!)

Nun halten mir viele entgegen, mit der Sicherheit des THTR 300 in Hamm könne es nicht so weit her sein, wie der Störfall vom 4. Mai und andere inzwischen öffentlich diskutierte Pannen ja bewiesen. Meine Damen und Herren, wie jeder Prototyp zeigt auch der Prototyp in Hamm eine Reihe von Problemen, die mit seiner Konstruktion zusammenhängen. Aber das sind Mängel, die abgestellt werden, und vor allem: Es sind Mängel, mit denen man rechnen mußte und auf die man bei einem Prototyp besonders achtet und gerade auch beim THTR 300 achten muß.

Es ist ja gerade die Aufgabe von Prototypen, Verbesserungen zu ermöglichen und Erfahrungen zu sammeln. Sicherheit und Vorzugswürdigkeit einer HTR-Technologie müssen am konkreten Bauwerk nachgewiesen werden. Das atomrechtlich vorgeschriebene Höchstmaß an

(Minister Dr. Jochimsen)

-) Sicherheit - so habe ich in Gronau ausgeführt - ist ja nicht schon durch eine politische Prioritätsentscheidung über eine Linie garantiert, sondern es kann und es muß im konkreten Fall selbst, das heißt bei der einzelnen konkreten Anlage in all ihren konkreten Teilen und bei ihrer konkreten Bedienung, gewährleistet werden.

Hier gehört es zu meinen Amtspflichten, gründlich und gegebenenfalls mit Härte bei der Nachprüfung von Fehlern und Pannen gerade dieses Prototyps vorzugehen. Hier kann und darf nichts zugedeckt werden, was an technisch oder menschlich bedingten Problemen auftritt. Herr Kollege Tschoeltsch, das böse Wort vom Deal weise ich schärfstens zurück.

(Beifall bei der SPD - von Unger (CDU): Was ist ein Deal?)

Meine Damen und Herren, wir müssen in der Energiepolitik umsteuern. Die Kerntechnik insgesamt ist nur eine Übergangstechnologie. Ich glaube, hierüber besteht inzwischen ein mehr oder weniger großer Konsens, obwohl zu meiner Überraschung jetzt mit einermal die Kernfusionstechnologie wieder als eine Utopie der nächsten 50 Jahre fröhliche Urständ feiert. Nach unserer Vorstellung ist sie genauso Teil der Atomkraft, und wir wollen eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft.

(von Unger (CDU): Habt ihr denn einen Schimmer von Alternativen?
- Dr. Linssen (CDU): Kennen Sie die Unterschiede?)

- Aber selbstverständlich, Herr Kollege. Darüber habe ich doch am 4. Juni ausführlich gesprochen; studieren Sie doch einmal die Reden. Werfen Sie doch nicht dazwischen, als ob man eine solche Lösung des Umsteuerungsproblems in einem Satz zusammenfassen könnte. Auf jeden Fall ist die Feststellung von Herrn Worms, daß es keine Alternativen gäbe, falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen doch, daß es sogar möglich wäre, von heute auf morgen technisch auf die Nutzung der Kernkraftstromkapazität zu verzichten. Das ist doch nicht das Problem. Das Problem ist doch, wie wir verantwortlich umsteuern. Da stimme ich wieder zu, daß wir dies wirtschaftlich, sozialverträglich, arbeitsmarktpolitisch bezogen tun und nicht eine Kapitalvernichtung betreiben.

(Dr. Worms (CDU): Sehen Sie sich imstande, Mitte 1987 eine konkrete Antwort zu geben?)

- Auf diesen Prüfungsauftrag ja. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, es stellt sich dabei die Frage - auf die möchte ich jetzt eingehen -, welche Rolle eine HTR-Technologie innerhalb dieser Übergangsphase spielen kann. Hier verwundert es ja außerordentlich, daß der HTR plötzlich von so vielen Politikern und Fachleuten außerhalb unseres Landes neu entdeckt und zur Förderung empfohlen wird. (C)

Die neuentdeckte Sympathie für die HTR-Technologie würde ich ernster nehmen, wenn die großen Unternehmen der Energiewirtschaft sagten: Okay, die Sicherheitsproblematik der Leichtwasserreaktoren ist bekannt. Da kann man aber auch nicht mehr viel Zusätzliches gegen eine Kernschmelze tun. Also steigen wir auf Reaktoren um, die so sicher gebaut sind, daß schon von der Konstruktion her zumindest eine Kernschmelze auf keinen Fall eintreten kann. Das ist es ja, was die berühmte passive inhärente Sicherheit wirklich bedeutet.

Doch das geschieht gar nicht. So kann man Energiepolitik nicht machen. So kann man auch nicht Vertrauen bei Bürgern gewinnen. Ich kann von daher Ihren Versuch der künstlichen Trennung nur als völlig untauglich zurückweisen.

Im übrigen: Kerntechnik eignet sich nicht für Bekenntnisse. Kerntechnik ist nicht dazu da, daß man sich zu ihr bekennt, sondern daß man sie, solange man sie nutzen muß, beherrscht, und zwar in allen Elementen und zu jeder Zeit. (D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen?

(Zustimmung des Ministers
Dr. Jochimsen)

- Bitte sehr!

Dr. Linssen *) (CDU): Herr Minister, habe ich Sie nach Ihren Ausführungen zu den Überlegungen bei den Energieversorgungsunternehmen richtig verstanden, daß Sie sich offensichtlich dann von den EVU vorschreiben lassen wollen, welche Linien Sie fördern oder nicht? Denn Sie haben das gerade beklagt, daß die EVU Ihnen das nicht deutlich sagen. Gibt es nicht einen Gestaltungsauftrag auch der Politik?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Wissen Sie, Herr Kollege Linssen, diesen Gestaltungsauftrag hat wahrscheinlich der Staat in der Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) Über Gebühr strapaziert und benutzt. Wir können dadurch nicht Produkte vorschreiben, die nicht im Markt abgenommen werden.

Die Geschichte, warum Leichtwasserreaktoren zum Zuge gekommen sind und die Hochtemperaturreaktoren nicht, obwohl sie unter Sicherheitsaspekten und unter Diversifizierungsaspekten der Energieerzeugung - Stichwort: Prozeßwärme - vorzugswürdig sind, das ist eine lange Geschichte, die mit vielen Fragen zu tun hat, wo ich heute nur feststelle: Die großen Energieunternehmen haben das nie gewollt, und sie wollen es auch heute nicht.

(Dr. Linssen (CDU): Gehen Sie mal voran!)

Sonst müssen Sie mir einmal Leute zitieren, die sich dahinterstellen und dieses machen.

Ich bedaure das außerordentlich - das darf ich Ihnen einmal sagen -, denn in der Tat würde sich manche Frage, auch manche Angst, die heute, was das Restrisiko angeht, unbestreitbar vorhanden ist und die wir auch nicht wegdiskutieren dürfen - das Restrisiko müssen wir minimieren -, vielleicht anders darstellen, als das heute der Fall ist nach den Erfahrungen, die wir nach Tschernobyl sammeln mußten.

(Maedge (SPD): So ist das.)

- (B) Das sogenannte Restrisiko ist vielen Menschen - und auch mir - zu groß, als daß wir es auf Dauer ohne Not verantworten könnten. Ich sage hier ganz deutlich: Wir müssen es lernen, dieses Restrisiko noch stärker einzuzugrenzen. Deshalb bin ich für Nachrüstung. Deshalb bin ich für Nachsicherung, für die sicherheitsmäßige Überprüfung.

Herr Tschoeltsch, Sie waren vorhin nicht da, als ich ein paar Kommentare zu Ihren Ausführungen abgegeben habe. Ich kann mich nur wundern, daß Sie jetzt mit einemmal die Zimmermannsche Position einnehmen - der deswegen ja in der Bundesregierung abgelöst worden ist -

(Maedge (SPD): Davon hat er keine Ahnung.)

nämlich die Position: kein Anlaß zur sicherheitsmäßigen Überprüfung. Ich sage als Genehmigungsbehörde: kein akuter Anlaß, der jetzt schon aus den Tschernobyl-Erfahrungen erkennbar wäre. Aber für August ist uns der Bericht der Sowjetunion angekündigt worden. Auch die Reaktorsicherheitskommission hat auf inständiges Befragen gesagt, daß naturgemäß aus jedem Unfall, wo immer in der Welt er

auftritt, Folgerungen gezogen werden können, direkt und indirekt. Darüber haben wir auch schon am 4. Juni gesprochen, so daß ich mich etwas scheue, das zu wiederholen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese sicherheitsmäßige Überprüfung aller kerntechnischen Anlagen wird eine Grundlage für die Abwägung liefern, an welcher Stelle denn die HTR-Technologie hier einzuordnen ist; denn selbstverständlich muß die HTR-Technologie ebenso kritisch überprüft werden wie die der Leichtwasserreaktoren.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Tschoeltsch?

(Zustimmung des Ministers Dr. Jochimsen)

- Bitte schön!

Tschoeltsch *) (F.D.P.): Herr Minister, wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß ich gerade die Landesregierung aufgefordert habe, eben auch ohne Votum der SPD-Landtagsfraktion bei der sicherheitstechnischen Überprüfung tätig zu werden?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Wissen Sie, Herr Kollege Tschoeltsch, die Landesregierung hat am 9. Mai bereits angekündigt, daß sie diese Überprüfung vornehmen wird. Darüber hat es dann politischen Streit mit dem Bundesminister des Innern gegeben, der ganz und gar uneinsichtig war und, wie ich eben schon sagte, deshalb auch abgelöst wurde. Der neue Bundesumweltminister geht ja etwas vorsichtiger da heran. Er hält nämlich eine Überprüfung aller Anlagen für erforderlich. Sie wissen weiter, daß wir hier in Bundesaufsichtsverwaltung tätig sind. Das wollen wir auch tun. Diese Prüfung ist eingeleitet, aber, wie ich das letzte Mal schon ausgeführt habe, wir müssen dazu auch gemeinsames Vorgehen zwischen Bund und Ländern verabreden. Dabei sind wir.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann hier nicht abschließen, auch nicht mit Blick auf die Ausführungen, die hier zu der Frage Kohle und Kernenergie gemacht worden sind, ohne ein Wort zu einem Problem anzufügen, das ja allen kerntechnischen Anlagen, auch den fusionstechnologischen Anlagen, gemeinsam ist, dessen Lösung noch in weiter Ferne liegt und wobei gegenwärtig nicht einmal mehr gesamtstaatlicher Konsens besteht: die Frage der Entsorgung der kerntechnischen Anlagen. Sie belastet ja - das gilt für die Hochtemperaturreaktorlinie

(Minister Dr. Jochimsen)

wie für andere kerntechnische Anlagen in gleicher Weise - kommende Generationen über viele zehntausend Jahre. Neben der Frage des Restrisikos ist ja diese Frage der Entsorgungsnotwendigkeit und ihrer fehlenden Lösung das entscheidende Motiv dafür, daß wir auf eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft setzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich gebe jetzt Herrn Abg. Pflug für die Fraktion der SPD das Wort.

Pflug^{*} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Ende April dieses Jahres, dem Tag der Katastrophe in dem 2000 km entfernt liegenden sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl, hat sich manches geändert: im Denken der Menschen, in der Technikgläubigkeit von Politikern und im Brustton der Überzeugung bei den Experten, vor allem aber auch in der Vorstellung darüber, was wir uns selbst an Risiken zumuten und was wir unseren Kindern und Kindeskindern als schwere Hypotheken und Altlasten in die Wiege legen wollen.

Wenn auch die Experten der Atomwirtschaft und selbstverständlich Bundesinnenminister Zimmermann, der noch im Herbst letzten Jahres unsere Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke für völlig überzogen hielt, uns glauben machen wollten, daß so etwas wie in Tschernobyl bei uns gar nicht passieren könne,

(Widerspruch der Abgeordneten Elfring und von Unger (CDU))

so führt doch ein, wenn auch langer Weg von Tschernobyl über Gundremmingen, Wackersdorf, Biblis, Stade, Kalkar bis nach Hamm-Uentrop.

(Elfring (CDU): Und noch ein bißchen weiter!)

Uns liegen heute zwei Anträge vor, die mit dem Namen Hamm-Uentrop verbunden sind. Der eine Antrag, nämlich der der F.D.P.-Fraktion, erweckt den Anschein, als ginge es ihm um den Hochtemperaturreaktor. In Wirklichkeit beinhaltet er nur einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und wirkt in dieser Zusammenhanglosigkeit wie ein Glaubensbekenntnis, über das die F.D.P. uns gern abstimmen lassen möchte.

Man stelle sich vor, meine Damen und Herren, wir stimmten demnächst über Einzelaussagen

von Herrn Biedenkopf zur Verteidigungsdoktrin oder Arbeitszeitverkürzung oder über einzelne Sätze von Herrn Rohde zur Veba-Ansiedlung im Orsoyer Rheinbogen oder zum Eisernen Rhein oder sogar über Einzelpassagen von Straußschen Aschermittwochsreden ab!

Nun hat dieser isolierte Satz von Minister Dr. Jochimsen sicherlich eine andere, wesentlich bessere Qualität als Straußsche Aschermittwochsreden. Demzufolge sieht die SPD-Fraktion es auch als ihre Pflicht an, in Form eines qualifizierten Antrags deutlich zu machen, worum es überhaupt geht.

Es geht unter anderem um die technologische Überflüssigkeit, die ökonomische Unsinnigkeit und die ökologische Nichtverantwortbarkeit des Schnellen Brüters in Kalkar; es geht um die Ernsthaftigkeit von Parteitagsbeschlüssen der SPD, der CDU und der F.D.P., die allesamt schon in den 70er Jahren die Forderung enthielten, die Kernenergie nur dann weiter auszubauen, wenn die Entsorgung gesichert sei, und die dennoch nicht verhindern haben, daß der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung innerhalb eines Jahrzehnts von 18 % auf heute rund 34 % nahezu verdoppelt wurde, ohne daß sich etwas Entscheidendes in der Entsorgung getan hätte.

(von Unger (CDU): Die technische Sicherheit und Machbarkeit ist festgestellt, auch politisch!)

- Die Feststellung, lieber Herr Kollege, gab es schon vor 10 oder 15 Jahren. Aber es hat sich eben nichts Entscheidendes getan, und darum geht es. - Es geht auch um die ernstgemeinte Offenheit und Aufmerksamkeit für die Sorgen und Ängste von Menschen gegenüber Großtechnologien, hier insbesondere der Kernenergie, und um die kritische Distanz zu Phraseologien wie "Entsorgungsparks", "Super-GAU" und "Restrisiken", die nichts weiter als sprachliche oder statistische Begrifflichkeiten da anbieten, wo Verantwortlichkeiten erwartet werden.

Wir wollen als erstes deutsches und meines Wissens auch europäisches Parlament bis Mitte 1987 einen zeitlichen Stufenplan zum Ausstieg aus der Kernenergie. Das besagt der Antrag der SPD-Fraktion. Es geht um Nachdenklichkeit und schwierige Bemühungen, um eine Energiepolitik, die innerhalb eines überschaubaren und politisch gesetzten Zeitraums den Ausstieg aus der Kernenergie leistet, ohne in Maschinenstürmerei zu verfallen, aber auch ohne erstarrende Ideologien, die sich letztendlich in "besonders sicheren" oder

(C)

(D)

J - ~~ED~~ 39

(Pflug (SPD))

- (A) "besonders vorzugswürdigen" Reaktorlinien und Bauwerken manifestieren und sich dann irgendwann selbst überleben.

Mit anderen Worten: Wir Sozialdemokraten wollen den konsequenten Ausstieg aus der Kernenergie, wir wollen ihn politisch forciert, planmäßig, sozial- und umweltverträglich, und wir wollen ihn vernünftig.

(Elfring (CDU): Und welche Alternativen haben Sie?)

Vernünftig bedeutet, so relativ diese Kategorie, gemessen an den zur Verfügung stehenden Orientierungsmaßstäben, auch immer sein mag, daß der nach heutigen Maßstäben als am sichersten geltende Reaktor als letzter abgeschaltet wird. Dies ist nach heutigen Erkenntnissen der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, zugegeben: ein von den Sozialdemokraten favorisierter Reaktor, aber weiß Gott kein kategorischer Imperativ, zu dem ihn der F.D.P.-Antrag machen möchte.

Lassen Sie mich einige wenige Anmerkungen zur Sicherheitsphilosophie ganz allgemein machen, jedoch auch unter Einbeziehung des Hochtemperaturreaktors. Die probabilistischen Risikoanalysen beruhen im wesentlichen auf Computersimulationen, die mit erheblichen Mängeln behaftet sind.

Erstens sind alle größeren Störfall- oder Unfälleintrittswahrscheinlichkeiten, die sich in Relationen wie 1 : 10 000 oder 1 : 100 000 ausdrücken, extrapoliert aus Erfahrungen mit Kernkraftwerken teilweise wesentlich geringerer Leistungsfähigkeit als die heute gebauten und in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke.

Zweitens: Es ist ungeheuer schwierig, wichtige physikalische Phänomene exakt zu beschreiben und den entsprechenden Sicherheitsspielraum mit hinreichender Genauigkeit zu bestimmen.

Drittens können geläufige physikalische, chemische und technische Phänomene in den Computercodes nur unzureichend programmiert werden.

Viertens ist menschliches Versagen und sind menschliche Unwägbarkeiten so gut wie gar nicht erfaßbar, geschweige denn für den Computer zu codieren.

Fünftens werden regelmäßig empirische Zusammenhänge überbewertet.

Sechstens wurde bisher zum größten anzunehmenden Unfall, also zum GAU, der doppelten-

dige Bruch der Primärkühlmittelleitung erklärt und die Kernschmelze als undenkbar bezeichnet. Wie die Behandlung dieses Falles in der Realität aussieht, haben wir in Tschernobyl erlebt. Es handelt sich da um den sogenannten Super-GAU, den supergrößten anzunehmenden Unfall, eine sprachliche Verballhornung.

Selbst wenn alle genannten Kritikpunkte nicht zutreffend wären, bleibt festzustellen: Bei jeder Wahrscheinlichkeit, welcher auch immer, kann die Katastrophe heute oder morgen eintreffen und danach wieder heute oder morgen. Würde man zum Beispiel aus der Art und dem zeitlichen Abstand der größeren Störfälle der letzten 15 Jahre statistisch nun Risikorelationen ermitteln, so dürfte man wohl die Voraussage wagen, daß der nächste größere Reaktorunfall mit großer Radioaktivitätsfreisetzung noch in diesem Jahrzehnt bevorsteht.

(Elfring (CDU): Und wo? Sagen Sie einmal wo?)

- Lieber Herr Kollege, das können Sie nicht, das kann ich nicht.

(Elfring (CDU): Dann ist es doch sinnlos, das zu sagen!)

Aber ich glaube, das entspricht auch nicht der Ernsthaftigkeit dieser Debatte, solche Fragen zu stellen, wie Sie das tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn meine Ausführungen den Rahmen der vorliegenden Anträge etwas überschritten haben, dann scheint mir das erforderlich gewesen zu sein, wie mir Ihre Aufregung zeigt, aber auch deshalb, weil es uns Sozialdemokraten erforderlich erschien, aufgrund des etwas schlicht strukturierten F.D.P.-Antrages einige Zusammenhänge aufzuzeigen. Ich darf Sie deshalb bitten, dem SPD-Antrag zuzustimmen, und beantrage für die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht jetzt Frau Abg. Witteler-Koch. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Pflug hier von Aschermittwochsreden spricht, dann ist mir das bei weitem lieber, als wenn wir uns hier den ganzen Tag Fensterreden anhören müssen.

(Lachen bei der SPD)

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

Herr Minister Jochimsen, wenn Sie sich dagegen aussprechen, daß Kollege Tschoeltsch hier von einem Deal gesprochen hat, dann darf ich für meine Fraktion mit allem Nachdruck von uns weisen, daß Sie uns Scheinheiligkeit zuschreiben.

Herr Rau hat es wieder einmal nicht geschafft, konkret auf die Sache einzugehen, und wiederum müssen wir ihn fragen: Wo bleiben da seine persönlichen Ansichten von Anstand und Moral?

Herr Jochimsen, um konkret nach unserem Antrag auf Ihre Ausführungen in Gronau einzugehen: Es muß doch hier bei aller Akzeptanz der Probleme in der Bevölkerung, sich mit der Situation auseinanderzusetzen, auch noch glaubwürdige Aussagen dieser Landesregierung geben, glaubwürdig in Richtung Verlässlichkeit. Und da sagen Sie in Ihrer Rede in Gronau: "Kontinuität und Verlässlichkeit des staatlichen Handelns". Wo bleibt denn die Kontinuität, wenn Sie heute so und morgen so reden?

Auf der anderen Seite sagen Sie in diesem Kontext, daß die Hochtemperaturreakortech- nologie innerhalb der Kerntechnik, wie hier des häufigeren zitiert, eine vorzugswürdige und sichere Linie ist und bleibt. Da müssen wir doch beim Antrag der F.D.P.-Fraktion wieder ansetzen. Die Aussage in unserem Antrag ist klar, sie ist nicht aus dem Zu- sammenhang gegriffen. Wenn Sie dies nicht begreifen wollen, dann tut mir das fürchterlich leid. Dann müssen wir halt weiter wegen dieser SPD-Fraktion die Bevölkerung verunsichern. Das machen Sie, wenn Sie heute und hier in Ihrem Antrag sagen, daß der THTR bei einem Ausstieg mit eingeschlossen ist. Sie verunsichern weiter die Menschen draußen. Ich will gar nicht auf die einzelnen Arbeitsmarktprobleme zu sprechen kommen; das ist hier schon ausführlich geschehen.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Natürlich hat Minister Jochimsen recht, wenn er in seiner Rede sagt, Ereignisse wie Tschernobyl haben Schatten auf eine technische Anlage geworfen, die als "technologisches Meisterstück" bezeichnet werden könne. Wo wollen wir denn hinmarschieren, wenn das heute bejaht und morgen verneint wird? Die Nutzung der Kernenergie nur noch für eine Übergangszeit?

(Erneut anhaltende Unruhe bei der SPD)

- Etwas Disziplin, vor allen Dingen, was die Schreihäse angeht. - Es geht doch nicht an, daß dieser Minister sagen kann, es handele

sich um Schlagstockargumente, wenn darüber diskutiert wird, Kernenergie ja, ohne Wenn und Aber, Ausstieg sofort, Abschaltung jedenfalls. Diese Diskussion müssen wir nach wie vor suchen. Es hilft uns auch nicht weiter, wenn wir hier sagen, daß die Lösung in einem weiteren Abbau

(C)

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

der Braunkohle und der Steinkohle liegen soll. Die Stimmung bei den Gewerkschaften, bei den Arbeitnehmern, sollte auch dieser SPD-Landtagsfraktion zeigen, woran sie ist. Man kann sich nicht immer wieder, Herr Maedge, darauf beziehen, nur weil Sie Mehrheitsfraktion geworden sind - auch das wird sich 1990 ändern -.

(Große Heiterkeit bei der SPD)

daß Sie so richtig liegen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Maedge, wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, Protokolle genau nachzulesen, und unserem Fraktionsvorsitzenden nachsagen, er hätte gesagt, wir wollten im Jahre 2000 aus der Kernenergie aussteigen, obwohl es sich dabei nicht um eine Feststellung, sondern eine Frage an den Ministerpräsidenten handelte, der gesagt hat, im Jahre 2000 könnten wir aussteigen, ohne daß wir eine Alternative hätten, kann ich nur fragen: Wo sind wir denn hier?

(D)

(Unruhe)

- Ich weiß: Ich bin die letzte Rednerin; niemand hat rechte Lust mehr. Trotzdem will ich noch eines hinzufügen. Sie sprechen in Ihrem Antrag von einem Gutachten, das Mitte nächsten Jahres vorliegen soll. Herr Kenn hat noch nicht richtig geschrien; jetzt sollte er es einmal tun. Sie sprechen von einem Gutachten, das Mitte nächsten Jahres vorliegen soll. Inwieweit ist denn diese Landesregierung glaubwürdig, wenn ein Minister sagt, Mitte nächsten Jahres liege dieses Gutachten tatsächlich vor? Termine, die seit dem letzten Jahr in diesem Hause genannt worden sind - ich erinnere nur an das Landesmediengesetz -, sind bisher nie eingehalten worden. Wann kommt denn dann das Gutachten?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, wenn ich den Antrag der F.D.P.-Fraktion noch einmal erwähnen darf.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

J-42

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) Die SPD müßte diesem Antrag in jedem Falle zustimmen können, weil seine Aussagen nicht aus dem Kontext gerissen worden sind, sondern klare Aussagen sind, denen Sie zustimmen müßten.

Ich frage mich - damit komme ich zum Schluß;

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

wie schön, daß ich Ihnen eine Freude machen kann -: Was hat denn Herr Rau in der Sowjetunion den Sowjets erzählt? Wie will er denn seine konsequente Haltung nach diesen Beschlüssen der SPD-Fraktion fortsetzen? Ein Ringelpitz, leider nicht zum Anfassen!

(Lachen des Abg. Aigner (SPD))

Ich darf Sie bitten, Herr Minister Jochimsen, doch noch einmal ein Zeichen zu setzen und zu überdenken, ob Sie unserem Antrag nicht doch zustimmen; denn wenn Sie sich einmal frei von Emotionen und Polemik Ihren Antrag durchlesen, werden Sie an einer Stelle wiederum Ihren Ausspruch finden. Sie müßten sich eigentlich unserem Antrag anschließen können. Ich bitte Sie darum.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

- (B) Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der F.D.P. haben gemäß 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung direkte Abstimmung über ihre Anträge beantragt. Beide Fraktionen haben darüber hinaus gemäß § 54 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung über ihre Anträge beantragt.

Wir stimmen zuerst über den Antrag der F.D.P.-Fraktion Drucksache 10/1082 ab. Wer diesem zustimmen möchte, antwortet mit Ja, wer ihn ablehnen möchte, mit Nein, wer sich der Stimme enthält, muß mit "Enthaltung!" antworten. Ich bitte nun den Schriftführer Herrn Kröhan, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Sind jetzt alle Stimmen abgegeben worden? - Damit schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer um Auszählung.

Meine Damen und Herren! Im neuen Landtag geht das dann demnächst auch alles viel schneller. Jetzt aber müssen wir jeweils noch

um Geduld bitten; denn es muß einzeln ausgezählt werden.

Ich kann Ihnen jetzt das Ergebnis bekanntgeben: Für den F.D.P.-Antrag haben 92 Abgeordnete gestimmt, dagegen 116 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der F.D.P. abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir stimmen jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/1115 ebenfalls in namentlicher Abstimmung ab. Also: Wer dafür ist, antwortet mit Ja, wer dagegen ist mit Nein, sonst Enthaltung. Ich darf Herrn Voetmann bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis liegt mir vor. Für den Antrag der SPD-Fraktion haben 116 Abgeordnete gestimmt, dagegen 93. Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion angenommen.

0-42

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Drucksache 10/1082

10. Wahlperiode

18.06.1986

Antrag

der Fraktion der F.D.P.

Kugelhaufen-Reaktor-Linie für Nordrhein-Westfalen

Der Landtag Nordrhein-Westfalen stimmt der Erklärung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Professor Dr. Reimut Jochimsen, vom 11. Juni 1986 ausdrücklich zu: "Die Hochtemperatur-Reaktor-Technologie ist und bleibt innerhalb der Kerntechnik eine vorzugswürdige und sichere Linie."

Dr. Rohde
und Fraktion

Datum des Originals: 18.06.1986/Ausgegeben: 19.06.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

Antrag

der Fraktion der SPD

Umsteuerung in der Energiepolitik - Zukunft von SNR 300 und THTR 300

- I. Der Landtag will die ökonomische und ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft. Dazu gehört eine sichere Energieversorgung ohne Kernenergie. Das ist eine große Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Deshalb fordert der Landtag eine nationale Forschungsoffensive, wobei der heimischen Kohle eine vorrangige Bedeutung beigemessen wird.
Der Landtag bekräftigt seine energiepolitischen Grundsätze und Prioritäten, die er mit dem Antrag "Konsequenzen aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl" vom 4. Juni 1986 beschlossen hat.
- II. Der Einstieg in die Brütertechnologie ist nicht verantwortbar. Deshalb darf beim SNR 300 in Kalkar weder Brennstoffmaterial eingelagert noch der Reaktor in Betrieb genommen werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle dafür erforderlichen Schritte vorzunehmen.
- III. Zum THTR 300 in Hamm-Schmehausen sowie zur Hochtemperaturreaktorlinie stellt der Landtag folgendes fest:
 1. Der THTR 300 wird ebenso wie die anderen bestehenden Kernkraftwerke einer sicherheitstechnischen Prüfung unterzogen.
 2. Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie ist nicht möglich, sondern wird Zug um Zug im Rahmen eines zeitlichen Stufenplans vollzogen. Im Rahmen der Erarbeitung dieses Stufenplans ist nach den bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen die Aussage des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Reimut Jochimsen, vom 11. Juni 1986, "Die Hochtemperatur-Reaktortechnologie ist und bleibt innerhalb der Kern-

Datum des Originals: 01.07.1986/Ausgegeben: 02.07.1986

J - 418

technik eine vorzugswürdige und sichere Linie" begründet.

IV. Die Landesregierung wird aufgefordert:

- sobald wie möglich einen Bericht über das Ergebnis der sicherheitstechnischen Überprüfung aller Kernkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen vorzulegen,
- bis Mitte 1987 dem Landtag darüber zu berichten, in welcher Weise und in welchen Fristen der Übergang zu einer Energieversorgung ohne Kernkraft vollzogen wird; dies schließt den THTR 300 mit ein.

Prof. Dr. Farthmann
und Fraktion